Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 350 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Sonntag-Ausgabe

Sonntag, 20. Juli

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Japan hat auf alle Rechte in der Schantungfrage verzichtet.

* Italien wird wahrscheinlich wie Frankreich nicht an dem Generalstreik am 21. Juli teilnehmen.

* Seit Dienstag befinden sich die Privatschiffer im Verkehr Stettin-Berlin im Ausstand.

* Im Preußenparlament wird der Etat des Ministeriums des Innern angenommen.

Rückblick auf den Landarbeiterstreik

Die erste Phase des von der Sozialdemokratie in Szene gesetzten Landarbeiterstreiks scheint nun beendet zu sein. Da Regierung und Presse der Sozialdemokratie sich noch Kräften bemühen, den Ursprung und Verlauf dieses verbrecherischen Streiks zu verdunkeln, sei nochmals der Hergang desselben kurz skizziert.

Die Regierungssozialisten verspürten schon seit längerer Zeit das Bedürfnis, ihre durch den Abzug zu den Unabhängigen stark gelichteten Reihen aufzufüllen, indem sie die politisch noch wenig verhetzten Landarbeiter für ihre Organisation zu gewinnen suchten. Die bevorstehende Ernte ließ ihnen die Zeit für solchen Fang besonders günstig erscheinen, denn durch die heraufbeschworene Gefahr des Verderbens der Ernte auf dem Felde glaubten sie auf die Grundbesitzer einen starken Druck ausüben und durch deren Nachgiebigkeit dann den Landarbeitern den „hohen" Wert sozialdemokratischer Organisierung einbringlich vor Augen führen zu können. Das Mittel der wirtschaftlichen Erpressung sollte also wieder einmal in parteipolitische Dienste gestellt werden. Vorbereitet war dieser Anschlag auf die Ernährung der gesamten Bevölkerung durch die Zwangswirtschaft des Krieges, welche bekanntlich von der Sozialdemokratie zur Erreichung parteipolitischer Ziele ausgeheckt und von ihr bis heute getreulich gehütet worden ist. Durch die Einführung der sozialistischen Zwangswirtschaft wurde es unmöglich, den Arbeitern den vereinbarten Deputatlohn voll in natura zu gewähren, sie erhielten vom Arbeitgeber vielmehr nur die gesetzlich vorgeschriebene Ration an Lebensmitteln zugewiesen und den Rest in Geld nach den vorgeschriebenen Höchstpreisen ausgezahlt. Dies Verfahren mußte die Arbeiter um so mehr verbittern, als ihre eigene Ernährung immer mangelhafter wurde und der Abstand zwischen den Höchstpreisen und den Schleichhandelspreisen der beschlagnahmten Gegenstände einerseits, sowie zwischen dem Ertrag aus den Höchstpreisen und den Preisen für Haushaltungsgegenstände andererseits immer größer wurde. Wenn der „Vorwärts" auf diese „alles andere als rosige" wirtschaftliche Lage der Landarbeiter hinweist, um damit den Streik zu „erklären", so deckt er damit nur die Sünden der eigenen Partei auf. Er scheint gar nicht zu merken, daß er die sozialdemokratische Politik anklagt und bloßstellt, wenn er schreibt: „Die dadurch (durch die Ablösung des Deputatlohnes) an den Landarbeiter fallenden Geldbeträge sind aber durch die viel stärkere Verteuerung der industriemäßig hergestellten Lebensbedürfnisse: Kleider, Schuhwerk, Genußmittel, viel zu gering, um die begründeten Bedürfnisse befriedigen zu können." „Die Getreidepreise sind nach den jetzigen Erhöhungen gegenüber den Friedenspreisen um etwa 100 Prozent gestiegen. Die Industriewaren aber sind uns mehrfache teurer als in früheren Zeiten. Die Landarbeiterschaft leidet an Kleidungsstücken und Haushaltungsgegenständen weit mehr Not, als irgendeine andere Arbeiterkategorie Deutschlands." Das kann Wort für Wort von uns unterschrieben werden, und wir sind dem „Vorwärts" für diese Offenheit, die ihm in einem unbedachten Augenblick unterlaufen ist, aufrichtig dankbar. Wenn der „Vorwärts" schon erklärt, daß die Höchstpreise bei weitem nicht zugereicht hätten, um die Bedürfnisse des Arbeiters zu befriedigen, wie soll der Ertrag der Höchstpreise dann groß genug gewesen sein, um die umfangreichen Ausgaben zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes zu decken? Sehr zahlreiche Industrieerzeugnisse zur Ausbesserung der Gebäude, zur Instandhaltung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte waren nicht nur um 500, sondern um 1000 Prozent gegenüber dem Friedenspreise gestiegen, und woher sollen zu alledem noch die phantastischen „Gewinne" stammen, die nach Ansicht der sozialdemokratischen und demokratischen Presse die Landwirte während des Krieges gemacht haben? Die vorstehenden Worte des „Vorwärts" beleuchten nicht nur ganz treffend die sozialistische und demokratische Lüge von dem „geschickten Betrieb" der Agrarier, sondern sie stellen auch eine Brandmarkung und Verurteilung der Zwangswirtschaft dar, wie sie schärfer und — kompetenter kaum gedacht werden kann. Man wird gutun, dem „Vorwärts" und verwandten Seelen an diese Worte zu erinnern, wenn wieder einmal von den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssumpfes die Rede sein sollte.

Jedenfalls hatte die Sozialdemokratie in der Landarbeiterschaft durch die mehr als vierjährige Zwangswirtschaft die Unzufriedenheit erregt, deren sie zur zahlenmäßigen Vergrößerung ihrer Partei bedarf. Jetzt ließ sie ihre Agitatoren auf die Landbevölkerung los, und sie beeilte sich damit um so mehr, als ihre „unabhängigen" und kommunistischen Brüder bereits in der Verbearbeit unter den Landarbeitern begonnen hatten. Unter den Landagitatoren der Regierungssozialisten tat sich besonders der Genosse Dr. Grimm hervor, der noch vor wenigen Jahren vergeblich versucht hatte, bei rechtsstehenden Parteien unterzukommen, jetzt aber überzeugter Sozialist ist und von der Scheidemanngruppe im Landwirtschaftsministerium den ersehnten Platz an der Krippe gefunden hat. Diesem Dr. Grimm hat man zur besseren Wirkung auf die Landbevölkerung den Titel Landesökonomierat verliehen und den Auftrag gegeben, in Pommern die Landarbeiter „aufzuklären", um sie für die sozialdemokratische Organisation reif zu machen. Das verstand der ministerielle Agitator ausgezeichnet, denn überall, wo er in Pommern redete — und er redete viel in Pommern —, da gewann er dem (sozialdemokratischen) Landarbeiterverband neue Mitglieder, die ihre sozialistische Gesinnungstüchtigkeit sofort dadurch bekundeten, daß sie in Streik traten, durch Tarifverträge eine enorme Erhöhung des Barlohnes forderten und dann den eben erst abgeschlossenen Tarifvertrag brachen und wieder streikten. Der tüchtige Genosse verstand es, die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter als trostlos und die „Gewinne" ihrer Brotherren als exorbitant zu schildern, um die Unzufriedenheit der Landarbeiter noch mehr anzustacheln und die Forderung nach Lohnerhöhung entstehen zu lassen. Dann machte er ihnen klar, daß sie allein nichts gegen die „profitgierigen" Junker auszurichten vermögen, durch die Organisation des (sozialdemokratischen) Landarbeiterverbandes aber alles Gewünschte zu erpressen imstande seien. War es gelungen, in einem Kreise einen Tarifvertrag zwischen diesem Verbande und den Arbeitgebern abzuschließen, dann forderte er im nächsten Kreise höhere Sätze in dem Tarif und reizte nach Fertigstellung desselben die Arbeiter in dem ersten Kreise auf, noch höhere Lohnsätze zu fordern, da sie im Vergleich zum zweiten Kreise einen zu niedrigen Tarif abgeschlossen hätten. So trieb er die Unzufriedenheit und Begehrlichkeit der bis dahin ruhigen Landarbeiter in die Höhe und gewöhnte sie als gute Sozialdemokraten daran, daß Tarifverträge dazu da sind, um gebrochen zu werden, und daß die Lohnbewegung als Schraube ohne Ende — ein Charakteristikum der „Neuen Zeit" — auch auf das Land verpflanzt werden müsse, wo Desorganisation und Mißwirtschaft noch nicht so ihren Einzug gehalten hatten als in den Städten und Industriegebieten.

Festgehalten zu werden verdient auch das sonderbare Verhalten des preußischen Landwirtschaftsministers Bauer, der zur Verhetzung der Landbevölkerung nicht nur den von den Mitteln der Allgemeinheit besoldeten Genossen Grimm hinausgeschickt und vor dem Parlament verteidigt hat, sondern der der gesamten deutschen Presse der Parole zu geben sich erdreistete, die Front gegen die Grundbesitzer zu nehmen, um der Sozialdemokratie ihren Mitgliederfang auf dem Lande erleichtern zu helfen. Herr Bauer hat damit zum Ausdruck gebracht, daß es ihm nicht darum zu tun ist, die Gegensätze zu versöhnen, sondern er vielmehr bestrebt ist, die Gegensätze zu verschärfen, daß er nicht ein Minister für die Landwirtschaft, sondern ein Minister gegen die Landwirtschaft sein will. Er hat mit ministeriellem Einfluß die Unzufriedenheit auf dem Lande geweckt und geschürt, die notwendig ist, um seiner Partei neues Blut zuführen zu können, und er hat sich auf dem Ministersessel nicht als Sachwalter der Allgemeinheit gezeigt, sondern als rigoroser sozialdemokratischer Parteimann.

Heute liegen die Ursachen des pommerschen Erntestreiks klar vor aller Augen. Für diesen Streik hat die sozialdemokratische Kriegswirtschaftspolitik nicht nur die Vorbedingungen geschaffen und die Grundstimmung erzeugt, sondern dieser Streik ist auch im Interesse der Partei von sozialdemokratischen Drahtziehern unmittelbar in Szene gesetzt worden. Parteihabsucht ist die eigentliche Triebfeder dieses Streiks gewesen. Man kann nun nicht annehmen, daß mit dem Erlöschen der pommerschen Unruhen die Landarbeiterstreiks überhaupt zu Ende sein werden. Im Gegenteil ist gerade während der Ernte mit neuen Streiks zu rechnen, da sich diese Zeit ganz besonders zu Erpressungen eignet. Wenn dann ein Teil der Ernte auf den Feldern verfaulen wird und die Ernährungsschwierigkeiten in den Städten im kommenden Winter zunehmen müssen, werden wohl auch die städtischen Arbeiter merken, was es mit dem bezahlten Geschrei der sozialdemokratischen Parteiredner auf sich hat, die in den Städten für die schlechten Ernährungsverhältnisse die Landwirte verantwortlich machen und draußen auf dem Lande alles tun, um die zur Verteilung gelangenden Nahrungsmittel zu verweigern: nämlich Unzufriedenheit und Neid zu wecken, damit die verschiedenen Berufsschichten der Bevölkerung in Feindschaft zu hetzen und so das eigentliche Element zu schaffen, in welchem die Sozialdemokratie nur gedeihen kann. □□

* * *

Japans Verzicht

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Genf, 19. Juli.

Eine New-Yorker Meldung besagt, daß nach einer vertraulichen Mitteilung aus Washington Japan eine öffentliche Erklärung abgegeben habe, in der es auf alle Rechte in der Schantungfrage verzichtet, mit Ausnahme der Eisenbahnlinien und einiger Kolonien innerhalb der befestigten Plätze. Auf Grund dieser Nachricht ist das politische Barometer in Paris wieder gestiegen und man hofft auf eine nachträgliche Unterzeichnung des Friedensvertrages durch China.

Der Weltstreik am 21. Juli

Versailles, 19. Juli.—

Nach einer Unterredung mit Clemenceau hat der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes gestern beschlossen, den für den 21. Juli geplanten allgemeinen Ausstand zu vertagen.

Bern, 19. Juli.

Die „Stampa" erklärt im Leitartikel über den drohenden Streik, daß der internationale Protest gegen die Verbandsregierungen durchaus berechtigt sei, da sie keine ihrer während des Krieges gegebenen Versprechungen erfüllt und anstatt Freiheit und Gleichheit der Welt Fesseln auferlegt und Ungleichheit gebracht hätten. Der Protest des Proletariats sei daher eine ernste Mahnung für den Verband. Das Blatt bedauert, daß die Einheitlichkeit der internationalen Kundgebung nicht gesichert sei, und bezweifelt aus diesem Grunde die Zweckmäßigkeit des 48stündigen Streikes für Italien.

Bern, 19. Juli.

Der Zentralrat des italienischen Eisenbahnerbundes hat beschlossen, die Entscheidung für oder gegen die Teilnahme am Generalstreik den Vertrauensleuten der Ortsverbände zu überlassen. Die bürgerliche Presse sieht in diesem Beschluß eine Verleugnung des Streikgedankens der Eisenbahner.

Graz, 19. Juli.

Eine Versammlung der Arbeiterräte hat beschlossen, nach dem Vorschlage der Parteileitung am 21. Juli keine Arbeitsruhe eintreten zu lassen, sondern am Sonntag eine Kundgebungsversammlung abzuhalten.

Rom, 19. Juli.

Der Gedanke des Generalstreiks scheint immer mehr an Boden zu verlieren. Zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen aller Berufe teilen mit, daß sie am Streik vom 21. Juli nicht teilnehmen.

Berlin, 19. Juli.

In der heutigen Sitzung der unabhängigen und kommunistischen Arbeiterräte Berlins wurde, wie die Abendblätter melden, beschlossen, am Montag in allen Betrieben, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, durch Streiks zu demonstrieren.

Hierzu veröffentlichen die Arbeiterräte der S. P. D. und der Demokraten gemeinsam eine Entschließung, in der sie mit Rücksicht auf den notwendigen Wiederaufbaudes Wirtschaftslebens empfehlen, von einer Arbeitsruhe abzusehen. Aber da der Streik ein allgemeiner ist, wird an diesem Tage die gesamte Weltrepublik die Arbeit einstellen. „Durch einen Streik in Deutschland kann eine allgemeine Demonstration gegen den Gewaltfrieden leider nicht erreicht werden. Eine Arbeitsruhe verlangsamt den Betrieb unseres Wirtschaftslebens und wir empfehlen daher, von einer Arbeitsruhe abzusehen, erwarten aber, daß man sich nach Schluß der Arbeitszeit an den Demonstrationen der sozialistischen Partei Deutschlands für die Völkerverbrüderung restlos beteiligt", so heißt es wörtlich.

Die Streiks in Deutschland

Stettin, 19. Juli.

Seit vergangenem Dienstag befinden sich die Privatschiffer im Verkehr Stettin—Berlin im Ausstande. Es handelt sich um etwa 500 Schiffe, die hier im Hafen liegen. Die Schiffer haben die Fortsetzung des Streiks auch nach Aufhebung des Generalstreiks beschlossen. Gefordert wird von Stettin nach Berlin für sechs Kähne 9 Mark für die Tonne, von Stettin nach Breslau Anteilsfracht für Erz 18 Pfennige je Zentner und nach Posen 8 Pfennige je Zentner. Die Berliner wie auch die Oder-Schiffer haben je eine Kommission gewählt, die die Verhandlungen mit den Verfrachtern aufnehmen soll.

Dresden, 19. Juli.

Von ganz vereinzelten rein örtlichen Schwierigkeiten abgesehen, besteht nirgends in Sachsen die Gefahr eines Erntestreiks. Es ist vielmehr als sicher anzunehmen, daß die abgeschlossenen Tarifverträge von den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern gehalten werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907201-17/fragment/page=0001

Nationalversammlung

(Fortsetzung.)

Abg. Davidsohn (Soz.): Die beiden Vorlagen sind besonders dringend.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Dem.): Es ist eine selbstverständliche Forderung, die Notlage unserer Helden zu mildern.

Abg. Oberfohren (Deutschnational): Mit dem Offiziersentschädigungsgesetz und dem Kapitulantenentschädigungsgesetz nehmen wir endgültig Abschied von unserer ruhmreichen Armee und Flotte. (Bewegung.) Das Schwerste, was uns der Niederbruch gebracht hat, ist die Auflösung unserer Heeresmacht zu Wasser und zu Land. Wir müssen unsere Dankesschuld gegen die Männer, die zum großen Teil ihr Leben für Volk und Land eingesetzt haben, abtragen. (Beifall.) Wir begrüßen die Gesetzentwürfe, weil sie anerkennen, wie unsere Offiziere und Mannschaften vier Jahre lang einer Welt von Feinden standgehalten haben, und wie sie auch innerhalb der Reichswehr die junge Revolution gestützt haben, an deren Stelle sonst das Chaos nach russischem Muster getreten wäre. Wir sind empört über alle politischen Umtriebe, die gegen das deutsche Offizierkorps in Umlauf sind. Wir stimmen der Grundtendenz der Gesetzentwürfe, den Soldaten ein neues Leben zu erleichtern, durchaus zu. Mögen sie so wertvolle Faktoren bei der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches werden.

Abg. Schirmer (Ztr.): In der Anerkennung der Dienste der Armee ist das Haus immer einmütig gewesen.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vpt.): Wir begrüßen die beiden Entwürfe mit wärmster Sympathie, sie tragen nur einen bescheidenen Teil unserer Dankesschuld ab.

Reichswehrminister Noske: Ich will nur feststellen, daß über die Entwürfe Erwägungen mit den Beteiligten stattgefunden haben und daß Ihnen immer wieder erklärt worden, daß sie die Maßnahmen der Regierung dankend anerkennen.

Abg. Seeger (U. S.): Auffallend ist, daß die Beratungen so mit einem Loblied auf den Massenmord enden sollen. (Unruhe.) Noch immer tritt der Militarismus alles Recht und alle Gerechtigkeit mit Füßen (Sehr richtig! bei den U. S.), besser wäre, guerit für die Kriegsbeschädigten als für die Offiziere zu sorgen.

Reichswehrminister Noske: In den letzten Monaten war der Dienst der Truppe, Deutschland vor dem Chaos zu bewahren. Dafür hat sie ihre Haut zum Markte getragen gegen verbrecherischen Unfug und verbrecherisches Treiben (Großer Lärm bei den U. S., Zustimmung und Beifall). Sie trat für den inneren Frieden ein, dafür ist die Truppe unter allen Umständen unseres Dankes wert (Großer Lärm bei den U. S., Zurufe: Die Bande muß raus). Gewalt halten die Unabhängigen auch heute noch immer für ihr Recht, dabei ist es niederträchtige Schandwirtschaft, die Seeger und seine Freunde getrieben haben (Ungeheurer Lärm bei den U. S., Große Unruhe).

Präsident Fehrenbach: Herr Wehrminister, es geht nicht an, daß einem Mitglied des Hauses Schandwirtschaft vorgeworfen wird. Ich muß das rügen.

Noske fortfahrend: Keine Gemeinheit, Niederträchtigkeit und Lüge, die nicht Tag für Tag die unabhängige Presse gegen die Soldaten ausgesprochen hätte (Erneuter großer Lärm bei den U. S.: Sind ja ihre Spitzel, Unruhe). Die vorgekommenen Ausschreitungen sind lediglich die Folge der schmählichen Hetze, die natürlich außerhalb des Hauses gegen die Truppe getrieben wurde. Gegen Schuldige sind wir unterseits in allerstrengster Weise vorgegangen (Ungeheurer minutenlanger Lärm bei den U. S., Zuruf: Bloß nicht gegen die Mörder, Demonstrativer Beifall sonst im Hause). (Die Zurufe auf der äußersten Linken wiederholen sich: Schwindler, Lump, unverschämter Mensch).

Abg. Seeger (U. S.): Der Reichswehrminister hat mir persönlich niederträchtigste Schandwirtschaft vorgeworfen, als wenn ich sie dort begangen hätte. Wenn er jetzt von Verhetzung redet, so tut er nichts anderes, als daß er die elenden Verleumdungen der bürgerlichen Presse wiederholt.

Präsident Fehrenbach: Solche Ausdrücke sind unzulässig. Ich muß sie rügen.

Seeger fortfahrend: Jedes Mittel zur Verleumdung der unabhängigen Sozialdemokraten ist ihm recht (Lärmender Beifall bei den U. S., Unruhe).

Präsident Fehrenbach: Wegen des Ausdruckes rufe ich Sie zur Ordnung.

Kriegsminister Reinhardt: Die Armee ist nicht gegen Deutschland aufgerichtet, sondern sie ist für das Volk da. Darin sind wohl alle mit mir einig, daß der Heldentod auf dem Schlachtfeld vom Massenmord so weit entfernt ist, wie der Terror von der Freiheit. (Sehr richtig!) Wir alten Offiziere haben geglaubt und glauben heute noch, daß der Offiziersberuf wie jeder Beruf im Dienste des Vaterlandes ein Beruf für das Volk ist. An dieser Auffassung werde ich festhalten. Meine monatelange Zusammenarbeit mit der Mehrheit des Hauses hat in mir die Ueberzeugung gefestigt. Wir halten deshalb den Beruf nicht für verfehlt.

Der Gesetzentwurf wird an die Kommission verwiesen.

Es folgt die dritte Beratung des Reichssiedelungsgesetzes.

Dieses wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Ebenso eine Resolution, die Maßnahmen zum Schutze der Kleinpächter gegenüber den Grundbesitzern verlangt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes einer Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung. Der Gesetzentwurf wird nach kurzer Aussprache in zweiter und sofort auch in dritter Lesung angenommen.

Die noch auf der Tagesordnung stehende Interpellation der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei über Beamtenfragen wird nach einer Geschäftsordnungsdebatte abgesetzt.

Schluß gegen 1¼ Uhr.

Nächste Sitzung: Montag 3 Uhr: Verfassungsentwurf.

Preußen-Parlament

Berlin, 19. Juli.

49. Sitzung.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

In der Beantwortung kleiner Anfragen teilt die Regierung mit, sie habe mit ihrem Erlaß über die Entfernung der hohenzollernbilder aus den Schulen nicht die Politik in die Schule hineingetragen, sondern politisches Treiben in der Schule unterbinden wollen.

Zur Beratung steht die Denkschrift über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Eisenbahnverwaltung.

Eisenbahnminister Oeser verbreitet sich ausführlich über die Lohnpolitik der Eisenbahnverwaltung und bespricht die Forderung der einzelnen Arbeitergruppen. Nach der Lohnerhöhung der Arbeiter haben jetzt auch die Beamten ein volles Recht auf Erhöhung ihrer Bezüge. (Sehr richtig!) Bei jeder Lohnforderung muß in Betracht gezogen werden, daß sie eine automatische Erhöhung der Löhne und Gehälter auch der anderen Gruppen nach sich ziehen muß. Die geforderte Veränderung in der Ortsklasseneinteilung würde 220 bis 250 Millionen Mark jährlich ausmachen. Das kann nicht so weitergehen. Die Regierung hat den Weg der Senkung der Lebensmittelpreise beschritten. Wir müssen aber daran denken, daß unsere finanzielle Lage von Monat zu Monat schlechter wird. (Sehr richtig!) Wir müssen durch einen Engpaß hindurch. Auf der einen Seite die finanzielle Lage, auf der anderen Seite volle Berechtigung, aber auch ungerechte Ansprüche der Arbeiter und Angestellten. Es muß ein Mittelweg gefunden werden und er wird gefunden. Wann die Zeit für allgemeine Neuregelung der Lohnverhältnisse gekommen ist, läßt sich heute noch nicht sagen. Dem Winter sehen wir mit großer Sorge entgegen. Wenn nicht wieder Ruhe und Arbeitsfreudigkeit überall den Streik ablösen, dann werden wir nicht genügend Kohle haben. (Hört! Hört!)

Abg. Schubert (Soz.) empfiehlt einen von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten eingebrachten Antrag, der die von der Regierung unter Anforderung großer Mittel unternommenen Schritte zur Senkung der Volkserhältungskosten billigt, die Regierung ersucht, an den jetzigen Löhnen solange nichts zu ändern, bis nach Vereinbarung mit den Berufsvereinigungen eine neue Lohnregelung einsetzt, und die alsbaldige Errichtung eines Lohnamtes für erforderlich erklärt.

Abg. Moldenhauer (D. Vpt.): Für eine Besserung der Verhältnisse ist Voraussetzung die Freigabe des Handels.

Abg. Dallmer (D. Vpt.): Wir lehnen den Antrag ab.

Abg. Paul Hoffmann (U. S.): Geben Sie den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht, dann wird auch Arbeitsfreudigkeit wieder einkehren.

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag auf Errichtung einer Provinz Oberschlesien wird an einen Ausschuß verwiesen, ein Antrag Dr. Heß (Ztr.) betreffend die Förderung des Volksholzschulwesens wird angenommen.

In zweiter und dritter Lesung angenommen wird die Vorlage über Maßnahmen anläßlich der Gebietsbesetzungen und der Ausführung des Friedensvertrages.

Darauf wird die zweite Etatsberatung beim Ministerium des Innern fortgesetzt.

Abg. Kassel (Dem.): Es muß auf eine Vermehrung der Exekutivpolizei Bedacht genommen werden, Solange kein deutscher Einheitsstaat möglich ist, darf Preußen nicht zerschlagen werden. Denn das käme nur dem feindlichen Ausland zugute.

Abg. Negenborn (Deutschnational) fordert eine Vermehrung der Zahl der Polizeikräfte. Wir müssen unser Volk wieder ehrlich machen durch Abschaffung der Zwangswirtschaft und durch Wiedereinführung des freien Handels und des freien Verkehrs. Ein böses Zeichen der Zeit sind die vielen Spielklubs. Redner spricht sich gegen die Arbeiterräte aus. So sind viele Aufsichtsratsstellen geschaffen, die man zur Tantiemensteuer heranziehen sollte. (Heiterkeit rechts.) Die Besetzung der Beamtenstellen darf nicht nach politischen Rücksichten erfolgen.

Di Revolution war nicht notwendig.

Es waren alle Vereinbarungen getroffen zu einer Reform der Verwaltung. Auch am 9. November war noch vieles zu retten. (Zurufe der Sozialdemokratie: Wo waren Sie denn da?) Unsere Vorfahren haben diesen preußischen Staat gebaut. Wir lieben ihn mit ganzer Seele und bedauern, daß er in Trümmer ging. Von der Regierung hören wir nur leere Worte. Sie fordert zur Arbeit auf und die Antwort sind nur Streiks. Diesen Leuten war bisher nichts heilig. Die Rede vom Fanatismus der Arbeit bleibt Rede, denn mit dem Achtstundentag werden wir ihn nie erreichen. Sie erklären, sie wollen die Ordnung hüten und überall sehen wir nur Unordnung. Der Wagen wollt jetzt in rasendem Tempo dem Abgrund zu, weil ihm jede Führung fehlt. Wissell hat so richtig gesagt: Das vernünftigste Volk wird töricht, wenn es nicht geführt wird. Wir haben keine Führung. Wir können von der Regierung nur Worte, sehen aber keine Taten.

Abg. Lichtenstein (U. S.): Die Haltung der Regierung ist schmählich und unehrlich. Redner verbreitet sich ausführlich gegen die Darlegungen des Ministers.

Abg. Moldenhauer (D. Vpt.): Wir begrüßen den Antrag Friedberg, der die Jugendlichen vor den verderblichen Einwirkungen ungeeigneter Schaustellungen schützen will. Die Regierung hat leider vielen ihrer schönen Worte noch nicht die Tat folgen lassen.

Die Beratung schließt. Der Etat des Ministeriums des Innern wird angenommen. Die Abstimmung über die Anträge wird erst nach den Ferien stattfinden. Die Entschließung des Ausschusses zu Gunsten einer Fürsorge für die aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Deutschen und die Flüchtlinge aus dem Osten wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung spätestens am 16. September.

Schluß 4¼ Uhr.

Antisemitismus in Rostock

Die Haltung der Rostocker Studentenschaft gegen die jüdische Bevölkerung nimmt nach einer Meldung des „Tag" Formen an, daß in der letzten Sitzung der Bürgervertretung dagegen Stellung genommen wurde. Anschläge an den Straßenecken bedrohen diesen Teil der Einwohnerschaft; einige angesehene Bürger sind bereits verprügelt worden. Bürgerschaftsvertreter Dr. Reinde-Bloch gab die Versicherung ab, daß von den Universität.behörden alles getan sei, um diesen Ausschreitungen entgegenzutreten. Aber die Möglichkeit der Einwirkung des Rektors beschränke sich nur auf den unmittelbaren Umkreis der Universität. Professoren und Dozenten hätten auf das Auftreten und Verhalten der Studentenschaft auf der Straße keinen Einfluß. Das freie Menschenrecht der Gegenwart gestatte solcher Agitation weiten Spielraum. Die Form der Agitation sei eine Folge der Revolution. Ebensowenig wie man den sozialdemokratischen Studenten den Mund verbieten könne, könne man ihn den rechtsstehenden Studenten verbieten. Neue Maueranschläge sind in scharfer Sprache gegen das Judentum gehalten.

Ein Appell der Regierung

Eine Denkschrift über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung ist der Landesversammlung zugegangen. Die Denkschrift gibt eine Darlegung der Lohnverhältnisse bei den Staatseisenbahnen, der Forderungen der Eisenbahner und der Maßnahmen, die die Eisenbahnverwaltung zur Berücksichtigung dieser Wünsche ergriffen. Den Wünschen mußte soweit entgegengekommen werden, daß die Industrie Vorwürfe über die Lohnpolitik der Staatseisenbahnverwaltung erhob und behauptete, bei solchen Löhnen mitbietende Arbeit nicht mehr verrichten zu können. Trotzdem erhoben die Eisenbahner neue Forderungen, die vorläufig vertagt sind, bis sich ergibt, ob die Senkung der Lebensmittelpreise gute finanzielle Erfolge bei der Arbeiterschaft zeitigen wird. Diese Pause benutzt die Regierung, der Landesversammlung vorzuschlagen, selbst in dieser Frage zu entscheiden. Die Eisenbahnverwaltung kann sich schon jetzt aus ihren Einnahmen nicht erhalten. Um die Unterbilanz zu decken, sind Finanzvorlagen nötig, jede neue Forderung erhöht die Summe der nötigen Deckungsmittel, entfernt die Verwaltung immer mehr von dem Grundsatze, sich selbst zu erhalten. Da alle neuen Forderungen Rückwirkungen auf die Lohngebarung der übrigen Staatsverwaltungen ausüben, und auch das gesamte übrige Wirtschaftsleben beeinflussen, hält es die Staatsregierung für ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der Landesversammlung auf den Gegenstand zu lenken und sie zur Entscheidung aufzurufen. Da die Arbeiter auf Entscheidung drängen, muß die Stellungnahme der Landesversammlung noch vor der Sommerpause erfolgen.

Die Hetze gegen Ludendorff

Die Hetze gegen Ludendorff hat zwar schon erheblich nachgelassen, weil die Mehrheitsparteien immer wieder ihrer Lügen überführt werden, aber gelegentlich ist doch noch ein besonders krasser Fall festzustellen. So brachten die sozialdemokratischen Blätter einen Auszug aus einem offenen Brief eines Geschoßrevisors Fuchs, in dem er dem General Ludendorff die Schuld am militärischen Zusammenbruch Deutschlands 1918 zuschieben möchte. Der Betreffende behauptete:

1. bereits im Herbst 1917 habe Ludendorff bei der Industrie die schweren Kanonenrohre abbestellt;

2. in der Flandernschlacht habe das deutsche Heer an einem einzigen Tage seine gesamten Bestände, und zwar 8000 Kanonen des schwersten Kalibers, verloren. Ein Ersatz sei nicht mehr zu beschaffen gewesen, da

3. auf General Ludendorffs Befehl in den Geschützfabriken die Maschinen abmontiert gewesen seien;

4. Ummengen von Granaten seien vorhanden gewesen, sie seien aber nicht zu verwenden gewesen, weil die Geschütze gefehlt hätten;

5. eine große Isonzo-Offensive sei verpufft, weil 5000 abgeschossene 21-Zentimeter-Granaten nicht losgegangen, sondern wirkungslos zwischen die Felsen gefallen seien;

6. Ludendorff habe hierauf einen seiner Offiziere in die Heimat auf die Munitionswerke zur Untersuchung der Schuldfrage geschickt.

Diese Behauptungen sind, wie in den „Hamb. Nachr." Herr v. Fischer-Treuenfeld (während des Krieges Generalstabsoffizier bei der O. H. L.) feststellt, von Anfang an unwahr und erfunden. Zu den einzelnen Punkten sei folgendes gesagt:

Zu 1: die schweren Kanonenrohre sind niemals abbestellt, sie wurden bis zum Schluß des Krieges geliefert, und zwar in monatlichen Raten von 400 Rohren. Wenn wir keine schweren Rohre gehabt hätten, hätten wir auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen nicht so unendlich viele an die Entente abliefern müssen und können. Das Heer hat schwere Artillerie bis zuletzt gehabt, jeder Frontsoldat weiß das.

Zu 2: der Verlust von 8000 Kanonen schwersten Kalibers in der Flandernschlacht ist die unsinnigste Behauptung, die ausgesprochen werden kann. Das gesamte deutsche Heer hatte im Herbst 1917 überhaupt nur 6525 schwere Geschütze! Der Feindverlust an schweren Geschützen in der Flandernschlacht dürfte 100 — hundert — kaum übersteigen; auch ihr handelt es sich nur um zerschossenes, nicht etwa um vom Feinde erobertes Material.

Zu 3: General Ludendorff hat nie einen Befehl gegeben, auf den hin Geschützfabriken abmontiert werden sollten. Das gesamte Rüstungswesen in der Heimat unterstand dem Kriegsministerium, einer der Obersten Heeresleitung gleichgestellten Behörde.

Zu 4: Dank des vom General Ludendorff aufgestellten „Hindenburg-Programms" hatten wir eine stattliche Munitionsreserve, vor allem darin wieder in Granaten, aufgestapelt. Diese großzügige, weltvorausschauende Maßnahme will man jetzt als Geschützmangel auslegen!

Zu 5: 1918 planten wir überhaupt keine Isonzo-Offensive, nicht eine deutsche Kanone befand sich an der italienischen Front. 1917 hatte unsere Isonzo-Offensive glänzenden Erfolg. Die ganze Behauptung ist ebenso sinnlos wie verlogen. Wenn wirklich 5000 Granaten nicht losgegangen sein sollten, so könnte hierfür höchstens die Heimat verantwortlich gemacht werden und hier wiederum mag es an demjenigen „Geschoßrevisor" gelegen haben, dem in der in Betracht kommenden Fabrik die Aufsicht über die gewissenhafte Herstellung der Munition zufiel. Sollte Herr Fuchs in dieser Hinsicht vielleicht ein etwas schlechtes Gewissen haben?

Zu 6: dies ist eine boshafte Lüge! Die Munitionswerke in der Heimat unterstanden den heimischen Militärbefehlshabern und diese wiederum dem Kriegsministerium. (Vergl. das unter „zu 3" Gesagte.)

Aus diesen Ausführungen wird hervorgehen, daß lediglich schlechter Wille dem Verfasser des offenen Briefes die Feder geführt haben kann. Jeder Fachmann hätte ihm das Irrige seiner Behauptungen — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — vor der Veröffentlichung nachweisen können. Interessant ist nur eins:

Bisher wurde dem General Ludendorff von den Freunden des Herrn Fuchs immer nur vorgeworfen, er habe den Krieg gewissenlos verlängert und dementsprechend alle Kräfte in seinen Dienst gestellt. Wie vertragen sich derartige Ansichten mit der Beschuldigung des Herrn F., General Ludendorff habe schwere Unterlassungsfünden für einen glücklichen Ausgang des Krieges begangen? Es scheint eben jedes Mittel recht zu sein, um den genialen, großen Mann zu begeifern!

Die Kabinettskrise in Spanien. Der König ist, von Santander kommend, in Madrid eingetroffen und hat Maura empfangen. Dato hat die Kabinettsbildung aus Gründen der großen Mühen, die diese schwere Aufgabe mit sich bringt, abgelehnt und hat dem König andere Persönlichkeiten vorgeschlagen, die seinem Wunsche entsprechen könnten.

Eine deutsche Anleihe in Amerika. Aus New-York wird gemeldet, daß die deutschen Banken im Namen der deutschen Regierung über ein großes Darlehen in Amerika unterhandeln. Die Anleihe soll 50 Millionen Dollar betragen.

Die Denkschrift über die Eisenbahnerlöhne ist gestern beim Staatsministerium der Landesversammlung zugegangen und wird voraussichtlich noch vor der Vertagung zur Verhandlung kommen.

Der Landtag des Freistaates Lippe-Detmold hat gestern das Landesgesetz über die Verstaatlichung des gesamten Haus- und Familienfideikommisses ohne jede Abfindung an das vormalige fürstliche Haus Lippe-Detmold verabschiedet. Der im Landtagsausschuß vereinbarte Vergleichsvorschlag wurde vom Landtag verworfen, da von dem ehemaligen Fürsten die Mitteilung vorlag, daß ihm die Erlangung der Zustimmung der Agnaten des Fürstenhauses nicht möglich war.

Die letzten Deutschen aus Salonikl. Der Dampfer „Athenia" mit den letzten deutschen Soldaten aus Salonikl, 1000 Mann stark, ist in Wilhelmshaven eingetroffen.

th. **Die Abschnürung Ostpreußens.** Abg. Graf Kanitz hat in der Landesversammlung die Staatsregierung in einer kleinen Anfrage aufgefordert, ein besonders starkes Truppenkontingent baldmöglichst nach Ostpreußen zu verlegen, um den inneren und äußeren Schutz der Provinz zu gewährleisten, die sich nach der Abtrennung vom Mutterlande durch den polnischen Korridor in einer äußerst unglücklichen und gefährlichen Lage befinden und die den gänzlichen Verlust der Provinz befürchten lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907201-17/fragment/page=0002

Deutschnationale Volkspartei und Regierung

Die Eröffnungsrede des Abg. Hergbt auf dem ersten Parteitage

Die Rede, mit welcher der Vorsitzende des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei, Staatssekretär Hergbt, den ersten Parteitag eröffnet, hatten wir aus Raummangel bisher nur in kurzem Auszuge wiedergeben können. Der programmatischen Bedeutung wegen aber, welcher dieser Rede zukommt, namentlich in Hinsicht der Stellung der Partei zur Regierung, sei sie (nach unwesentlichen Kürzungen) im vollen Wortlaut zum Abdruck gebracht.

Wir feiern heute den Geburtstag, den ersten Geburtstag unserer Partei, einen Geburtstag ganz besonderer Art. Der erste Parteitag einer neuen Partei ist die Probe dafür, ob die Gründer wohlgetan haben, wenn sie sich zu der neuen Vereinigung zusammenschlossen, ob der Guß gelungen ist, ob eine gute Mischung aus den verschiedenartigen Elementen zusammengekommen ist. Gerade wir, die Deutschnationale Volkspartei, müssen auf diesen Punkt einen ganz besonderen Wert legen. Wir sind auf der allerbreitesten Basis aufgebaut. (Sehr wahr!) Wir umfassen gleichmäßig Stadt und Land. Wir sind Bürger, Bauern, Arbeiter, Beamte, und wie sie alle heißen mögen. Wir sind nicht, wie etwa das Zentrum, begrifflich an bestimmte Bezirke unseres Vaterlandes gebunden. Keine Partei außer uns kann sich rühmen, so tief in alle Bevölkerungsschichten, in alle Bevölkerungsteile hineinzugreifen. (Sehr richtig! Sehr gut!) Das hat gewiß manche Schwächen an sich. Es gibt auszugleichen, es sind manchmal zentrifugale Tendenzen hintanzuhalten. Die Partei wird neuen großen Problemen auch nur langsam und mit tastender Behutsamkeit gegenübertreten können. Vielleicht ist da nicht die Elastizität vorhanden, wie sie bei anderen schnell arbeitenden Parteien so oft zu merken ist. Aber welche anderen ungeheuren Vorteile! Wir sind frei von Ueberstürzungen, wir sind frei von Einseitigkeit. Die Anregungen fließen uns überall von unseren Anhängern zu. Wir sind frei von Bürokratismus, und wenn es uns gelingt, unsere Mitglieder zusammenzuhalten, dann lösen wir in uns selbst das große Problem aller Staatskunst: die Bevölkerung zu einen, die Bevölkerung zu befriedigen und zu beglücken.

Meine Damen und Herren! In der gegenwärtigen Zeit, wo uns das parlamentarische System aufgezwungen ist, da kann es für eine Partei nur noch darauf ankommen,

die Mehrheit zu erhalten

entweder allein die Mehrheit zu erhalten oder mit anderen zusammen. Alle anderen Ziele treten zurück. (Sehr richtig!) Mögen wir sonst eine so schöne Partei sein, wie sie wolle, mögen wir sonst nach mancher Richtung! die einen oder die anderen befriedigen, wenn wir nicht zur Mehrheit kommen, wenn wir nicht die Regierung erreichen, dann haben wir keine Existenzberechtigung, dann ist unser Zweck nicht erfüllt. (Stürmischer Beifall.)

Die erste Vorbedingung dazu, der Feuereifer, das rege Interesse ist gegeben. Das beweist hier diese Versammlung. Es hat wohl nie eine Parteitagung gegeben, die unter so ungünstigen äußeren Umständen einberufen werden mußte. Ich brauche nur an die Verkehrsstreiks zu erinnern, die es beinahe unmöglich gemacht haben, daß wir uns hier versammelten: und dennoch dieser glänzende, beispiellose Erfolg, der seinen Eindruck auf das Land nicht verfehlen wird. Aber wenn wir deshalb mit stolzer Freude erfüllt sind, so ist doch noch größer die innere Genugtuung darüber, daß es noch genug aufrechte und mannhafte Männer und Frauen im Lande gibt, die sich dem Geschick, das ihnen bereitet wird, nicht fügen und es sich nicht stumm und mutlos gefallen lassen wollen (allseitige Zustimmung), sondern, die sich auflehnen und aufbäumen gegen die Mißwirtschaft, die rings um sie besteht. (Beifall.) Sehen wir, wohin wir wollen, bei den Machthabern nichts wie Willenlosigkeit und Kraftlosigkeit. (Angst!) Nichts wie Verzagtheit, und wir wird mit Recht zugerufen: Angst, Angst vor den Massen der Linken und Angst um ihre eigene Stellung. (Zuruf: Angst vor der Rechten!) Und daher diese ewige Nachgiebigkeit und diese ewigen Verhandlungen und Kompromisse. Wenn wir von Verhandlungen und Kompromissen hören, dann wissen wir, daß wieder einmal ein Unglück für das deutsche Volk passieren wird. (Stürmische Zustimmung.) Wir, der heutige Parteitag, sind, weil unsere Partei immer für Autorität und für ein kräftiges Regiment eingetreten ist, berufen, den Empfindungen — denn das Volk lechzt und dürstet nach einem Willen und einer Tat — Ausdruck zu verleihen. Wir sollen hier

das Evangelium des Willens verkünden

und Sie, meine verehrten Damen und Herren, sollen als Apostel unseres Glaubensbekenntnisses hinausgehen ins Land und sollen das Volk aufrufen, daß es sich um uns sammelt, um mit dröhnendem Hammer an die Türen zu klopfen, wo volksfremd die Gewalthaber sitzen.

Meine Damen und Herren! Wir riefen, und alle, alle kamen! Und doch sind die Reihen nicht mehr so geschlossen, wie das der Fall gewesen wäre, wenn wir unter anderen äußeren Verhältnissen uns befänden. Wohl haben die Landesteile, die jetzt den Leidensweg in das fremde Joch gehen, es sich nicht nehmen lassen, ihre Vertreter hierher zu senden, um zum letzten Male mit uns in der alten Volksgemeinschaft, im alten politischen Verbande zu sein und uns die Hand zum Abschiede zu reichen. Aber meine Damen und Herren, es sind auch wohl manche daheim geblieben in Verbitterung und Verzweiflung darüber, daß man sie verlassen hat. Sie wissen nicht, was aus ihnen, aus ihrer Scholle, aus ihrem Deutschtum werden soll, und wir dürfen auch dieser Wahrheit gegenüber die Augen nicht verschließen, und um so mehr ist es heute unsere erste und heiligste Pflicht, daß wir dieser Brüder gedenken, auf die wir jetzt verzichten müssen, daß wir ihnen den Treueschwur, Treue um Treue hier leisten wollen. (Stürmischer Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wenn sich das Volk in seiner Gesamtheit nicht zu der Größe hat aufschwingen können, hinter seinen Brüdern in der Grenzmark zu stehen, es möchte kommen, was da wollte, dann wollen wir wenigstens, die Deutschnationale Volkspartei, bei unseren Brüdern bleiben. (Beifall.) Ein Sammelpunkt soll die Partei werden für alle diese Bestrebungen, die sich zum Ziele stecken, über die leidigen Grenzpfähle hinweg die innigsten Bande der Freundschaft weiter aufzurichten. Ich bitte namens des Parteivorstandes um die Ermächtigung, daß wir

eine besondere Zentralstelle bei der Partei

begründen, die alle diese Keime des geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhaltens pflegen soll, bis einst der Tag kommt, an den wir glauben. (Brausender Beifall.) Auf den wir unsere ganze Politik einrichten, der Tag, an dem kraft einer waltenden Gerechtigkeit sich wieder zusammenfinden, was Gottes und des Rechtes wegen zusammengehört. (Erneuter stürmischer Beifall.) Wir wollen fein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Wir wollen vertrauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor den Menschen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir so als unsere erste Aufgabe den Treueschwur für unsere Brüder, die verlorengehen, leisten wollen, dann müssen wir sogleich leider für diejenigen, die wir Preußen sind, in dieser Versammlung noch ein weiteres Gelöbnis ablegen, ein Gelöbnis, das unsere westlichen Brüder betrifft, die vorläufig von den Folgen des Friedensvertrages noch nicht betroffen erscheinen. Meine Damen und Herren! Das schleichende Gift der Abtrennungsbestrebungen geht wieder um, man munkelt hier und da, und wir wissen, was bei einem solchen Munkeln herauskommt: ein Umfallen der Gewalthaber, das uns das größte Unglück bringen könnte, denn, meine Damen und Herren, in einem Reiche, das aus selbständigen Einzelstaaten zusammengesetzt ist, wollen wir ein starkes, unzerschlagenes Preußen nicht missen (allseitige Zustimmung), damit nicht das Reich welchen Einflüssen ausgeliefert ist und letzten Endes als Reich zerfällt, damit nicht durch Kleinstaaterei das Reich an Macht verliert, während allein der starke Kern Preußens die Machtmittel des Reiches zu einer geschlossenen und kräftigen Entfaltung bringen könnte. Und weiter, damit nicht im Rahmen unserer preußischen Grenzen sich das Schwergewicht, das politische, das wirtschaftliche und kulturelle Schwergewicht zum schweren Schaden der einzelnen Landesteile verschiebt. Zuletzt aber, damit nicht die Charaktereigenschaften, die nur in der preußischen Einheit erwachsen und auf die wir stolz sind, dem deutschen Volke nicht verloren gehen. (Beifall.) Meine Damen und Herren, wir wissen sehr wohl, welch schweren Stand unsere Brüder aus dem Westen und der Heimat gegenüber diesen partikularistischen Bestrebungen haben. Sie müssen auch hier von unserem Parteitag die Stärkung mitbringen, und deshalb ist es die zweite Aufgabe, wenn wir uns dieses Gelöbnis der Unlösbarkeit hier aussprechen.

Es kommt aber das dritte, das wichtigste, die große Parole unseres Parteitages,

die Anklage gegen die Regierung

und alle diejenigen, die diesen Frieden unterzeichnet haben. (Stürmischer Beifall.) In Weimar ist viel davon geredet worden, ob man eine Ehrenerklärung abgeben wollte über die Motive, die der Friedensunterzeichnung zugrunde gelegen haben. Die Fragestellung war falsch. Es kommt nicht darauf an, was die, die regieren wollen, die als Volksvertreter verantwortlich sind, für Motive haben. Es kommt darauf an, ob sie in ihrer Entscheidung recht tun, und in dieser Entscheidung ist das Unrecht geschehen, das wir tief beklagen müssen. Man hätte die Erhebung des Volkes, die schon da war, gar nicht erst zu wecken brauchen, man brauchte sie nur mitzumachen (Sehr richtig!), man durfte sie nur nicht hemmen. Aber man wollte die Erhebung und Begeisterung nicht, weil man davor Angst hatte. (Sehr richtig!) Deshalb, meine Damen und Herren, schneiden wir im vollsten Gefühl für unsere Verantwortung das Tischtuch zwischen uns und jenen entzwei. (Stürmische, anhaltende Zustimmung.) Man hat uns den häßlichen Vorwurf gemacht, daß wir das tiefste Unglück unseres Vaterlandes parteitaktisch, parteipolitisch ausnutzen wollen. (Pfuirufe.) Man hat uns vorgeworfen, daß wir gewissenlos die Einmütigkeit des Volkes störten, die doch mehr als je notwendig sei, um die Ordnung wiederherzustellen und den inneren Feind zu bekämpfen. Nun, meine Damen und Herren, wir brauchen keine parteitaktischen Manöver. Die Herzen fliegen uns ganz von allein zu. Wie können aber unsere Gegner sich hinstellen und uns Parteitaktik und Parteipolitik vorwerfen, wo sie selbst in solchen inneren Widersprüchen sich befinden. Erst hat man von der Unerfüllbarkeit und Unerträglichkeit und darum Unannehmbarkeit gesprochen und die verdorrende Hand an die Wand gemalt, dann hat man unterzeichnet, und nachdem man unterzeichnet hat, ergeht man sich wieder in tönenden Reden von dem Unrecht, das uns geschehen sei, und das wieder gutgemacht werden müßte. Meine Damen und Herren, wer soll das ernst nehmen? Was für eine Dummheit traut man dem Volke zu (Zuruf: Lug und Trug), wenn man ihm diese Ausführungen entgegenbringt? Meine Damen und Herren! Uns liegen parteipolitische Ziele selbstverständlich völlig fern, wir wollen nur ein praktisches Ziel haben. Darum denn Einmütigkeit in diesem Augenblicke! Einmütigkeit war am Platze, so lange es galt, den äußeren Feind zu bekämpfen, so lange es galt, die Geschlossenheit des deutschen Vaterlandes der Entente gegenüber zur Geltung zu bringen. Und, meine Damen und Herren, wir haben uns nach dieser Richtung nichts vorzuwerfen. Wir haben durch unsere Fraktionsredner wiederholt erklären lassen, daß wir nicht in Opposition beharren wollen, daß wir uns — ja, wir haben es gesagt — hinter die Regierung stellen wollten (Leidet!), damit Ruhe und Ordnung geschaffen werde und damit wir einen Frieden erträglicher Art erhielten.

Es wird mir zugerufen: Leider! Meine Damen und Herren! Wir haben geglaubt, daß wir, solange wir in den Friedensverhandlungen stehen, mit der Selbstbeschränkung in der natürlichen Opposition einen Erfolg erreichen könnten, daß wir der Regierung damit bei den Verhandlungen über den Frieden den Rücken stärkten, daß wir ihr Gewissen schärfen könnten. (Zuruf: Illusionisten!) Wir haben uns schwer getäuscht, und diese Täuschung wollen wir nicht noch einmal erleben. (Stürmische Zustimmung.) Was soll jetzt noch etwa Einmütigkeit dem triumphierenden Gegner gegenüber? Ihm verschlägt es nichts, ob das deutsche Volk sein Joch in Einmütigkeit trägt oder nicht.

Und wie ist es im Innern, dem inneren Feind gegenüber, ohne Bezug auf den Wiederaufbau, der Ordnung? Meine Damen und Herren, da gehen Mittel und Wege, wie man Positives erreichen könnte, zwischen Regierung und uns himmelweit auseinander. (Sehr richtig!) Ja, wenn die Regierung uns endlich einmal zeigen wollte, daß sie ernst machen will und ernst machen kann, dann könnte man darüber reden, ob man mitmachte. (Zuruf: Niemals!) Haben wir aber irgendeinen Beweis dafür, daß die Regierung diese Kraft hat, daß die Regierung diesen Willen hat? Gehen Sie einmal hinaus in das Land und fragen Sie, wie die Leute da in allen Verwaltungen des Staates und der Kommune und in der Privatwirtschaft darunter leiden, daß diese unrechtmäßigen Einflüsse von unberufenen Instanzen, Arbeiterräten (Zuruf: Juden!) auf sie losgelassen werden! Hat die Regierung da irgendeinen Willen, hat sie da irgendeine Tat bewiesen? Nein, meine Damen und Herren, wir können nicht glauben, daß, wenn wir das täten, was von uns erwartet wird, in der Tat in unserem Sinne regiert werden würde, und deshalb:

Schärfste Oppositionsstellung!

(Allseitige Zustimmung!)

Natürlich nicht, als ob wir Gegenrevolution machen wollten. Das Ammenmärchen, mit dem man die Kinder schreckt, wird uns heute noch in der Presse und sonst entgegengehalten. Meine Damen und Herren, wenn wir Revolution hätten machen wollen, dann hätten wir es in den letzten Wochen getan, wo der Osten in Waffen starrte. (Sehr richtig!) Wenn wir es nicht getan haben, dann sollten die Gegner nun endlich einmal aufhören, uns derartige böswillige Vorwürfe zu machen. (Sehr richtig!)

Aber was wir wollen, das ist: eine Aenderung in dem Regierungssystem herbeiführen. Der Parteitag soll nach dieser Richtung den entschlossenen Willen unserer ganzen Partei kundtun. Wenn wir uns so das Ziel hochstecken, dann müssen wir uns vor unserem Gewissen auch fragen, ob wir nach unserem ganzen Wesen dazu berufen sind. Mancher im Lande wird nicht recht klug daraus geworden sein, welches von den vielen Parteiprogrammen er nun für seine eigene Auffassung zugrunde legen soll. Nicht auf die einzelnen Programmpunkte kommt es an, sondern auf den Geist, der hinter dem Programm steckt. (Sehr richtig! Bravos und Händeklatschen.) Auch unsere Gegner haben Ideen, mit denen sie das Volk zu begeistern suchen; auch der Bolschewismus war eine Idee. Solche Ideen lassen sich nur bekämpfen, wenn man ihnen wiederum eine Idee entgegenstellt. (Sehr richtig!) Nur dadurch können wir die Jugend, auf die es uns doch ankommt, die wir zu unserer Rekrutierung nötig haben, und die wir so herzlich gern in unseren Reihen begrüßt haben, für uns gewinnen.

Nun, meine verehrten Damen und Herren, wir können uns glücklich preisen, daß wir eine Weltanschauung besitzen, die nicht gekünstelt ist, nicht zurechtgemacht, nicht ein papieres Gebilde, sondern die aus dem erwachsen ist, was wir Gutes und Edles und Schönes aus unserer Vergangenheit herübernahmen (Bravo!) und geboren weiter aus dem, was wir in der Zwischenzeit aus den gewaltigen Geschehnissen der letzten Zeit hinzugelernt haben. Denn wir wollen ehrlich sein: wir haben hinzugelernt.

Nicht als ob uns diese gewaltigen Ereignisse eine neue Anschauung aufgenötigt hätten. Nein, innerliche Vorgänge sind es, die dazu geführt haben, daß wir uns jetzt umgestellt haben, daß wir jetzt von einer Umschaffung und einer Veredlung innerhalb unserer Partei reden können. (Bravo!) Wir wissen, was wir an dem Guten und Edlen und Schönen haben, was wir aus unserer Vergangenheit herübergenommen haben. Stellen Sie sich einen deutschnationalen Mann oder eine deutschnationale Frau vor, die erfüllt ist von echtem christlichem Geiste, die von brennendem Nationalgefühl erfüllt ist, die Sinn hat für Staats- und Familienautorität, die Verständnis zeigt für organische Gliederung des Staates bei aller Wertschätzung der Einzelpersönlichkeit, die ja gerade wir in unserer Partei so hoch veranschlagen. Aber hinzugekommen ist aus der Reaktion gegen Materialismus und Egoismus, von denen sich auch manche von uns früher nicht haben freimachen können (Sehr wahr!), eine Verkiefung unserer Auffassung von der Pflicht (Bravo!), der Pflicht gegenüber der Nation und gegenüber der Menschheit. (Bravo!) Hinzugekommen ist, alles verklärend, der soziale Gedanke, der keinen Kastengeist, keine Volksverschiedenheiten mehr kennt, der durchgeführt sein will: die eine Klasse Hand in Hand mit der anderen Klasse. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Mit einer solchen Weltanschauung müssen wir imstande sein, die großen Fragen zu lösen, die an uns herantreten. Heute ist es besonders die wirtschaftliche und die wirtschaftspolitische Seite, die die Welt berührt. Noch haben wir nicht die sozialistische Republik; es kämpft der Individualismus in seiner einseitigen Durchführung, in seiner mechanischen Doktrin mit dem Sozialismus, der zu den einseitigsten Uebertreibungen geführt hat. Ich bin überzeugt, daß wieder die Demokratie, die an ihren doktrinären Grundsätzen festhält, noch die Sozialdemokratie, die sich durch die Entfachung eines ungezügelten Freiheitssinnes mit ihren Plänen selbst das Grab gegraben hat (Sehr richtig!), und die die selbständige Einzelpersönlichkeit mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Kultur zu vernichten im Begriffe ist, daß sie beide nicht berufen sind, die Probleme zu lösen, die sich ergeben aus dem großen

Gegensatz zwischen Individualismus und Sozialismus.

Hier muß der Ausgleich, die Synthese gefunden werden. Ich glaube: auf Grund unserer Weltanschauung wird das nur uns gelingen können. (Bravo!) Wir werden bald Gelegenheit haben, wieder mit dem Hinweis auf unsere Weltanschauung vor das Volk zu treten. Wir wissen nicht, wann die Neuwahlen ausgeschrieben werden müssen. (Lebhafter Beifall.) Sie alle wissen, daß die beiden großen Nationalversammlungen, die des Reiches und die Preußens, mit der begrenzten Aufgabe zusammen berufen sind, die Verfassung zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907201-17/fragment/page=0003

beschließen und einige dringliche Gesetze einstweilen mit zu erledigen. Es wäre ein Rechtsbruch, es wäre eine Täuschung des Volkes, wenn man etwa daran gehen wollte, sich, nachdem diese Aufgabe erledigt ist, noch weiter zusammenzuhalten und neue Aufgaben vorzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die alten Wahlen fanden auch unter Verhältnissen statt, die es unmöglich machten, daß der wahre Wille des Volkes zur Geltung kam. (Sehr richtig!) Ich brauche Sie nicht an die Unruhe, an die Sorge zu erinnern, in der sich damals das Volk befand; ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, wie man die Wahlkampagne gegen uns mit allen Mitteln auszunützen gesucht hat, die der herrschenden Partei, uns aber nicht, zur Verfügung standen. Letzten Endes: auch die Fragen, die sich durch die Abtretung von Landesteilen im Osten und Westen neu ergeben, können nur gelöst werden, wenn einheitliche Neuwahlen stattfinden, nicht aber dadurch, daß ma umrechnet, was noch übrig geblieben ist, oder daß man Sonderwahlen für die übriggebliebenen Landesteile einführt. Das alles sind Gründe, um die Neuwahlen stattfinden zu lassen. Meine Damen und Herren, wir brauchen sie nicht zu fürchten! Wir brauchen uns nicht den Vorwurf der Feigheit zu machen, daß wir sie etwa nicht haben wollten. Nein, wir wollen sie jetzt als einen Punkt unseres Parteiprogramms verlangen. (Anhaltender stürmischer Beifall), und wir wollen sehen, ob die Machthaber sie uns verweigern können.

Es gibt Viele im Lande, die geglaubt haben, daß wir in die neuen Wahlen gemeinsam mit unseren Nachbarn,

mit der Deutschen Volkspartei,

hineintreten würden. Sie wissen, daß auf Anregungen aus der Deutschen Volkspartei gewisse Besprechungen über einen engeren Zusammenschluß stattgefunden haben; Sie wissen aber auch, daß die verschiedenen Parteiorgane der Deutschen Volkspartei diesen Gedanken als zurzeit untunlich abgelehnt haben, und daß deshalb die Herren aus der Deutschen Volkspartei, die uns gegenüber diese Anregung gegeben hatten, nicht weiter auf den Plan zurückgekommen sind. Nun, wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir aufs engste mit unseren Nachbarn liiert sein müßten; wir haben volles Verständnis dafür gehabt, daß eine große Bürger- und Arbeiter-Nationalpartei eine gewaltige Stoßkraft und Wucht haben würden; und wir haben auch Verständnis dafür gehabt, daß jetzt vielleicht der geeignetste Zeitpunkt gewesen wäre. Aber wir laufen niemandem nach. (Zustimmung und Beifall.) Deshalb muß ich hier erklären, daß, nachdem diese Angelegenheit drüben auf der anderen Seite erledigt ist, sie für uns ebenso als erledigt aufgefaßt werden muß. (Bravo!)

Unsere Aufgabe besteht nicht bloß darin, uns für den Wahlkampf zu rüsten. Wir haben eine viel größere und eine viel schönere Aufgabe: Unsere Weltanschauung fortgesetzt in die Tat umzusetzen, das Volk zu veredeln. Dazu gehört, daß wir uns zunächst mal selbst erziehen. Dazu gehört auch, daß wir die richtigen Führer haben. (Sehr richtig!) So groß die Zeit, die hinter uns liegt, an Geschehnissen war, so arm hat sie sich erwiesen an der Produktion von Persönlichkeiten, von Führern. (Sehr wahr!) Ein Bismarck fehlte uns, nicht einer, sondern mehrere Bismarcks, viele Bismarcks! (Lebhafter, stürmischer Beifall.)

Aber Einen wollen wir nicht vergessen, der, wie einst der Alte oben im Sachsenwalde, jetzt drüben im Westen sich zur Ruhe gesetzt hat:

den alten Hindenburg.

(Stürmischer Beifall.) Meine Damen und Herren, man hört, daß man auch Hindenburgs Auslieferung verlangen wolle. (Bewegung und Pfuirufe.) Sie sollen ihn nicht haben, den treuen Hindenburg. (Anhaltende stürmische Beifallsrufe.) In seinem übergroßen Pflichteifer, in seiner Loyalität dem ganzen Volke gegenüber hat er sich, so lange er in Reichsdiensten stand, von aller Parteipolitik ferngehalten; er hat jedem Einzelnen im deutschen Vaterlande gleich nahestehen wollen, das Vertrauen jedes Einzelnen gewinnen wollen. Das ist ihm ja im reichsten Maße gelungen. Denn in all dem Schmutz, in aller der Zerrissenheit und in allen den Gegensätzen, ist er allein derjenige gewesen, für den die Verehrung, die Liebe, die Ehrfurcht des ganzen Volkes gesprochen hat. (Bravo.) Aber jetzt sind die Fesseln von ihm gefallen, die ihm sein Amt auferlegte; jetzt ist er ein Bürger, wie wir alle und jetzt kann er auch Politik machen. (Bravo!) Möge er, was wir hoffen, und was anzunehmen wir Grund haben, sich unserer Partei anschließen. (Lebhaftes Bravo!) Nicht, als ob wir diesen großen Mann parteitaktisch ausschlachten wollten; nein, damit wir uns an seiner Größe aufrichten. (Bravo!) Möge er ein Mitglied bei uns werden, möge, wenn er zu uns kommt, eine Führerrolle bei uns übernehmen. (Lebhafter Beifall.) Ich bitte Sie um die Ermächtigung, unseren Gefühlen der Liebe und des heißen Dankes ihm gegenüber durch ein Telegramm Ausdruck zu geben. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich bin am Schluß. Meine Aufgabe war nur, den Unterbau zu geben für die Referate, die nach mir kommen, in denen Ihnen noch alles Schöne und Gute über die Partei gesagt werden wird. Aber noch eins lassen Sie mich hinzufügen: Sollen wir verzagen? (Zurufe: Nein!) Meine Damen und Herren! Ich höre die Antwort, und wir müssen sie alle geben. Wir denken nicht daran, kleinmütig zu sein. (Beifall.)

Die Ehre, die äußere Ehre hat man uns durch die Unterzeichnung dieses Schmachdokuments genommen

(Pfuirufe), aber die wahre Ehre schafft sich ein Volk selbst durch seinen Charakter, durch seine Auffassung vom Dienste dem Volke gegenüber, vom Dienste der Menschheit gegenüber. Wir werden diese Ehre wiedergewinnen. (Beifall.) Wenn wir jetzt volkswirtschaftlich am Boden liegen, wollen wir doch nicht die Kraft, die in unserem deutschen Volke steckt, unterschätzen. Nur glauben müssen wir allerdings. Den Glauben müssen wir mit uns bringen, damit wir andere überzeugen.

Vor mehr als hundert Jahren, da hat unser Nationaldichter Schiller das Schicksal des alten Deutschen Reiches verhandelt und da seinem Glauben Ausdruck gegeben:

„Stürzt auch in Krieges Flammen
Deutschlands Kaiserreich zusammen,
Deutschlands Größe bleibt bestehen!"

Meine Damen und Herren! Wir wollen uns von ihm in dem Glauben nicht übertreffen lassen.

Unser Glaube soll weitergehen.

Nicht bloß an Deutschlands Größe wollen wir glauben, wir wollen glauben und vertrauen, daß aus Schutt und Asche der Monarchie wieder etwas herauswächst (stürmischer Beifall), und deshalb lassen Sie mich die Sünde begehen, daß ich unseren Nationaldichter verbessere:

Stürzte auch in Krieges Flammen
Deutschlands Kaiserreich zusammen,
Deutschlands Größe bleibt bestehen:
Kaisertum wird neu erstehen!

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Wochenschau

vom 14. bis 20. Juli.

✱ Kaum ist in der vergangenen Woche der Verkehrsstreik beigelegt, so beginnt der Landarbeiterstreik. Und am kommenden Montag der 24stündige Generalstreik gegen den Gewaltfrieden. Wir können uns diese Produktionsunterbrechung ja leisten! Wir haben's ja! Wir zwar nicht, aber anscheinend die klassenbewußten Arbeiter. Wann kommt endlich der Tag, an dem die deutsche Arbeiterschaft das Sinn- und Zwecklose dieser Sympathie-Solidaritäts-Protest-Arbeitsruhe einsieht? Unsere wirtschaftliche Lage lädt sicher nicht zum Feiern ein, denn die ist alles andere als rosig. Wir brauchen in unserer Gegend nur auf die Verhältnisse hinzuweisen, die die Kohlennot in Sachsen hervorruft. In welch schwieriger Lage unsere Industrie sich befindet, davon zeugen die Veröffentlichungen der Kruppschen und Schaffgottschen Werke (siehe „H. Z." 346). Amerika schützt sich gegen die Einfuhr von Kali durch Schutzzoll. Die ausländische Konkurrenz macht sich überall bemerkbar. Rohstoffe fehlen an allen Ecken und Enden. Die Blockade ist zwar aufgehoben, aber zur Einfuhr drängen sich mehr die Fertigfabrikate. Diese Einfuhr auf das nötigste Maß zu beschränken, dürfte eine der Hauptaufgaben der Regierung sein, wenn nicht unsere Industrie vollends ganz ruiniert werden soll. Die letzten Reste der Rohstofflager sind ausgeschöpft. Von jetzt ab wird sich die Warenhochflut über Deutschland hinwälzen. Die Güter haben sich schon seit Monaten an Deutschlands Grenzen gestaut. Die Schweizer, Holländer, Dänen usw. spähten sehnsüchtig nach dem Augenblick aus, wo sie die Waren, die wagemutige deutsche Kaufleute längst teilweise schon während des Krieges zur Lieferung nach Friedensschluß gekauft hatten, über die Grenze schaffen könnten. In Amerika liegen volle Lebensmittelschiffe zur Abfahrt nach Deutschland bereit. In Rotterdam und Kopenhagen haben die Amerikaner hauptsächlich gewerbliche Fertigwaren für Deutschland aufgestapelt. Die National City Bank hat in Berlin eine Zweigstelle errichtet, welche die Geschäftsgrundlage für den jetzt aufzunehmenden amerikanischen Warenhandel in Deutschland schaffen soll. Insbesondere der besetzte deutsche Westen aber ist von den Alliierten planmäßig zum Stapelplatz für Waren jeglicher Art ausgestaltet worden. In Köln liegen allein 21 Schiffe mit ausländischen Geweben. Die Amerikaner haben in Koblenz und Trier, die Franzosen in Mainz und Wiesbaden ähnliche Stapelplätze errichtet. Ueberhaupt wird dem Rheinlande eine immer größere Bedeutung als wirtschaftlicher Vermittler zwischen der Entente und dem unbesetzten Deutschland zukommen. Die Frage der künftigen deutschen Wirtschaftspolitik wird angesichts dieser bedeutsamen Ereignisse brennend. Maßgebend für die künftige Wirtschaftspolitik dürften die Gesichtspunkte sein, keine Einfuhr von Luxusartikeln und unbedingte Befriedigung des Bedarfs der Minderbemittelten. Es ist nicht nötig, französischen Sekt und schwere Bordeauxweine zu importieren, schwere Seidenstoffe, Reiher- und Straußfedern. Aber andererseits ist doch zu erwägen, inwieweit man durch gänzliche Ausschaltung dieser Artikel es ermöglicht, daß eine Flasche deutschen Rotweines, die vor dem Kriege 2 M. kostete, jetzt 20 M. kostet, daß man für einen Anzug 700 bis 1000 M. bezahlen muß, während ein echt englischer Wollanzug für 100 bis 150 M. zu haben wäre, daß man für Stiefel 60 bis 100 M. bezahlt, während in Kopenhagen die besten amerikanischen Damen- und Herrenstiefel 16 bis 20 Kronen kosten. Ist es nötig, daß wir für einen Herrenkragen 8 M., für ein Paar Manschetten 12 M. bezahlen, wenn solche mit 2 bzw. 4 M. schon im besetzten Gebiet gekauft werden können? Zur Befriedigung des dringendsten Bedarfes und zur Regulierung der Preise ist daher die Einfuhr der nötigsten Bedarfsartikel wohl zuzubilligen. Was wir aber vor allem jetzt vom Ausland brauchen, sind keineswegs etwa gewebliche Fertigwaren. Und aus diesem Grunde ist es zu begrüßen, daß bei den kürzlich begonnenen Verhandlungen in Versailles der Entente der dringende Wunsch unterbreitet wurde, daß nun endlich die Zollgrenzen mit den Grenzen des Reiches zusammenfallen müßten. Der jetzige Zustand wirft jede noch so gut gemeinte wirtschaftspolitische Maßnahme der deutschen Regierung einfach über den Haufen und führt zum Bankerott unseres Webstoffgewerbes, überhaupt des größten Teiles der deutschen Fertigindustrie. Die deutsche Textilindustrie befindet sich so schon in keiner rosigen Lage, zumal hohe Löhne und die Einführung des Einstuhlsystems ihr den Wettbewerb ungemein erschweren. Da niemand mehr Kriegstextilware kauft, sind ihr große Verluste entstanden, die Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Schon jetzt suchen die kräftigeren Arbeiter der Textilindustrie Unterkunft in der Montanindustrie. Die deutsche Textilindustrie erwartet daher, daß sobald der erste Warenhunger gestillt ist, die Regierung Maßnahmen ergreift zu ihrem Schutze, soweit dies im Rahmen des Friedensvertrages möglich ist. Und es ist deshalb nur zu wünschen, daß das Gerücht, wonach angeblich ein sächsisches Konsortium für 45 Millionen Mark Rohbaumwolle erhalten solle, auf Wahrheit beruht. Nach Deckung unseres notwendigsten Bedarfes an Lebensmitteln brauchen wir vom Ausland vor allem gewerbliche Rohstoffe, damit wir in die Lage kommen, alle Volksgenossen auch die „Arbeitslosen" und die demnächst heimkehreiden deutschen Kriegsgefangenen voll zu beschäftigen. An Aufträgen mangelt es der deutschen Industrie ja nicht. Nur wenn wir alle wieder arbeiten können, wird Deutschland imstande sein, den gewaltigen Steuerbedarf zu decken, den Zinsverpflichtungen nachzukommen und Kriegsentschädigung zu zahlen.

Das Geschäft an der Börse bewegte sich in der vergangenen Woche in der Hauptsache auf dem Markte der Kriegsanleihe. Die Zahlungsbestimmungen bei der Vermögensabgabe, hauptsächlich die Aussicht, einen großen Teil der Vermögensabgabe in Kriegsanleihen zahlen zu können, lenkte das Geschäft auf dieses Marktgebiet. Die erzielte Steigerung war derart, daß noch nie ein Rentenpapier von der Größe der Kriegsanleihe in so kurzer Zeit eine derartige Steigerung zu verzeichnen hatte, weshalb wir nachstehend die Steigerungen seit dem Tiefstand der Kurse ungefähr am 20. Mai und der vorletzten und vergangenen Woche zum Vergleich (alles mittlere Kurse) zusammenstellen:

	20. Mai	11. Juli	18. Juli
5proz. Kriegsanleihe	73	79½	83¾
4proz. Reichsanleihe	63	72¾	76
3½proz. Reichsanleihe	55	66⅛	67⅛
3proz. Reichsanleihe	50½	62¾	64
4proz. Preußische Konsols	63½	76⅛	76¾
3½proz. Preußische Konsols	55½	68¼	68¼
3proz. Preußische Konsols	53	62½	63

Beigetragen haben zu dieser Steigerung jedenfalls in erheblichem Maße Deckungskäufe der Bankwelt. Es ist zu bedauern, daß die mittleren und kleineren Besitzer von Kriegsanleihe, die vorzeitig ihren Besitz abgestoßen haben, dadurch soviel Geld verloren haben. Daß soviel Kriegsanleihe von diesen Leuten verkauft wurde, daran haben letzten Endes auch die Banken mitschuld, die dem Treiben gegen die Kriegsanleihe nicht den nötigen Widerstand entgegensetzten. Was muß es für einen Eindruck auf die weniger routinierten Sparer machen, wenn es, wie in dem Geschäftsbericht einer Großbank heißt: „Im neuen Jahre ist es uns gelungen, unseren Besitzstand an Kriegsanleihen und sonstigen festverzinslichen deutschen Renten wesentlich zu verringern." Wenn eine Großbank so etwas schreibt, so sagt sich natürlich der kleine Sparer ebenfalls: Es muß etwas faul sein an der Kriegsanleihe. Von dem Stand der Kriegsanleihe hängt auch in Zukunft das Wohl und Wehe Deutschlands ab. Es ist daher nur zu wünschen, daß das Stützungssyndikat im großen Stile in aller Bälde Wirklichkeit wird. Industriepapiere verkehrten in der vergangenen Woche in fester Haltung. Der Stand der Reichsmark ist sich ziemlich gleich, also gleich schlecht geblieben. Der Reichsbankausweis („H. Z." 341) zeigte seit langer Zeit wieder einmal eine Entlastung. Der Notenumlauf ging um 137 Millionen zurück, was zwar bei dem Gesamtnotenumlauf von 42 Milliarden wenig besagen will. Im Zusammenhang mit dem gewaltig angeschwollenen Notenumlauf („H. Z." 347) dürfte es auch an der Zeit sein, der Notenrückhaltung zum Zwecke der Steuerhinterziehung energisch zu Leibe zu gehen. Das größte Hindernis, das dieser Notwendigkeito erwächst, ist der derzeitige moralische Tiefstand der Bevölkerung. Die Begriffe von der Wucht einer Strafe haben sich längst verändert. Die Verpflichtung zur Aufstellung von Vermögensverzeichnissen als Unterlagen für die Erhebung künftiger Steuern kann ihren Zweck daher keineswegs restlos erreichen. Ein wirksamerer Schritt war schon die Ermächtigung zur Aufhebung des Bankgeheimnisses. Aber auch er wird nicht restlos seine Aufgabe erfüllen und Lücken offen lassen. Will man also den Steuerhinterziehern wirklich mit Erfolg zu Leibe gehen, so wird man nicht umhin können, die schon früher geplante Abstempelung der größeren Banknoten durchzuführen. Bei den Wertpapieren könnte, wie ein neuerer Vorschlag lautet, eine Ergänzung durch die Eintragung aller zur Steuer angemeldeten Nummern in eine Liste geschaffen werden. Die fehlenden Nummern wären als zugunsten des Reiches verfallen zu erklären und vom Börsenhandel auszuschließen. Zweifellos würden diese Maßnahmen einen großen Apparat erfordern. Aber man darf nicht vergessen, daß diese Maßnahmen im Interesse der Gesundung unseres Finanzwesens und zur Hebung der Moral nötig sein werden. Und deshalb braucht sich die Regierung von solch einschneidenden Maßnahmen nicht zu scheuen. Deutschlands Wohl und Zukunft vor allem.

C. H.

Industrie, Handel, Handwerk

Erhöhung der Flaschenpreise. Der Verband deutscher Flaschenfabriken erhöht mit sofortiger Gültigkeit die Verkaufspreise um 40 Prozent.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Bei Eröffnung des Verkehrs zeigte die Börse ausgesprochen feste Haltung. Diese stand im Zusammenhang mit dem Wiedereinsetzen der Nachfrage nach Kriegsanleihe, die sich auf dem Kurs von 84—84,10 bewegte, und der Kauflust für Schatzanweisungen und alte heimische Anleihen, deren Kursstand teilweise bis 1 Prozent gebessert war. Am Montanmarkte hielten wiederum schlesische Werte mit Besserungen von 2—3 Prozent die führende Rolle. Von westdeutschen Werten waren es Phönix bei einer Besserung von zeitweise 5 Prozent und Gelsenkirchen. Schiffahrtswerte erfuhren bei stillem Geschäft mäßige Kursaufschläge. Gebessert um 2 bis 4 Prozent waren auch fast alle chemischen Aktien. In ausländischen Bahnaktien war das Geschäft stiller bei zumeist unveränderten Kursen. 4 Prozent höher notierten österreichische Kreditaktien. Lebhaft waren die Umsätze in Gebrüder Böhler-Aktien, die 10 Prozent höher notierten, und Deutschen Waffenaktien, in denen nach Beendigung der gestrigen starken Abgaben eine Erholung bis 205 eintrat. Daimler und Hirsch Kupfer waren 3 Prozent gebessert. Sonst war Geschäftsstille vorherrschend, und diese breitete sich weiter aus und führte in Verbindung mit Besorgnissen vor einer Ausbreitung des Sympathiegeneralstreiks am nächsten Montag zu Kursabbröckelungen. Oesterreichische und ungarische Renten waren vollkommen vernachlässigt.

Produktenbericht. Die schöne, warme, die Reife der Ernte beschleunigende Witterung trägt zur Vorsicht der Käufer vor Abschlüssen neuer Geschäfte im freien Warenverkehr bei. In Hafer liegen bereits von verschiedenen Seiten der Landwirtschaft Angebote vor. Jedoch konnte es wegen der gesetzlichen Beschränkungen zu keinen Abschlüssen darin kommen. In Lupinen sind blaue gute Qualitäten gefragt, gelbe Saatwaren sind weniger gesucht. Heu bleibt weiter stark angeboten und es vermehren sich die Schwierigkeiten bei Abnahme der Ware durch die Provinzkäufer. Um die Waren abzusetzen, mußte schon mehrfach Entgegenkommen im Preise gezeigt werden. f f

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	139,—
Halberstadt-Blankenb.	81,25	Gebhardt u. Co.	235,—
Halle-Hettstedter	71,50	Gebhardt u. König	85,—
Schantungbahn	129.75	Gelsenkirch. Bergb.	180,—
Allg. Lokal-Str.	131.25	Glauziger Zuckerfbr.	270,—
Gr. Berl. Str.	123,25	Hallesche Masch.-Fabr.	—,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hann. Masch.	319,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	296,—	Harpener Berg	165,75
Orientbahn	246,—	Hasper Eisen	154.75
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	220.75
Hambg. Paketfahrt	100,25	Höchster Farbw.	298.25
Hambg.-Südamerika	170,50	Hoesch Eisen u. Stahl	214,⅛
Hansa-Dampfschiff	227,—	Hohenlohe-Werke	114.50
Nordd. Lloyd	103,—	Humboldt-Masch.	133.50
Banken:		Ilse-Bergbau	303,—
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	313,—
Berl. Handelsges.	154,25	Kaliw. Aschersleben	154,—
Comm u. Diskontobank	124,-	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Darmstädter Bank	149.25	Kyffhäuserhütte	145,—
Dess. Landesbank	111,—	Lahmeyer u. Co.	117,—
Deutsche Bank	195,—	Lauchhammer	170,—
Diskonto-Comm.	155,75	Laurahütte	169,—
Dresdner Bank	132,50	Linke u Hofmann	278,—
Credit-Anst. Leipzig	137,—	Ludwig Loewe u. Co.	235,—
Mitteld. Kreditbank	114,50	Lothringer Hütte	155,—
Privat-Bank	110,75	Mannesmannröhren	178,—
Nationalbank	125,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	136,—
Oesterr. Kredit	—,—	do. Caro Heg.	146,50
Reichsbank	148,50	do. Kokswerke	203.25
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	171,⅞
Schultheiss-Brauerei	249.50	Phönix-Bergb.	198.50
Akt. f. Anilin	246,25	Rhein. Metall-Vorz.	187,50
Allgem. Elektr.-Ges.	178.75	Rhein Stahlwaren	149,75
Ammendorfer Papierf.	—,—	Riebeck. Montan	192,—
Anhalter Kohlenw.	168,25	Rombacher Hütten	149,50
Annaberger Steingut	183,—	Rositzer Braunk.	119,—
Badische Anilin	332,—	Rositzer Zucker	156,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	146,—	Sangerhäuser Masch.	235,—
Berl. Masch.-Bau	214,—	Hugo Schneider u. Co.	190,—
Bismarckhütte	212.50	Schuckert u. Co.	195,—
Bochumer Gußstahl	189,—	Siemens u. Halske	167,—
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Stettiner Vulkan	106,—
Chem. Griesheim	204.50	Stollberger Zinkh.	114,—
Chem. v. Heyden	217,25	Strals. Spielkarten	238,—
Consolidation Schalke	240.—	Thale-Eisenhütte	247,75
Cröllwitzer Papierfabr.	215,—	Triptis-Akt.-Ges.	172,—
Daimler-Motoren	208,—	Türkische Tabakregie	470,—
Deutsch-Luxemburg	147,25	Ver. Köln-Rottweiler	182,—
Deutsche Uebersee-El.	218.25	Glanzstoff Elberf.	460,—
Deutsche Erdöl	308,—	Wegelin u. Hübner	154,50
Deutsche Gasglühl.	395,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Deutsche Kali	176,—	Westeregeln-Alkali	218,—
Deutsche Waff. u. Mun.	204,75	Wittener Gußstahl	192,50
Donnersmarkhütte	210,⅞	Wrede-Mälzerei	120,—
Döring u. Lehrmann	118,—	Zeich.-Kriebitsch. Brk.	—,—
Dürkoppwerke	295,—	Zeitzer Masch.	356,—
Elberfelder Farben	294,—	Zellstoff Walthof	179,—
Felten u. Guilleaume	161,⅞	Otavi-Minen	129,75

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für Volkswirtschaft und Sport: i. V.: Helmut Böttcher, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: i. V.: Kurt Steinhauf; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Poetzsch. (Verreist).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907201-17/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 20. Juli.

Was zahlt man heute?

Zu unserer Notierung von 15 Mk. als Preis für gerösteten Kaffee werden wir von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß in Berlin in Läden gebrannter Kaffee schon für 6,60 Mk. das Pfund angeboten wird. Kakao wird mit 16 Mk. angeboten, guter Tee mit 10 Mk. das Pfund.

Aus München werden uns folgende Stoffpreise für das Meter je nach Breite und Güte gemeldet: Batist 11,50—23 Mk., Voile 13,50—29,50 Mk., Kostümstoffe 18—27,50 Mk., Wäschestoffe 13,80—17,50 Mk.

Aus Halberstadt wird uns berichtet, daß eine Kaffee-Großrösterei feinsten gebrannten Kaffee im Kleinhandel jetzt für 8—10 Mk. das Pfund anbietet, während er bisher noch 24 Mk. kostete und vor drei Wochen noch 50 Mk. gefordert wurden. Garantiert reiner 24 v. H. fetthaltige Kakao wird für Ende dieses Monats zum Kleinverkauf mit 8—10 Mk. das Pfund angekündigt. Gegenwärtig werden noch 24 Mk. für das Pfund verlangt. Deutscher angeräucherter Speck wird für 14—15 Mk., amerikanischer Speck für 12—13 Mk., amerikanisches Schmalz für 14—15 Mk. angeboten. Neu aufgetaucht sind in den Geschäften Harzer Käse. Der Preis für einen Käse in der Größe eines Fünfmarkstückes beträgt alledings 45 Pfg.

Aus Weimar werden uns folgende Schleichhandelspreise berichtet: Milch 1,20 Mk. für den Liter, Mehl 3,50 Mk. für das Pfund. Eier kosten 1,25 Mk. das Stück, Gänse 12—13Mk. das Pfund, Oel 22 Mk. das Pfund. Zucker ist auch im Schleichhandel nicht zu haben.

Aus Bamberg hören wir, daß auf dem Lande der Hamsterverkehr fast vollständig aufgehört hat. Während vor noch nicht langer Zeit die Gegend von thüringischen Hamstern überflutet war, die 25—30 Mk. für ein Pfund Butter zahlten, bieten die Bauern jetzt Ortsansässigen oder Wanderern ohne weiteres Butter für 6—8 Mk. das Pfund an.

*

Das neue Zwischensemester

An der Universität Halle-Wittenberg findet vom 22. September bis 20. Dezember 1919 ein Zwischensemester statt, welches bestimmt ist für: 1. Studierende, die dem Grenzschutz-Ost, einem Freiwilligenverbande oder der Reichswehr beigetreten sind und hierdurch mindestens ein Semester verloren haben; 2. Kriegsteilnehmer, die mindestens zwei Semester verloren haben; 3. Kriegsteilnehmer, die mindestens ein Semester verloren haben und an der Teilnahme am ersten Zwischensemester behindert waren.

Ausnahmsweise können nach Lage des Einzelfalles zugelassen werden: 4. Hilfsdienstpflichtige, auch Frauen, die eine den Ziffern 2 oder 3 entsprechende Zeit im vaterländischen Hilfsdienst tätig gewesen sind und den entsprechenden Verlust an Semestern erlitten haben. 5. Reichsausländer deutscher Abstammung, insbesondere Deutschösterreicher und Deutschbalten, bei denen die den Ziffern 2 und 3 entsprechenden Voraussetzungen vorliegen; 6. Reichsdeutsche sowie Reichsausländer der unter Ziffer 5 genannten Art, die durch kriegerische Maßnahmen, wie Internierung oder Absperrung, ohne ihr Verschulden am Studium behindert gewesen sind.

Die Zulassung darf nur erfolgen, sofern sie zum Ausgleich für Studienhalbjahre erforderlich ist, die durch Kriegsdienst, Dienst bei den Freiwilligentruppen oder vaterländischen Hilfsdienst verloren worden sind. Hierbei ist es ohne Belang, ob das Studium unterbrochen gewesen ist oder erst begonnen wird. Für die Immatrikulation wird der 4. Oktober 1919 als letzter Termin festgesetzt. Ein ordnungsmäßig wahrgenommenes Zwischensemester, zu dem Studierende den vorstehenden Bestimmungen gemäß zugelassen worden sind, wird im Bereich aller preußischen Staatsverwaltungen als Studiensemester angerechnet werden.

Das Wintersemester beginnt am 5. Januar und endet am 31. März 1920.

— **Flüchtlingsfürsorge.** Der Staatskommissar für die Kriegswohlfahrtspflege in Preußen hat dem Bund der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände in Berlin W. 57, Potsdamer Straße 75, die Erlaubnis erteilt, Sammlungen aller Art zum Besten der Fürsorge für die Flüchtlinge aus dn besetzten und abzutretenden Gebieten zu veranstalten, um eine Hilfsaktion größten Stils zu ermöglichen. Die Fürsorge wird sich auf die Flüchtlinge aus den Ostprovinzen, aus den westdeutschen Provinzen, aus Schleswig und aus Elsaß-Lothringen erstrecken. In erster Linie liegt die Flüchtlingsfürsorge naturgemäß dem Staate und dem Reiche ob. Die Not der Hunderttausende von Flüchtlingen ist aber so groß und erfordert so schnelle und vielseitige Hilfe, daß die private Unterstützung gar nicht zu entbehren ist. Die dem Bund der Grenzmarkenschutzverbände angeschlossenen Organisationen werden sie in enger Fühlungnahme mit der staatlichen Flüchtlingsfürsorge und in Verbindung mit dem Roten Kreuz ausführen. Der demnächst erscheinende Aufruf um Geldspenden für die Flüchtlingsfürsorge wird hoffentlich im ganzen Reiche willige Herzen und offene Hände finden.

— **Bund der Frontsoldaten an deutschen Hochschulen.** Unter dem Vorsitz des Rektors der Universität, Geheimen Rats Dr. Kittel, fand am 13. Juli im städt. Kaufhaus in Leipzig die Gründungsversammlung für die Ortsgruppe Leipzig statt. Einleitend legten der Rektor und nach ihm Geheimer Hofrat Prof. Dr. Bethel die Forderung nach Zusammenschluß aller durch gleiches Erleben im Kriege mit Frontgeist — im Gegensatz zum Geist der Selbstsucht, Feigheit, Verlogenheit und Charakterschwäche — Erfüllten dar und betonten, daß nur durch diesen Geist das Volk wieder zusammenzuschweißen und das Vaterland aufzubauen sei. Nun nahm der geistige Urheber und Begründer des Bundes, Stud. phil. Theodor Bertram, das Wort. Er gab seinem durch seine packenden Schriften „Der Frontsoldat" und „Der Frontsoldat als Erlöser" bekannten Kultur- und Lebensideal Ausdruck und bezeichnet drei Kräfte als Stützpunkte des Aufbaus: die Kraft der Gemeinschaftlichkeit, die Kraft der Erlösung und die der Führung. Dadurch geeint übernehmen Frontsoldaten die Führung im Wiederaufbau des Vaterlandes.

— **Die 2. städtische Markenausgabestelle,** Gr. Klausstraße 30, wird vom 21. Juli ab nach Hackebornstraße 4 (Gastwirtschaft „Zum Hackeborn") verlegt, die 7. städtische Markenausgabestelle, Annenstraße 1, nach Beesenerstraße 82 (Gastwirtschaft von Geßner).

— **Städtischer Verkauf von Fettkäse** (2. Sonderverteilung im Anschluß an die Verteilung von Schweizer Käse) in der Talamtschule am Dienstag, den 22. Juli. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53 001—54 300 vormittags von 8—12 und 54 301—56 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 100 Gramm zum Preise von 55 Pfg. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Die Generalkommissions- und Spezialkommission-Bürobeamten** im Bezirke der Generalkommission Merseburg haben sich in einer „Vereinigung der Generalkommissions- und Spezialkommissionssekretäre im Bezirk der Generalkommission Merseburg" zusammengeschlossen. Die Vereinigung aller Generalkommissions- und Spezialkommissionssekretäre Preußens wird als Fachverband dem Gewerkschaftlichen Bund Deutscher Verwaltungsbeamten angeschlossen werden. 1. Vorsitzender der Vereinigung im Bezirk Merseburg ist Generalkommissionssekretär Nebel-Merseburg, 2. Vorsitzender Spezialkommissionsobersekretär Goepel-Halle, Kassenwart Spezialkommissionssekretär Lorenz-Merseburg. Beisitzer des Vorstandes sind Rechnungsrat Eichardt-Merseburg und Spezialkommissionssekretär Böhnert-Nordhausen. Die erste Zusammenkunft der Mitglieder findet im August in Erfurt statt.

— **Der Schüler-Stenographenverein Gabelsberger** der städtischen Oberrealschule zu Halle veranstaltete am 5. Juli im Gemeindehause, Hohenzollernstraße 11, einen Unterhaltungsabend anläßlich des Stiftungsfestes. An die Begrüßungsrede des Vorsitzenden schlossen sich musikalische und deklamatorische Darbietungen an. Der Schülerwerbebezirksleiter Fresdorf wies in einem kurzen Vortrage auf den Nutzen der Stenographie hin. Am Tage vorher fand ein Preiswettschreiben unter Leitung des staatlich geprüften Stenographielehrers Hoppe statt. Im ganzen errangen 14 Schüler mit einer Geschwindigkeit bis zu 120 Silben in der Minute Preise.

Provinz Sachsen

ch. **Teuchern,** 19. Juli. (Grubenunglück. — Städtisches.) Auf Grube v. Voß bei Gröben sind heute zwei Unglücksfälle geschehen. Der zuerst verschüttete Bergarbeiter Engelhardt aus Teuchern wurde nach angestrengter Rettungsarbeit wieder zutage gefördert. Der danach verschüttete Arbeiter Friedel aus Gröben konnte aber noch nicht aufgefunden werden. — In einer gemeinsamen Sitzung des Magistrats und den Vertretern der Kirchengemeinde wurden heute die Bedingungen festgelegt, unter denen der am Bahnhofswege gelegene Pfarracker von etwa 31 Morgen Größe in den Besitz der Stadt übergehen soll. Die Stadt zahlt für den Hektar 6400 M. und stellt die Kaufsumme hypothekarisch sicher, bis die Kirchengemeinde dieselbe sicher anlegen kann. Der Plan soll in der Hauptsache zu Austauschzwecken dienen, damit die Stadt in die Lage versetzt wird, den von der Kleinsiedelungsgesellschaft Weißenfels-Land entworfenen Bebauungsplan durchführen zu können. Nach diesem Plane sollen einige vierzig Kleinsiedelungen, Ein- und Zweifamilienhäuser, entstehen.

— **Jena,** 19. Juli. (Von der Universität.) Der außerordentliche Professor der Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik an der Universität Jena Dr. Gerhard Keßler, ist zum ordentlichen Professor ernannt worden. — Der leitende Arzt der Hautklinik der Universität Jena Dr. Botho Spiethoff erhält zum 1. Oktober die neue außerordentliche Lehrstelle für Haut- und Geschlechtskrankheiten.

— **Mühlhausen i. Th.,** 19. Juli. (Die Mörder) des Lehrers Genau in Helmsdorf sind von der hiesigen Polizei verhaftet worden. Es sind der 20 Jahre alte Stallschweizer Willy Koch aus Langensalza und der gleichaltrige Bergmann Oswald Dobrowolski aus Halle. Beide sind geständig.

— **Melsungen,** 19. Juli. (Raubüberfall.) Eine Bande feldgrau gekleideter Personen ist, mit Revolvern bewaffnet, in der Nacht zum Mittwoch in das Schulhaus im benachbarten Empfershausen gewaltsam eingedrungen, um zu plündern. Die Lehrerfamilie trat ihnen entgegen, worauf es zu einem Kampf auf Leben und Tod kam. Dabei wurde die auf Besuch anwesende verheiratete Tochter erschossen. Der Lehrer, Kantor Oehler, wurde lebensgefährlich verletzt. Die Räuber sind unerkannt entkommen.

— **Erfurt,** 19. Juli. (Ein guter Fang) glückte der Kriminalpolizei mit der Festnahme des 25 Jahre alten Tischlers Karl Müller aus Kassel. Müller hatte in Erfurt mit seinen Kumpanen drei schwere Geschäftseinbrüche verübt, wobei insgesamt Seiden- und Lederwaren im Werte von über 100 000 M. erbeutet wurden. Leider gelang es bisher nur einen kleinen Teil des Stehlgutes in Kassel, Dortmund und Erfurt herbeizuschaffen. Die übrigen Sachen sind sofort nach den Einbrüchen nach auswärts verschoben worden. Müller wurde dem Amtsgericht zugeführt.

— **Brotterode,** 19. Juli. (Zeichen der Zeit.) Von weit über 100 Mädchen, die Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erheben, konnte sich kein einziges dazu verstehen, eine Dienstbotenstellung anzunehmen, obwohl außer der freien Station 30 bis 60 Mark Monatslohn bezahlt werden sollten.

H. **Meuselwitz,** 19. Juli. (Niedrige Obstpreise.) Die preußische Nachbargemeinde Zipsendorf mit mehr als 2000 Einwohnern verpachtete das Obst für 6500 Mk. unter der Bedingung, daß alles Obst restlos an die Gemeinde abgeliefert werde. Der Preis für den Zentner Sorte 1 beträgt 25 Mk., für Sorte 2 20 Mk.

„H. Z." Sportberichte

— **Eine Fluggelegenheit zur Harzburger Rennwoche** vom 19. bis 30. Juli hat die Deutsche Luftreederei mit Anschlußverkehr an die Postlinie Berlin—Braunschweig—Hannover—Gelsenkirchen—Rheinland geschaffen. Diese Einrichtung wird vielen Sportinteressenten, die gelegentlich der einen oder anderen Veranstaltung dem reizenden Badestädtchen einen raschen Besuch abstatten möchten, sehr willkommen sein. Der Start nach Harzburg erfolgt in Braunschweig im Anschluß an die aus beiden Richtungen kommenden Postflugzeuge. Nähere Auskunft erteilen alle Agenturen der Hamburg-Amerika-Linie.

— **Aus dem Oesterreichischen Fußballverband.** Die Unmöglichkeit der Austragung des Länderspiels Oesterreich—Ungarn im Laufe der Frühjahrsspielzeit 1919 wurde endgültig festgestellt und wurde dem Ungarischen Fußballverbande der 5. Oktober als neuer Termin vorgeschlagen. — Zur Anregung des Deutschen Fußballbundes, eine Aussprache beiderseitiger Vertreter stattfinden zu lassen, wurde die Bereitwilligkeit des Verbandes festgestellt und als Termin der 15. und 17. August in Vorschlag gebracht. — Die finanzielle Unterstützung zweier für den Monat August in Innsbruck in Aussicht genommener Propagandaspiele wurde beschlossen.

— **Reichsturntag des Deutschen Turnerbundes** Der Mitteldeutsche Turngau im Deutschen Turnerbunde hat für den 31. August 1919 eine Tagung aller reichsdeutschen Turnerbundesvereine nach Leipzig einberufen. Zweck der Tagung ist ein engerer Zusammenschluß der reichsdeutschen Bundesvereine, die Schaffung einer Leitung derselben, sowie die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeitsplanes. Nähere Mitteilungen erfolgen im Deutschen Turnerhort bezw. auf Anfrage bei dem Gauvertreter des Mitteldeutschen Turngaues, Hermann Schrader, Leipzig, Lößniger Straße 35 II.

Copyright by Carl Duncker 1918. (Nachdruck verboten.)

Das grüne Kuvert

28] Erzählung von Otfried von Hanstein.

„Warum haben Sie sich nicht besser geführt. Meine Schuld ist es nicht. Seien Sie in Ihrer neuen Stellung sorgfältiger."

Aber der Mann blieb noch in der Tür stehen.

„Wollen Sie noch etwas?"

„Ja, Herr Kommerzienrat, ick weeß nich — ick möchte Ihnen noch etwas sagen."

„Dann kommen Sie, wenn der Herr Kommissar fort ist, Sie sehen, ich habe zu tun."

Rodewald war ärgerlich.

„Nee, Herr Kommerzienrat, was ick Ihnen sagen wollte, das ist ja eigentlich für den Herrn Kommissar — es betrifft nämlich Herrn Becker."

„Nanu, wissen Sie da was?"

„Ach nee, es is ja man eigentlich eine Kleinigkeit, und deswegen hab' ich's noch gar nicht gesagt, aber vielleicht doch — ich habe Herrn Becker nämlich an jenem Sonnabend noch mal gesehen."

„Wo denn?" mischte sich Schlüter ein.

„Dicht an der Untergrundbahnstation Mohrenstraße. Er stand neben Herrn Stanislaus Podieski und gab diesem Geld."

Beide Herren waren aufgesprungen.

„Geld? Das haben Sie gesehen?"

„Wie viel weiß ich nicht, aber ich sah, daß es Geldscheine waren. Dann lief Herr Becker in die Untergrundbahn hinunter und Herr Podieski ging sehr eilig weg."

„Und Sie haben sich nicht geirrt?"

„Ick werde doch Herrn Becker kennen. Er hatte seinen neuen weißen Strohhut — wissen Sie, so 'ne Butterblume, auf, die er sich eben für die Reise gekauft hatte."

Schlüter war plötzlich ganz erregt geworden.

„Sie werden Ihre Aussage beschwören müssen."

„Kann ick. Allemal."

„Und Sie erinnern sich sogar an den Strohhut so genau?"

„Als ob ick ihn vor mir sehe."

„Sie gehen heut hier weg?"

„Jawohl. Herr Becker hat mir ja rausgegrault, aber trotzdem hab' ich's bis heute nicht gesagt —"

„Herr Becker hat Sie nicht rausgegrault, wie Sie sagen, sondern Sie haben Ihre Pflicht nicht ordentlich getan."

Schlüter mischte sich ein.

„Wo ist denn Ihre Adresse? Haben Sie eine neue Stelle?"

„Nee, ick will mir erst ein bißchne erholen und jehe nach meine Kinden. Schreiben Sie man an meinen Schwiegersohn, Aujust Müller, Hollmannstraße 8."

Der Kommissar notierte.

„Kann ick nu gehn?"

„Wenn Sie sonst nichts auszusagen haben?"

Schröder ging hinaus und der Kommisssar folgte ihm fast auf dem Fuße.

„Polizeipräsidium."

Der Chauffeur kurbelte los. Auf dem Präsidium ging er sofort in den Raum für kinematographische Vorführungen. Von dort aus telephonierte er erst in sein Büro.

„Wachtmeister Schreiber soll sofort mit dem Film von der Kaiserparade in den Vorführungsraum kommen."

Seit er den Kommerzienrat verlassen, war er ein ganz anderer geworden. Ihn, der sonst nie aus der Fassung zu bringen, schien alle Ruhe verlassen zu haben, und mit großen, nervösen Schritten lief er auf und ab, bis Schreiber kam.

„Schnell, lassen Sie den Film durchlaufen."

Er trommelte nervös mit den Händen auf die Tischplatte, wie aber nur wenige Meter von der Szene, auf der Arnold zu, sehen war, gelaufen waren, sprang er auf.

„Genug —."

Es wurde Licht im Saal.

„Schreiber, lassen Sie den Film zurückrollen und warten Sie hier, ich bin in einer halben Stunde wieder da."

Wie der Wind war er die Treppe hinunter, und das Auto war noch bereit.

„Bärwaldstraße 65, so schnell Sie können."

Das Auto donnerte über die Jannowitzbrücke und durch die Prinzenstraße — kaum zehn Minuten waren vergangen, als es schon vor dem Hause hielt.

Grete Hanus war tödlich erschrocken, als sie den Detektiv vor sich stehen sah.

„Herr Kommissar?"

„Können Sie augenblicklich einmal mit mir kommen? Es ist sehr wichtig."

„Natürlich — was sage ich nur meiner kranken Mutter?"

Einen Augenblick überlegte sie, dann trat sie in das Zimmer.

„Muttchen, ich muß schnell mal zu Andres ins Geschäft. Eben kommt jemand vom Kaufmann unten herauf. Andres hat angeklingelt, daß er ein wichtiges Buch vergessen hat."

„Seit er soviel Arbeit mit Arnolds Vertretung hat, ist er auch recht zerstreut."

Die gute Frau war leicht zu täuschen. Grete nahm ein Tuch um, setzte sich den Hut auf der Treppe auf und konnte sich erst im Auto, als sie in rasender Fahrt dem Polizeipräsidium zustrebten, entschuldigen, daß sie Schlüter hatte auf der Treppe stehen lassen, und ihr Verhalten der Mutter gegenüber erklären.

„Ists denn etwas Wichtiges?"

„Jedenfalls".

„Etwas Gutes für meinen Verlobten?"

„Vielleicht, jedenfalls etwas sehr Seltsames."

Sie kamen an.

„Schreiber, ist alles zur Vorführung bereit?"

„Jawohl."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907201-17/fragment/page=0005

Tagung der Kriegsgefangenen-Organisationen

Lp. Berlin, 19. Juli.

Im Herrenhause hat heute eine auf drei Tage bemessene Tagung der beiden großen Kriegsgefangenen-Organisationen begonnen: des „Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ und der „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener“. Es waren dazu Vertreter aus allen Teilen des Deutschen Reiches erschienen. Auch das Kriegsministerium und die Zentralstelle für das Kriegsgefangenenwesen hatten Vertreter entsandt, ebenso zahlreiche Regierungen aus anderen deutschen Staaten. Dieser erste Vertretertag bringt einige öffentliche und einige nichtöffentliche Sitzungen, die sich mit der Lage unserer Gefangenen und den Maßregeln zu ihrer Fürsorge beschäftigen.

Der Leiter der heutigen Verhandlungen, v. **Goertzke**, grüßte die einstigen Kriegsgefangenen, die erschienen waren, sowie besonders auch die, die noch in unnennbarem Weh sich in der Gewalt der Feinde nach der Heimat sehnen. Mit großer Genugtuung wies er auf die Erfolge des Volksbundes hin, der kürzlich die 3000. Ortsgruppe erhalten hat. **Kein Frieden ohne Herausgabe der Gefangenen!** sei die Losung des Bundes gewesen, und so schrecklich der Friedensvertrag auch sei, diese Hoffnung werde sich doch wohl erfüllen, und auch das würde schließlich ein Erfolg des Bundes und seiner eifrigen Arbeit sein. Der Redner erwähnte auch die höhnende Ablehnung des Generals Foch auf ein Ersuchen, das Los der deutschen Kriegsgefangenen zu mildern. Dieser Mann erklärte: es lasse sich ohnehin die Behandlung der Gefangenen in Frankreich gar nicht mit der in Deutschland vergleichen. Welche Verhöhnung darin liegt, könne nur der ermessen, der selber einmal die französische Behandlung durchgemacht hat. Jetzt endlich fange man an, das Material darüber zu veröffentlichen, leider in so unzulänglicher und trockener Weise, daß es kaum den wünschenswerten Erfolg haben dürfte. Der Redner gab davon einen kurzen Auszug, soweit er das Verhalten der französischen Gefangenen betrifft. Da werden z. B. verzeichnet: 3 Totschläge, 252 Körperverletzungen, darunter zahlreiche mit tödlichem Ausgange, 278 tätliche Angriffe gegen Vorgesetzte, 155 Sittlichkeitsverbrechen, 15 Brandstiftungen, 355 Diebstähle, 69 Unterschlagungen, 31 Meineide und so fort. Alle diese Leute hat Deutschland wortlos an Frankreich zurückgeben müssen.

Große Unruhe hat die Nachricht erregt, daß der **Reichsminister Erzberger** die Feinde aufgefordert habe, Listen der Gefangenen nach Berufen aufzustellen. Die Gefährlichkeit solcher Listen liegt auf der Hand. Sie können die Heimkehr lediglich erschweren. (Zustimmung.) Die Listen sind schließlich doch noch aufgestellt worden. Ruf: Ein Erzberger-Stück!) Jedenfalls darf die Rückkehr nicht mit irgend einer anderen Frage verknüpft werden. (Zustimmung.)

Aus sonstigen Berichten geht hervor, daß die Sammlungen für die Kriegsgefangenen 10 Millionen erbracht haben.

Frhr. v. **Lersner** besprach dann näher die Forderungen der Kriegsgefangenen, die in den Sitzungen behandelt werden sollen. Wir werden nicht Ueberspanntes fordern, aber nicht lautlos dem Gegner gegenüberstehen. Das wichtigste sei, daß überhaupt erst einmal Klarheit über das Schicksal der Gefangenen geschaffen werde, damit nicht die Gefangenen und die Familien vor Ungewißheit krank werden. (Lebh. Beifall.)

Die Kriegsgefangenen und die Abstimmung in Schleswig

§§ Versailles, 18. Juli. (W. T. B.)

Die französische Regierung ist durch eine deutsche Note darauf hingewiesen worden, daß nach Artikel 109 des Friedensvertrages den Militärpersonen der deutschen Armee, die aus der Abstimmungszone in Schleswig stammen, zwecks Teilnahme an der Abstimmung die **Rückkehr an ihren Heimatsort** zu ermöglichen sei. Unter diesen Begriff fallen auch die zurzeit noch in **Gefangenschaft** befindlichen deutschen Heeresangehörigen aus Schleswig. Da bereits zehn Tage nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages die Abstimmungsfrist zu laufen beginnt, so wird eine Durchführung der obigen Bestimmungen auch für die Gefangenen Nordschleswigs in Frage kommen.

Die Reichseinkommensteuer

Das Ende der Staatseinkommensteuer.

Am 13. Juli traten auf Veranlassung des Reichsfinanzministers die Finanzminister der Einzelstaaten zusammen, um über das Finanzprogramm, in dessem Mittelpunkt die **Reichseinkommensteuer** stand, zu beraten. In Verbindung mit ihr sollten nach dem Plan der Reichsregierung mit möglichster Schnelligkeit die Steuerverwaltungen der Gliedstaaten in eine **einheitliche Reichsverwaltung** umgewandelt werden.

Die Beratungen über die **Reichseinkommensteuer** müßten, nachdem anscheinend die regierenden Kreise Bayerns, Badens, Hessens und Sachsens ihren Widerstand gegen die Steuerzentralisierung aufgegeben haben, mit einem vorläufigen Erfolge Erzbergers enden. Das würde aber der Anfang vom Ende der Finanzhoheit der Einzelstaaten bedeuten. Das letzte Wort in der Frage ist jedoch zum Glück noch nicht gesprochen, denn die Frage bedarf noch sehr der Klärung. In den Einzel-Landtagen wird sich sicher noch berechtigter Widerspruch erheben.

Das Reich wird fortan, wenn die Pläne des Reichsfinanzministers die Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses finden sollten, über die Einnahmen aus der **Reichseinkommensteuer, der Erbschaftssteuer, der Vermögensabgabe, der Umsatzsteuer, der Stempelabgaben, der Verbrauchssteuern und der Zölle** verfügen. Alle diese Steuerarten scheiden dann für die Gliedstaaten aus. Es wird u. a. **keine Staatseinkommensteuer mehr und keine Zuschläge der Gemeinden** dazu geben. Aus diesem Fundus wird das Reich jedoch den Gliedstaaten und den Gemeinden gewisse Anteile abgeben. Diese Anteile werden den jährlichen Budgetsanforderungen der Einzelstaaten und Kommunen entsprechend bemessen werden, sollen aber im Durchschnitt insgesamt nicht über zehn Prozent für die Gliedstaaten und fünfzehn Prozent für die Gemeinden hinausgehen. Den Einzelstaaten sollen dagegen die sogenannte Ertragssteuer, die Gebühren, die Grundstückssteuer und die sonstigen Einnahmequellen belassen bleiben. Die Reichseinkommensteuer soll möglichst an der Quelle erfaßt werden. Das würde auf eine grundlegende Aenderung des ganzen bisherigen Veranlagungssystems hinauslaufen. Der Arbeitgeber würde mithin, wie wir erst vor kurzem dargelegt haben, den Steuerbetrag sofort von dem Lohn oder Gehalt seines Arbeiters oder Angestellten abziehen, ähnlich, wie er es heute bereits bei der Verrechnung der Invaliden- und Krankenkassenbeträge tut.

Die **Steuerverwaltung** soll in eine Reihe von **Finanzämtern** gegliedert werden. Diese Finanzämter werden, mit je einem Präsidenten und drei Direktoren an der Spitze, auf die größeren Gliedstaaten und auf große provinzielle Bezirke verteilt werden. Ihnen wird voraussichtlich auch die bezirksweise Verwaltung der **Monopole** übertragen werden. Das nächste Monopol, das bereits das Reichskabinett beschäftigt hat, wird sich auf die **Verwertung der Energiequellen** beziehen. Um das **fachtechnische Steuerpersonal** für diesen neuen Aufgabenkreis heranzuziehen, sollen die **Hochschulen** besondere **Kurse** einrichten. Am Sonntag werden die führenden Finanzgelehrten der Universitäten und sonstige Nationalökonomen von Ruf in einer Konferenz mit dem Reichsfinanzministerium bestimmte Richtlinien dafür besprechen.

Soweit die Pläne. Daß der Widerspruch sich sehr lebhaft gestalten wird, läßt sich leicht vorstellen, wenn man bedenkt, daß die **Einzelstaaten** mit diesem Verzicht **zwei Drittel** ihrer sämtlichen Steuereinkünfte aufgeben. Für Preußen allein bedeutet die Aufgabe seiner Finanz- und Steuerhoheit einen Entzug von etwa 380 Millionen Mark an Einkommensteuer, 60 Millionen an Vermögensteuer und 72 Millionen an Stempelsteuern, wozu noch 654 Millionen an Erträgnissen der Eisenbahnen, die ja gleichfalls dem Reiche übertragen werden sollen, kommen würden. Der preußische Staat hätte also künftig nur noch die Erträge aus den Gebühren, Forsten, Bergwerken und Domänen. Die Not der Zeit ist gewiß groß. Es ist anzuerkennen, daß angesichts der ungeheuren Notlage des Reiches auch die Gliedstaaten die schwersten Opfer an kultureller und finanzieller Selbständigkeit bringen und ihre Existenz hinter die des Reiches stellen müssen. Andererseits ist aber auch zu erwarten, daß ihnen wie den Gemeinden soviel wirtschaftliche und finanzielle Selbständigkeit und Selbstverwaltung bleibt als sie zur Erreichung ihrer besonderen kulturellen Aufgaben brauchen. Eine stärkere zentralistische Organisation des Reiches würde den Einheitsgedanken nicht fördern, sondern schädigen. Die Verwaltung der Finanzen soll nur soweit an das Reich übergehen, als dies zu einer Einheitlichkeit der Verwaltung unbedingt geboten erscheint und sich auf eine Kontrolle der Landesbehörden beschränkte. Aus diesem Grunde hat sich bereits, wie in Sachsen, berechtigter **Widerspruch gegen die Vereinheitlichung der Steuerverwaltung** erhoben. Und es ist nur zu wünschen, daß auch die übrigen Einzel-Landtage in diesem Sinne beschließen mögen.

Der Unsinn der Zwangswirtschaft

wird jetzt sogar schon vom „Berliner Tageblatt“ geahnt. Allerdings nicht vorn im politischen Teil — dort wird immer noch tüchtig auf die „profitlüsternen Agrarier“ geschimpft und die Zwangswirtschaft „aus Prinzip“ verteidigt — sondern hinten im Handelsteil. Es ist bemerkenswert, daß der Handelsteil dieses Blattes sich schon öfter vom politischen Teil vorteilhaft unterschied und sich bemühte, den Dingen sachlich gerecht zu werden, während der politische Teil ausschließlich auf parteipolitische Verhetzung angelegt wird. Im Handelsteil finden wir nun eine Betrachtung über die Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte, in welcher es u. a. heißt:

„Man kann aus vielen Gründen **zweifeln**, daß die jetzt bewilligten Preise genügen, um die Landwirtschaft zur **Ablieferung des Brotgetreides zu bewegen**. Der **Zwang**, der noch im vorigen Jahre stark wirkte, versagt in katastrophaler Weise. Nur ein Beispiel: Die streiklustigen **Landarbeiter** verlangen neben hohem Barlohn **Getreidelieferungen und Kartoffeln** in Mengen, welche die den **Selbstversorgern** zustehende Ration **weit übersteigen**. Die Arbeitgeber müssen die Forderung unter Zustimmung des Reichsarbeitsministers bewilligen, und müssen sich damit über die Reichsgetreideordnung hinwegsetzen. Die Landarbeiter aber bringen zweifellos einen großen Teil dieser Naturallieferungen in den **Schleichhandel**. Soll unter diesen Umständen der Bauer oder Gutsbesitzer überhaupt noch den Willen behalten, die Vorschriften zu achten?

Nur ein Mittel gäbe es, Ablieferungen zu erzielen: **hohe Preise**. 400 Mark für Roggen ist **sehr, sehr knapp**, wenn Futtermittel daneben das Doppelte und ausländisches Mehl das Vielfache kosten. Nun hat die Nationalversammlung auch noch die **Frühdruschprämie** abgelehnt. Das zeigt, daß man optimistisch in die Zukunft sieht. Aber die Reichsgetreidestelle dürfte wahrscheinlich anderer Ansicht sein. Die Ansicht erscheint nur zu berechtigt, daß es mit den Ablieferungen der Landwirte sehr schlimm aussehen wird. **Die Frühdruschprämie ist doch kein Geschenk**, sondern zum größten Teil ein Ausgleich für Mehrkosten der eiligen Drescharbeit, für Qualitätsverluste usw. Soweit sie darüber hinausgeht, wäre sie ein Anreiz, mehr zu liefern, als bei dem zu niedrigen Höchstpreis geliefert wird. Mancher, der den **freien Handel** in Brotgetreide noch für verfrüht hält, ist jetzt überzeugt, ihn durch den **Zusammenbruch** der Reichsgetreidestelle recht bald kommen zu sehen.

Jedenfalls wird die Reichsgetreidestelle einen schweren Stand haben. Ihr Apparat wird bei seinem riesigen Ausmaße trotz aller verstärkten Anstrengungen bald leerlaufen. **Personalaufwand und Erfolg** stehen überhaupt schon jetzt vielfach in schreiendem **Gegensatz**. Wozu hält man z. B. die Bewirtschaftung von **Reis** aufrecht, der über das besetzte Gebiet unkontrollierbar und in vergleichsweise riesigen Mengen zu Preisen hereinkommt, die die Reichsgetreidestelle kaum unterbieten kann? Wozu quält man sich und die Landwirte mit einer Zwangsumlage in **Hülsenfrüchten**, die nur kleinste Mengen erfassen kann, während das Publikum neben den freigehandelten Erbsen und Bohnen von dieser „segensreichen“ Tätigkeit der Behörden kaum etwas verspüren wird? Die **Angst** vor dem Deutschen Städtetag, der in jeder Verkehrsbefreiung Volksverrat sieht, der **aus Prinzip Widerstand** leistet, um die „Verlangsamung“ der Freigabe als zweifelhaften Erfolg buchen zu können, sollte die verantwortlichen Stellen ihres Mutes zu Entschlüssen nicht ganz berauben.“

Diesen Worten wird man auch von unserem Standpunkt nichts hinzuzufügen haben. Es bleibt nur der Wunsch bestehen, daß ähnliche Ausführungen sich auch im politischen Teil des Blattes finden möchten, denn erfahrungsgemäß nimmt der politisch interessierte Leser nur selten vom Handelsteil Notiz, während der Volkswirtschaftler auch den politischen Teil der Zeitung liest und lesen muß.

Die neuen Steuern

„Die der Nationalversammlung vorgelegten Steuergesetzentwürfe. Text, mit Erläuterungen versehen, unter Benutzung der amtlichen Begründungen.“ Preis gebunden 5 Mark und 10 Prozent Teuerungszuschlag.

Zweifellos wird das Einarbeiten in die neuen Steuern manches Kopfzerbrechen mit sich bringen, um so mehr, als von irgend einer dieser Steuern jeder aus dem gesamten Volke mehr oder minder betroffen wird. Es ist aber nicht jedermanns Sache, Gesetzestexte zu lesen und sich daraus zu berechnen, wie er sich nunmehr in steuerlicher Hinsicht zu verhalten hat, und insbesondere der **Kaufmann und Fabrikant**, der die neuen Steuern bei der Kalkulation peinlich genau zu berücksichtigen hat, wird sich mit den offiziell gebotenen Angaben nicht begnügen können. Hinzu kommt, daß die Presse nicht überall in der Lage war, die Gesetzentwürfe im Wortlaut wiederzugeben, so daß zuverlässiges Material den meisten Interessenten überhaupt nicht zur Verfügung steht. Es ist deshalb im Interesse all dieser Schichten der Bevölkerung, die elementare wirtschaftliche Interessen zwingen, sich mit der neuen Steuergesetzgebung vertraut zu machen, zu begrüßen, daß der Verlag Reimar Hobbing (Berlin SW. 61) ein Buch auf den Markt bringt, das alle notwendigen Angaben in klarer und übersichtlicher Form vermittelt. Der Geheime Regierungsrat und vortragende Rat im Reichsfinanzministerium Artur **Norden** hat zunächst einmal eine kurze Uebersicht über die gesamten Entwürfe gegeben. Daran schließt sich eine Reihe von Artikeln, von denen jeder eine ausführliche und sehr gemeinverständlich gehaltene Erläuterung der einzelnen Gesetzentwürfe gibt. Die Entwürfe selbst werden sodann im amtlichen Wortlaut wiedergegeben. Der Interessent ist demnach nicht auf das Zusammentragen von Zeitungsnachrichten und nicht auf langwierige Erkundigungen bei den Steuerämtern und Behörden angewiesen, sondern kann sich auf Grund dieses Werkes schnell und sicher orientieren.

Wandern und Reisen

Schulpforta

„Der Morgen, der ist meine Freude,
Da steig' ich in stiller Stund'
Auf den höchsten Berg in die Weite.
Grüß' dich, Deutschland, aus Herzensgrund.“

So sang schon einer unserer deutschesten Dichter, so malten schon unsere deutschen Maler und viele nach ihnen werden mit anderen Worten und mit anderen Kreidestrichen des gleiche sagen, malen und empfinden. „Grüß' dich, Deutschland, aus Herzensgrund“. Ja, inniger grüßen wir unser Deutschland gerade in diesen Tagen, und nie, nie dünkte uns die Heimat so schön, als wo uns droht, sie zu verlieren. Freilich, man muß schauen können, dieses Schauen, das in kleinen Dingen Großes und hinter allem die gewaltige Macht und Kraft des Schöpfers sieht.

Früh schon, wo noch den Linden der betäubende Duft der Nacht anhaftet, wo über allem noch die Stille und doch dieses köstliche Erwachen liegt, wo eine frische Luft uns Aug' und Herz weitet, trägt uns der Zug durch wogendes Korn und satte Sommerlandschaft aus der Stadt, dem alten Städtchen Naumburg zu. Die schwatzenden und feilschenden Menschen hinter sich in den dicht gedrängten Wagen, man hört sie kaum. Sie verstummen auch bald, sind müde und verträumen die Sonnenpracht, die uns erst weckt. In unser Schauen, in das Bild, das wir vor uns sehen, schiebt sich unerbittlich ein anderes. — Tausende, die ihren Sommer verträumen, die noch nie auf dem höchsten Berg in der Weite gestanden, die es niemals gegrüßt, die es nie in seiner vollen Pracht gesehen haben, unser deutsches Land, und die sich doch — Deutsche nennen. — Unser Zug hält. Andere Eindrücke nehmen uns gefangen, die alte kleine Stadt mit ihrer Kirche, dem Rathaus und manchen alten und doch stets neuen Wundern deutscher Baukunst. Es hält uns nicht lange darinnen, denn drunten lockt die Saale, oben der Wald und über der Saale die sonnenbeschienenen Hänge. Tausend neue Wunder, nicht von Menschenhand geschaffen, aber wir Menschlein mitten hineingestellt, zu schauen, zu fassen und uns unseres Lebens zu freuen.

Der Morgen ist kühl und wir wollen uns die Wanderung durch den kühlen Wald für den heißen Mittag sparen. An der Saale entlang führt uns der Weg durch das kleine Dörfchen Almrich. Unser Ziel ist Schulpforta, die über Deutschlands Grenzen hinaus bekannte Schule. Stumm, fast andächtig stehen wir vor den großen Toren, durch die wir einst auch täglich geschritten, und die sich uns einmal so unerbittlich für immer geschlossen hatten. Damals freilich wußten wir nicht, daß dahinter das Jugendland lag und daß sich die Tore nimmer öffnen würden. Damals war Lachen und Spiel, ja und das Tummeln auf dem Hof, der Schlafsaal und das abendliche Geschichtenerzählen, die Klasse und der Kamerad . . . . .

Wir stehen in den Räumen des alten, beinahe klösterlichen Schulpforta und ertappen uns bei solch törichten Gedanken, wie kleine Buben und Mädchen und wissen gar nicht recht, daß wir's beim Anblick der altbekannten Dinge wieder geworden sind.

Unser Ziel ist erreicht. Aber der schöne Heimweg durch den Wald, unseren deutschen Wald, dem keiner auf dem Erdenrund gleicht, steht uns noch bevor. Heller Laubwald und die Sonne darin. Wir werden der stummen Zwiesprache mit den alten Bäumen nicht müde, grüßen die wetterfesten, knorrigen Stämme und unsere Worte werden ein Schwur: „So wie du wollen wir stehen in Wind und Wetter!“ Der Wald lichtet sich, drüben grüßen wieder die Hänge herüber und unser Gruß geht hinüber. Zurück durch das kleine Dorf, wir merkens kaum, daß es dasselbe ist. Abendsonne vergoldet alles, drüben die Hänge und unten den Fluß, ja, das kleinste und ärmste Haus des alten Städtchens.

Der Zug bringt uns wieder heim. In engen, dumpfigen Wagen, müde Menschen. Jetzt schließen **wir die Augen** und träumen, damit die Sonne und das Geschaute recht lange in uns und um uns ist.

Liesl Conrad.

— **Breslau.** Wer alte deutsche Städte liebt, möge auf einer Reise nach Schlesien nicht vergessen, in Breslau Aufenthalt zu nehmen. Die in regem Leben pulsierende, viel Unterhaltung bietende Halbmillionenstadt ist reich an altertümlichen Bauten. Der gotische Prunkbau des Rathauses aus dem 13. Jahrhundert ist weit berühmt. Universität und Matthiaskirche schwelgen im wuchtigen Jesuitenbarock. Die heilige Erde Breslaus, die Sand- und Dominsel mit ihren Kirchen sind ein hehres Bild aus alter Zeit. Die altertümlichen Ohlen sind durch Gustav Freytags Roman „Soll und Haben“ bekannt geworden. Um die Altstadt ziehen sich herrliche Promenaden. Bequeme Verbindungen führen durch schöne Straßen zum Scheitniger Park mit der Terrasse an der Jahrhunderthalle und zum Südpark. Die weitere Umgebung der Stadt birgt meilenweit Eichenwälder mit idyllischen Waldseen. Sehr lohnende Ausflüge führen nach kleinen Städten mit weiteren schönen, alten Bauten. Das Wald- und Felsengebirge des Zobtens, 718 Meter hoch, mit den herrlichen Wanderungen ist nur ein Stunde von Breslau entfernt. Für Unterhaltung und Belehrung sorgen gute Theater und Konzerte, Museen (Böcklinsaal) u. a. m.

— **Staatliches Solbad Elmen.** Bis zum 17. Juli sind im staatlichen Solbade Elmen 5727 Kurgäste angekommen. Die Zahl der verabreichten Bäder betrug bis zum 17. Juli 24 331.

— **Friedrichroda, Thüringer Wald.** Kurliste Nr. 9 vom 11. Juli zählt 2562 Kurgäste und 2672 Durchreisende.

Die Trauerandacht für den verstorbenen

Geheimen Baurat

Georg Herzog

findet am Montag nachm. 4 Uhr im Hause Luisenstrasse 8 statt. Die Einäscherung mit Trauerfeier am Dienstag nachm. 3 Uhr auf dem Gertraudenfriedhof.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907201-17/fragment/page=0006

Deutsche Stimmen in die Zeit

Wochenbeilage der Halleschen Zeitung

Nr. 14. | Sonntag, den 20. Juli | 1919.

Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges

Vom Generalquartiermeister Dr. v. Stein.

„Aus dem Gedächtnis ist niedergeschrieben," sagt in der Einleitung des eben erschienenen Buches der ehemalige Generalquartiermeister und Kriegsminister v. Stein, „was ich erlebt und dabei gedacht habe." — Das ist es eben, was die Schilderungen so ursprünglich, so frisch, so wirkungsvoll macht. Es ist eine Reihe von kurzen Aufsätzen nicht nur über Heerführer und Krieg, sondern auch über den Reichstag, die Regierungen, die Bundesgenossen usw. — Wir lassen kurze Stichproben folgen:

Ueber die Entwicklung des Operationsplanes wird gesagt: Generalfeldmarschall v. Moltke wollte das Heer in Lothringen aufmarschieren und den französischen Angriff erwarten lassen. Der Grund war einfach. Wir hatten keine Eroberungsabsichten und hatten alles erreicht. Das Erreichte sollte behauptet werden, während die Franzosen Verlorenes wieder gewinnen wollten. Daher bei Moltke die Verteidigung und damit verbunden die Auswahl der Stellungen. Ging der Feind durch Luxemburg und Belgien gegen den unteren Rhein vor, so sollte rechts abmarschiert und über die Mosel die feindliche Flanke angegriffen werden. Die Verteidigung war also nicht Selbstzweck und blieb mit dem Angriffsgedanken verbunden.

Zur Waldersees Zeit lag die Sache anders. Die französischen Sperrforts konnten zunächst den Schluß auf Verteidigungsabsichten der Franzosen zulassen, aber auch zum Schutze des Aufmarsches für den Angriff dienen. Als mit dem französisch-russischen Bündnis zu rechnen war, mußte anders geurteilt werden. Die Franzosen konnten hinter den Sperrforts den langsameren Aufmarsch der Russen abwarten, um dann mit ihnen zugleich vorzubrechen. Waldersee beschäftigte sich daher wieder mit dem Angriff. Es galt ein Mittel zu finden, die Sperrforts schnell zu brechen. Dazu wurde die schwere Artillerie des Feldheeres geschaffen. Schwere Geschütze sollten den Armeeen folgen, um die Sperrforts niederzulegen.

Graf Schlieffen: Das außerordentlich vergrößerte Heer konnte nicht mehr so einfach versammelt werden. Zur Vorbereitung der Umfassung mußte die Versammlung mehr in der Breite erfolgen. Der Raum im Aufmarschgebiet und die Transportstraßen mußten bis zum Aeußersten ausgenutzt werden. Ein Vorgehen gegen die französische Front versprach keinen Erfolg. Verdun, die Maasforts, das System Toul-Nancy-Epinal und die Moselforts bildeten ein zu starkes Hindernis. Eine Umfassung links wurde durch Epinal, die Moselforts, die Vogesen und Belfort erschwert. Eine Umfassung durch Belgien bot weniger Schwierigkeiten, wenn Lüttich bald unschädlich gemacht werden konnte. Schlieffen hat manchen Operationsplan entworfen, der Belgien ausschloß. Er war aber nicht zufrieden damit. Bis zuletzt glaubte er, die Franzosen würden durch Lothringen vorgehen. Damit hat er recht behalten. Eine Umfassung durch Belgien mußte sie dabei am empfindlichsten treffen. Schlieffen mußte Vorbereitungen treffen zu einer schnellen Entscheidung über einen Gegner. Rußland konnte es nicht sein, da sich die Russen nie gescheut haben würden, in ihrem weiten Lande zurückzugehen, um einer Entscheidung auszuweichen, bis die Verbündeten wirksam werden konnten. Blieb also nur Frankreich und der Vormarsch durch Belgien. Jeder findet die Schuld beim Gegner. Immerhin darf die einfache Ueberlegung die Fragen stellen, warum immer nur über Belgien geschrien wird und nicht auch über Luxemburg, und weshalb Belgien lange vor dem Kriege nur mit unseren Feinden verhandelt hat, nicht aber auch mit uns, wie es einer ehrlichen Neutralität entsprochen hätte? Es ist gewiß nicht uninteressant, gerade heute zu hören, daß es ein Amerikaner gewesen ist, der zuerst auf die Notwendigkeit des deutschen Vormarsches durch Belgien hingewiesen hat.

Aus dem Abschnitt Mobilmachung sei folgendes hervorgehoben: Nach meiner Meldung (als Generalquartiermeister) beim Generalobersten v. Moltke hatte er mir die Lage kurz erläutert. Er sagte, daß sich der Kaiser heftig gegen den Krieg gesträubt habe. Erst nach triftigster Begründung habe er schweren Herzens seine Zustimmung gegeben. Es berührt heute seltsam, wie so bald in der Stimmung des Volkes der Umschwung eintreten konnte. Damals waren alle überzeugt, daß der Kaiser an dem Kriege schuldlos sei. Woher kommt der Wechsel? Ist es fremder Einfluß oder sind es Machenschaften im eigenen Volke, oder beide, die ihn verschuldet haben? Es bleibt bei der alten traurigen Erfahrung, daß nichts unzuverlässiger ist denn Volksgunst; wer auf sie baut, hat auf Sand gebaut.

Aus dem Abschnitt Reichstag: Die bekannte Resolution vom Juli 1917 war ein großer politischer Fehler. Als sie in London und Paris bekannt wurde, hat man sich dort die Hände gerieben und grinsend zugerufen: „Sie sind bald am Ende!" — Diese Ueberzeugung hat die Feinde zu neuen Anstrengungen ermutigt. Gewiß ist noch manches andere Unglück dazu getreten. Wen aber eine feste Ueberzeugung leitet und eine große Hoffnung erfüllt, dem kommen noch immer glückliche Umstände zu Hilfe. — Ohne Zweifel ist es bei vielen die ehrliche Ueberzeugung gewesen; deshalb blieb es aber doch eine politische Dummheit. Daß wir keinen Eroberungs-, sondern einen Verteidigungskrieg führen wollten, war schon bei seinem Beginn außer Zweifel gestellt. — Die Wirkung der Friedensresolution auf die Front ist viel zu wenig beachtet. Die Erregung war allgemein. Damals hat ein Offizier einer mir unterstellt gewesenen Truppe im schönsten Schwäbisch durch den Fernsprecher gerufen: „Ich bin mein Lebtag ein guter Demokrat gewesen, aber jetzt möchte ich doch der Leutnant mit den zehn Mann sein, der den Reichstag zum Teufel jagt!" — Einen seltsamen Eindruck machte es, wenn im Reichstag immer wieder betont wurde, der Friede sei ohne Unterhandlungen mit dem Feinde nicht zu erlangen. Zur Unterhandlung gehört die Geneigtheit beider Teile. Der Feind hatte keinen Zweifel gelassen, daß er an einer Verständigung nicht geneigt sei, sondern den Frieden diktieren wolle. — Politisches Verständnis für Krieg und Frieden war nicht beim Reichstag. Die Reden Wilsons hatten die Geister benebelt. — Es ist nie dagewesen und wird nie sein, daß ein Sieger nur lieb Freund sein will und auf alles verzichtet. Man kann nicht begreifen, wie kluge Leute solch einem Trugschluß verfallen können.

Aus dem Abschnitt Regierungen: Als einst nach einer Sitzung über das Wahlrecht einige Minister dem Kanzler noch einmal Bedenken äußerten, entgegnete er im Fortgehen: „Ja, es ist die Zeit, die Zeit!" — Ein großer Mann soll sich aber nicht von der Zeit meistern lassen, sondern ihr die Richtung geben. Scheidemann hat nach Bethmanns Abgange gesagt, er sei kein Diplomat, aber ein Staatsmann gewesen. Er war beides nicht, auch kein Staatsmann, denn ein Staatsmann darf keine Furcht haben. So ereilte ihn sein Geschick trotz oder vielmehr wegen seiner Nachgiebigkeit. Ludendorff hat mir schon im Herbst 1916 gesagt: „Bethmann bringt nie einen Frieden fertig, er muß fort!" Das mögen sich die merken, die behaupten, Ludendorff habe aus Eigensinn, Ehrgeiz oder Unverstand den Krieg weitergeführt, ohne an den Frieden zu denken. Er ist auf ihn bedacht gewesen von dem Augenblicke an, wo er in die einflußreiche Stellung getreten ist.

Leider verbietet der Raummangel, noch auf den interessanten Abschnitt „Bundesgenossen" näher einzugehen. Nur zwei Stellen: Kaiser Karl war ein schwacher Fürst, den man schließlich nicht für ernst nahm. Verhandlungen mit den Feinden gingen in Wien hin und her. Der Kaiser bezeichnete Hindenburg und Ludendorff in Gesprächen als Schweine. Selbst in Wien machte man sich über ihn auf offener Straße lustig. Obschon er zu jeder Entsagung bereit war, wenn er nur Kaiser bliebe, hatte er wie die Kaiserin den glühenden Wunsch, die Krone Polens auf seinem Haupte zu sehen. Von einem solchen Verbündeten war nichts zu erwarten. — Unsere Bundesgenossen waren alle schwach und ohne eigene Hilfsmittel. Wir mußten, abgeschlossen vom Weltmarkte, ihnen das Fehlende liefern. Aus Furcht, sie könnten abfallen, sind wir zu rücksichtsvoll gegen sie gewesen. Die Entente hat jedes einzelne Volk kraftvoll zusammengehalten und alle zu einem Handeln zusammengeschlossen. Uns ist es nicht gelungen, zu dieser Einheit zu kommen. Schließlich kamen Treulosigkeit und Verrat hinzu, die wir durch Nachgiebigkeit hatten verhindern wollen. Wir haben nicht verstanden, unseren Willen von Anfang an durchzusetzen und klare Verhältnisse zu schaffen. Ein Oesterreicher schrieb an mich: „Zum Herrschen gehört Vernunft und Gewalt. Bei uns hat es an beiden gefehlt. An Vernunft hat es bei Ihnen nicht gefehlt, aber an der starken Faust Bismarcks."

Freiheit und Gleichheit

Von [Abdruck verboten.]

Erich Sellheim-Halle.

Die Kultur eines Volkes ist das Ergebnis einer jahrhundertelangen Arbeit und geschichtlichen Entwicklung mit dem Ziele der Veredelung und Vervollkommnung der Menschheit und ihrer geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen. Wenn nun Fürst von Bülow einmal gesagt hat, daß eine höhere Kultur zu allen Zeiten einen politischen Rechtstitel verliehen habe, so bringt er damit kurz und treffend die allgemein anerkannte und durch die Geschichte bewiesene Tatsache zum Ausdruck, daß nur ein Kulturvolk berechtigt und mit Erfolg bestrebt sein kann, einen angemessenen Platz in der Welt einzunehmen und zu behaupten. Individuelle Freiheit und individuelle Ungleichheit sind die Grundlagen der Kultur eines Volkes. Denn ungeachtet des gebieterischen Rufes unserer Tage nach Gleichheit läßt sich schlechthin nicht leugnen, daß die Menschen in ihren körperlichen, geistigen und sittlichen Anlagen sowie auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und beruflichen Umgebung völlig verschieden und ungleich sind und bleiben werden. Diese Tatsache wird übrigens am überzeugendsten durch die zeitgemäße Forderung „Freie Bahn dem Tüchtigen" erhärtet. Indessen hat jeder einzelne die Pflicht, die ihm innewohnenden Kräfte frei zu entfalten und weiter zu bilden. In dem Streben nach einer selbständigen Entwicklung ist das Nationalbewußtsein eines Volkes begründet, ohne das es zu einer tatkräftigen Politik unfähig ist, aus dem Streben des einzelnen nach individueller Betätigung erstehen die Persönlichkeiten, die ein Volk in seiner äußeren und inneren Leitung benötigt.

Es ist selbstverständlich, daß nur ein freies Volk den Weg einer eigenen Entwicklung beschreiten kann. Um diese Stellung etwaigen Uebergriffen äußerer Feinde gegenüber zu behaupten und andererseits im Innern Auswüchse der Freiheit zu unterbinden, bedarf es einer starken Staatsgewalt. Wahre Volksfreiheit ist nach Schiller der Gegensatz von Willkür und Zügellosigkeit und es wäre eine einseitige Auffassung der individuellen Freiheit, wollte jemand sie in den Dienst persönlicher oder Parteiinteressen stellen; er würde damit seine sozialen Pflichten vergessen. Der Grundsatz des laisser faire der Physiokraten, der dem Staate jegliche Einmischung in das wirtschaftliche und soziale Leben untersagt, ist ebenso zu verwerfen. Jeder muß sich als ein Glied seines Volkes und Staates fühlen und ist ihm gegenüber zu Pflichten verbunden, zu deren Erfüllung er im Interesse der Allgemeinheit auch gezwungen werden muß.

Und was sind die Folgen jener geforderten Gleichheit der Aufhebung der sozialen Unterschiede? Der Strebsame wird gleichgestellt dem Faulen, der Befähigte dem Untüchtigen, der Sparsame dem Verschwender. Niemand wird dann mehr den Trieb in sich haben, vorwärts zu streben, seine Fähigkeiten und Kenntnisse der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Gemeinsinn, Nationalbewußtsein und individuelle Freiheit werden damit unterbunden. Dieser Zustand bedeutet keinen Fortschritt, sondern den Beginn des politischen, nationalen und wirtschaftlichen Verfalls. Und ein solches Volk begibt sich des Namens eines Kulturvolkes und füglich auch des Rechts auf eine freie, erfolgreiche Entwicklung.

Ein warnendes Beispiel für eine einseitige individuelle Freiheit ist die französische Revolution von 1789, für den Grundsatz der Gleichheit die Demokratie Griechenlands, das in seiner Zersplitterung der mazedonischen und später der römischen Fremdherrschaft preisgegeben wurde.

Gerechtigkeit

Nicht fünfzig Jahre sind verflossen, seit in dem von ihm heraufbeschworenen Kriege ein Kaiser in unseres Königs Hände gefallen und seiner Willkür preisgegeben war, nicht durch Ränke oder irgend welche Beugung des Rechtes, sondern durch das Los der Waffen in offener Feldschlacht. Der wies ihm ein prächtiges Fürstenschloß zur Wohnung an und entließ ihn ungekränkt, sobald der Friede geschlossen war.

So ritterlich und groß zu denken, wie Kaiser Wilhelm der Erste dachte, so hoch ist der Ehrgeiz der Männer nicht gespannt, die sich heute als Sieger gebärden, weil es ihnen gelang, ihres Gegners Arm zu binden. Sie gelüstet es, „Gerechtigkeit" an ihm zu üben auf ihre Weise, das heißt, ihren Mut an ihm zu kühlen, sie, die „Beschützer der kleinen Völker", die gewöhnt sind, ihren Schützlingen die Speiseröhre zu zerdrücken, wenn sie nicht willig den Befehlen des Beschützers Folge leisten.

Gerechtigkeit! Ob wohl einer der Männer, die heute drüben danach lechzen, den Kaiser Wilhelm vor Gericht zu stellen, die Hindenburgs und Ludendorffs Auslieferung fordern, um über sie ihren Spruch zu sprechen — ob einer von ihnen jemals daran gedacht hat, was das bedeutet? Ob es keiner von ihnen je gehört hat, daß die leidenschaftliche Erregung des durch eine außerordentliche Tat Geschädigten, die sich in einem Gegenstoße entladen will, die Rache gebiert, aber nicht die Gerechtigkeit, zu der jene sich verhält, wie wildes Unkraut zur Frucht des wohlbestellten Ackers? Wie dumpfe, gärende Triebe der sinnlichen Natur zu der Klarheit des Geistes, die auf dem Ausgleich zwischen Denken, Fühlen und Wollen beruht? Ist ihnen das zu hoch? Vielleicht verstehen sie besser dies: die Erregung des eigenen Blutes in einer Tat der Vergeltung sich auswirken zu lassen, den Trieb kennt auch das Tier und teilt ihn mit der noch ungezügelten Menschheit, die sich vom Rachegefühl leiten läßt bis dahin, wo Vergeltung wieder Vergeltung fordert. Darum haben gesittete Völker geschriebene Gesetze, damit der Vergeltungstrieb durch ein Band gebunden sei, das den Richter und den Täter umschlang, noch ehe die Tat geschah. Darum fordert der Rechtssinn gesitteter Völker, daß das Gesetz erlassen, das Gericht verordnet war, noch ehe die Tat geschah. Wann aber war jemals ein König, wann ein Heerführer, wann auch nur ein schlichter Kriegsmann der Gerichtsbarkeit des Siegers mit dem unterworfen, was er getan hat, um selbst den Sieg zu gewinnen? Umgebracht hat man sie oft genug, die einzelnen und die Heerscharen, die in die Hand ihrer Feinde gefallen waren; aber wann hat des Siegers Uebermut den frevelhaften Schritt gewagt, sich an den Richtertisch zu setzen, um über die Kriegstaten seines Feindes Recht zu sprechen? Karl von Anjou, es ist wahr, als er den letzten Hohenstaufen aus dem Wege räumen wollte, Karl von Anjou, der Mörder Konradins, ließ ein Gericht zusammentreten, das das Urteil sprechen mußte. Aber er mußte durch einen Machtspruch nachhelfen, weil das Gericht nicht ganz so wollte, wie er. Und Karl von Anjou hatte bisher in den Reihen der gekrönten Bösewichter eine Bank für sich. Gelüstet es die Führer unserer Feinde, neben ihm zu sitzen? Und als die himmlische Schutzpatronin des vom Feinde bedrängten Frankreich noch auf Erden lebte als das Mädchen von Orleans, und in die Hand des feindlichen Englands gefallen war, auch da trat ein Gericht zusammen, aber es war ein Hexengericht, und zwei Kerle — englische Kriegsknechte — wurden zu ihr ins Verließ gelegt, die mußten dem Gerichte bezeugen, daß die gottbegeisterte Jungfrau eine Dirne sei. Hexengerichte sind inzwischen veraltet. Darum, als vor hundert Jahren Bonaparte, der Franzosenkaiser, sich in die Gewalt desselben England begeben hatte, sandte man ihn ohne Richterspruch in die lebenslängliche Verbannung. War man mit der Zeit fortgeschritten, oder zu den Anschauungen früherer Zeiten zurückgekehrt? Als die Römer den aus seiner Heimat verdrängten Hannibal von der asiatischen Königin forderten, waren sie nicht naiv genug, ihm mit dem Spruch römischer Rechtsgelehrten zu drohen. Hannibal wußte, was ihm bevorstand, und handelte danach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907201-17/fragment/page=0007

Aber das Unheil, das sie brüten, könnte sich in sein Gegenteil verwandeln.

Schweigend ist Hannibal zu Grabe gegangen; die grimmigen Schelmworte des ersten Bonaparte verhallten ungehört. Wen man vor Gericht stellt, mit dem wird man verhandeln müssen. Können wir es nicht hindern, daß man sie zur Rechenschaft zieht, weil wir die Waffen gestreckt haben, als wir noch Waffen hatten, so mag die Verantwortung vor unseren Feinden auch das Gericht werden, das über unsere Feinde gehalten wird. Wonach sie im letzten Grunde verlangen, ist dies: dem Urteil über die Schuld an allen Greueln dieses Krieges durch das Urteil eines Gerichtes vorzugreifen, das ihnen zu Willen ist, ihrem Pöbel ein Schaustück zu bieten, unsere Ehre durch den Schmutz zu ziehen und darüber ihre eigenen schweren Sünden vergessen zu machen. Es darf und wird nicht gelingen, wenn die Männer, die man vor dieses Gericht stellen wird, auch in der Qual der Tage dieses Gerichts stolz und stark genug bleiben, es keinen Augenblick zu vergessen: die dort uns gegenüber sitzen, sind nicht unsere Richter, nie können wir sie überzeugen, nichts können und nichts wollen wir von ihnen erbitten; was wir sprechen, sprechen wir vor dem Richter, der nicht stirbt, vor dem Gericht der Weltgeschichte. Was wir, wenn es zu solchen Verhandlungen kommt, mit glühendem Herzen erwarten, ist dies: daß die Männer, die im großen Kriege unsere Führer waren, auch in diesem letzten, ganz anders geartneten Kampfe für die Sache des Vaterlandes mit der gleichen Ruhe und Zuversicht die Waffen führen, wie in dem Kampfe der Schlacht; dann wird die unbestechliche Logik der Tatsachen auch dieses Mal den Sieg in ihre Hand geben. Denn es besteht kein Zweifel, auf welcher Bank dieses Gerichts die Verbrecher sitzen werden: es sind die, die sich versündigen an den ewigen Grundfügen der Gerechtigkeit.

Napoleon I. über deutsche Mentalität

Es ist vielleicht nicht allgemein bekannt, daß Napoleon I. während der Gefangenschaft auf St. Helena auch die Frage erörtert hat, welches sein Schicksal gewesen wäre, wenn er nicht französischer, sondern deutscher Kaiser geworden wäre. Die Erörterung findet sich im „Memorial de St. Hélène par las Cases". Wenngleich — oder vielmehr, gerade weil — sie tief beschämend für die Jetztzeit ist, sei sie mitgeteilt:

„Hätte mich das Geschick zu einem deutschen Fürsten gemacht, ich hätte dies Volk aus den Stürmen unserer Tage unter ein Szepter gerettet. 80 Millionen Deutsche umständen meinen Thron und, wie ich sie zu kennen glaube, so hätten sie mich, war ich einmal von ihnen erhoben und erwählt, nicht verlassen. Als ihr Kaiser wäre ich nicht nach St. Helena gekommen."

Der Kronprinz im Urteil der Wieringer

Ein Bewohner der Insel Wieringen hat der holländischen, im Haag erscheinenden Zeitung „De Nederlander" folgende Darstellung seiner Eindrücke von der Person und dem Verhalten des Kronprinzen zur Verfügung gestellt:

„Von mehr als einer Seite wurden wir ersucht, in „De Nederlander" einiges über das Leben des „früheren" deutschen Kronprinzen auf unserer Insel mitzuteilen. An uns wurde seitens eines gewissen Blattes sogar das Ansinnen gestellt, gegen reichliches Honorar im besonderen über etwaige „skandalöse" Vorkommnisse im Leben des Prinzen oder seines Gefolges zu berichten. Wir haben die einzige Antwort gegeben, welche auf ein solches Ansinnen ein persönlicher Freund des Prinzen geben kann, nämlich gar keine.

Gottlob gibt es gar nichts derartiges mitzuteilen, und auch der ententefreundlichste Korrespondent oder gar ein persönlicher Feind des Prinzen würde nichts dieser Art berichten können.

Der Prinz hat sich in Wieringen eingebürgert; er ist ein Wieringer unter Wieringern und hat es verstanden, sich die Hochachtung eines jeden guten Bürgers und jedes Wieringer Schulkindes zu erwerben. Letzteres besagt fast noch mehr als ersteres. Bekannt ist das Wort: „Wer es versteht, sich die dauernde Freundschaft der Kinder zu erwerben, ist ein guter Mensch." In welchem Hause der Prinz auch einkehren mag — und es sind derer nicht wenige —, überall ist er ein willkommener Besucher. Er versteht es, durch seine ihm angeborene Freundlichkeit und durch seine bewundernswerte Anpassungsfähigkeit auch die größten Nörgler für sich zu gewinnen. Wer den Vorzug hatte, ihn richtig kennen zu lernen, und nicht vollständig vergiftet ist durch einen gewissen Pressefeldzug gegen alles, was deutsch ist und deutsch empfindet, der kann sich der Ueberzeugung nicht entziehen, daß der frühere deutsche Kronprinz ein guter Mann ist. Schlicht, herzlich, ehrlich, mit einem mitfühlenden Herzen für alle, welche leiden, welche unterdrückt sind oder Sorgen haben. Es gibt manchen in Wieringen, der, wenn der Prinz uns dermaleinst verläßt, seiner mit wehmütiger Dankbarkeit gedenken wird.

Als der Prinz im November 1918 in Wieringen landete, da gab es manches mürrische Gesicht; er wurde sehr wenig herzlich willkommen geheißen. War er denn nicht der Mann von „dem frischen, fröhlichen Krieg"? Der erbarmungslose, herzlose Mann, der seine Soldaten in den Tod trieb und mit Menschenleben spielte? So war er wenigstens, von gewisser Seite stets geschildert worden.

Und jetzt? Unsere nüchternen Inselbewohner haben nach altholländischer Art mit ihrem Urteil zurückgehalten, um es sich durch eigene Wahrnehmung bilden zu können.

Und wie mag dieses Urteil nun wohl lauten? . . . Wir können es einigermaßen andeuten, indem wir versichern, daß es jetzt keinem Fremden geraten sein dürfte, etwas den Kronprinzen Beleidigendes zu sagen oder zu tun.

Fortwährend werde ich gefragt, was der Prinz denn wohl über die Zustände sagt. Ich darf hier erklären, daß ich aus seinem Munde nie ein Wort gehört habe, was nicht jeder Führer, ganz gleich von welcher Partei, hätte hören dürfen (Clemenceau, Lloyd George, Wilson einschließlich). Ob ich den Prinzen denn wohl für vollkommen halte? Das wird er wohl nicht sein, aber wir haben ihn als einen guten, hochstehenden und großzügigen Menschen kennen gelernt.

Vom Privatleben des Kronprinzen in Wieringen kann man sagen, daß es Achtung gebietet, was nicht von allen gesagt werden kann, die in der Geschichte dieser Tage eine führende Rolle spielen. Das Elend seines Volkes wird ihm ihm tief empfunden, was sich aus so mancher Bemerkung schließen läßt; nur muß man einige diplomatische Begabung mitbringen, um die durch das Gespräch geflochtenen Fäden zu verstehen. Der Prinz ist ganz besonders vorsichtig in seinem Urteil über die Lage; nie spricht er mit Bitterkeit über Deutschlands Gegner; nie tut er eine Aeußerung über die Wahrscheinlichkeit der zukünftigen Entwicklung Deutschlands, noch über seine eigene Zukunft.

Was die Sprache betrifft, so kannte der Prinz, als er nach Wieringen kam, nicht ein Wort von unserer Sprache; jetzt spricht er ziemlich gut Holländisch. Manches Wieringer Kind wird sich einstmals rühmen können, dem Kronprinzen beim Lernen unserer Sprache geholfen zu haben. gez.: H. Stavenga.

Hindenburgs Abschied

Die „Kreuzzeitung" veröffentlicht den Brief eines Offiziers des Großen Hauptquartiers an seinen Vater, der den Abschied des Generalfeldmarschalls aus dem Hauptquartier Kolberg erzählt. Aus dem Briefe seien folgende Stellen wiedergegeben:

Lieber Vater! Nun ist auch der letzte Mann von uns gegangen, der unser Leben hier inhaltsvoll machte, und der der letzte in Deutschland war, den wir mit ganzem Herzen verehren konnten. Der zweite und dritte Juli waren so schön und bedeuten für uns den Abschluß des Soldatenseins im alten preußischen Geist.

Am 2. Juli abends war Abschiedsessen für den Feldmarschall. Eigentlich wollten wir dem Feldmarschall zu Ehren Parade abhalten, aber Hindenburg wollte es nicht in seiner schlichten Art, außerdem scheut er sich um des lieben Friedens willen, öffentlich Ansprachen zu halten. Ich hörte, wie er sagte: „Wenn ich dann die ordentlichen Soldaten sehe, dann muß ich auch eine Ansprache halten, und dabei erwärme ich mich dann zu sehr und rede mehr, als der Regierung lieb ist."

So brachten wir dem Feldmarschall einen richtigen friedensmäßigen Zapfenstreich. Der Feldmarschall hatte keine Ahnung davon, um so größer war seine Freude. Als wir beim besten Essen saßen, ertönte draußen plötzlich Musik. Wir traten alle aus dem großen Saal hinaus, an dreihundert Offiziere, der Feldmarschall auf der Freitreppe vor den übrigen Herren, von zwei Fackeln rechts und links beleuchtet. Währenddessen marschierten, von Fackeln begleitet, unsere bereinigten drei Kapellen heran, die Adjutanten zu Pferde rechts und links und die Tamboure und Spielleute nahmen Aufstellung. Das Fackellicht spielte auf den Trompeten und Stahlhelmen und warf Licht und Schatten in die Blätter der überhängenden Bäume, während sich hinter der Absperrung die Menge zu Tausenden drängte. Ueber allem ragte unbeweglich die Gestalt von Hindenburg vor den Offizieren der Stäbe und des Freikorps.

Ich stand etwa 5 Meter neben dem Feldmarschall, um zum Schluß die andrängende Menge zum Stehen zu bringen. Ich sah, wie ihm eine schwere Träne niederrann, dem Manne, der als junger Offizier im Spiegelsaale zu Versailles stand, als die Kaiserproklamation stattfand, der auf dem Schlachtfeld von Königgrätz vier Kanonen eroberte, dem Sieger von Tannenberg, dem schlichten Manne, der seit dem 9. November treu und entsagungsvoll aushielt. Dann kam der eigentliche große Zapfenstreich.

Vor dem Zapfenstreich hatte General Gröner eine längere Tischrede gehalten, während wir alle standen. Gröner gab einen längeren Ueberblick über das Leben Hindenburgs. Der Feldmarschall antwortete kurz und schlicht nach den drei donnernden Hurras, die wir ihm brachten, indem er seiner drei Kaiser gedachte, denen er diente, seiner Soldaten und seines unvergleichlichen Ludendorff und sein Glas leerte in der Hoffnung auf ein Wiedererstehen Deutschlands, das er ja nicht mehr erleben würde.

Wir erhielten jeder einzelne noch etwas Besonderes, und zwar folgendes Schreiben: „In dankbarem Gedenken Ihrer treuen Dienste und zur Erinnerung an gemeinsame Arbeit in schwerster Zeit ermächtige ich Sie, meinen Namenszug mit dem Datum 3. Juni 1919 auf dem Griff Ihres Säbels anbringen zu lassen und ihn als Ehrensäbel weiterhin zu tragen. v. Hindenburg."

Gestern, am Donnerstag, abend fuhr Hindenburg ab. Vor dem Bahnhof hatte sich in zwei Gliedern das ganze Freikorps im Viereck gleichzeitig zum Abpferren aufgestellt. Kurz vor 7.30 Uhr kam der Feldmarschall im Auto an, umgeben von einer Ehreneskorte der Pferdejäger. Major v. Schleinitz kommandierte mit gezogenem Degen den Präsentiergriff und brachte mit den Worten: „Unserm Feldmarschall, dem unvergleichlichen deutschen Helden, unserm Vorbild, dessen Namen wir stets in Ehren tragen werden," ein dreifaches Hurra aus, das brausend erwidert wurde. Darauf schritt Hindenburg unter den Klängen der reitenden Jägerkapelle die Front ab, von Blumen überschüttet, die die Leute über unsere Grenadiere hinwegwarfen. Kleine Mädchen in weißen Kleidern sprangen durch die Lücken in der Front vor und überreichten ihm Rosen. Am Eingang zum Bahnhof drehte er sich noch einmal um und rief: „Lebt wohl, Kinder, ich werde euch nie vergessen! Auf Wiedersehen!"

Man merkte ihm an, wie schwer es ihm fiel, seiner Bewegung Herr zu werden. Auf dem Bahnhof stand eine Ehrenkompagnie von 150 Mann unserer Garde-Grenadiere, nur Leute mit dem Eisernen Kreuz, mit aufgepflanztem Seitengewehr und präsentierte. Auch diese Front schritt der Feldmarschall ab. Der kleine Zug stand schon zur Abfahrt fertig. Unter den Hurrarufen der Zivilbevölkerung stieg der Feldmarschall in den Salonwagen, die Ehrenkompagnie präsentierte, der Zug setzte sich in Bewegung, während die Musik spielte: „Ich bin ein Preuße!" Langsam fuhr der Zug heraus, ernst und feierlich stand die große Gestalt des Feldmarschalls an einem Fenster, er winkte mit der Hand, er wie wir mit feuchten Augen.

Eine zeitgemäße Erinnerung

Am 30. März 1918 beschäftigte sich die „Bayerische Staatszeitung" mit den Angriffen, die der General Keim gegen den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling gerichtet hatte und schrieb dazu u. a. die folgenden denkwürdigen Worte:

„Der durch den Eifer, mit dem er die maßgebenden politischen und militärischen Stellen im Reiche über den Umfang ihrer Pflichten belehrt, nicht durchweg vorteilhaft bekannte General Keim hat sich gelegentlich einer Versammlung, die kürzlich in Essen stattfand, in mehr scharfen als überlegten Angriffen gegen den bayerischen Ministerpräsidenten wegen dessen bekannter Aeußerungen über die Rüstungen ergangen. General Keim ist ein Mann, dessen vortreffliche Absichten über jeden Zweifel erhaben sind, dem aber, wie die ganze Art seiner Agitation zugunsten der Stärkung unserer militärischen Machtmittel beweist, die Gabe jenes Maßhaltens fehlt, das zur Führung einer ernsthaften Diskussion benötigt ist. Die Art vollends, mit der er die Notwendigkeit einer neuen Milliarde für Heereszwecke begründet, ist geradezu grotesk. Dieser begeisterte Patriot prophezeit nämlich für den Fall, daß ein Vorschlag, neuerdings tausend Millionen für Heereszwecke auszugeben, nicht verwirklicht werden sollte, nichts geringeres als den Verlust verschiedener Provinzen und dreißig Milliarden Kriegsentschädigung. Eine Agitation dieses Stils kann der Sache unserer Armee nichts nützen, ihr vielmehr nur schaden, da sie allen antimilitaristischen Elementen im Reiche willkommene Angriffspunkte bietet."

Bekanntlich sind die damals vom Generalstab geforderten drei Armeekorps nicht bewilligt worden. Der Erfolg ist der Verlust des Krieges, verschiedener Provinzen und nicht nur von 30, sondern von ungezählten Milliarden an Kriegsentschädigung. Kraffer kann die deutsche Torheit gar nicht beleuchtet werden als durch diese Reminiszenz.

Der deutsche Adel im Kriege

In Deutschland lebten am 1. August 1914 111 männliche Mitglieder der Familie v. Bülow zwischen 18 und 45 Jahren. Während des Krieges haben im Feld- und Heimatheer im ganzen 124 Bülows Dienst getan, außerdem 4 als Johanniter. Von diesen sind 26 gefallen und 5 an Krankheiten infolge des Dienstes gestorben, zusammen also 31 Bülows. In der Verwundetenpflege und sonstigen Kriegshilfe waren 30 Damen der Familie aktiv tätig.

*

Die Angaben der Gothaischen Genealogischen Taschenbücher über die Verluste des deutschen Adels im Weltkriege berichtigen sich nach den uns zugegangenen Mitteilungen der betreffenden Familie wie folgt:

Dewitz: 130; Finck von Finckenstein: 8 Grafen, Korffgen. Schmising Kerssenbrock: 6 Grafen und 2 Freiherren; Roon: 6 (5 Brüder); Platen: 9; Seydlitz: 1 Freiherr, 5 Herren; Spee: 4 Grafen (1 Vater mit seinen beiden Söhnen); Stutterheim: 14; Tümpling: 4; Uthmann: 4.

*

An Hand der soeben erschienenen Gothaischen Genealogischen Taschenbücher von 1919 geben wir nachstehende Zusammenstellung der Verluste des deutschen Adels im Weltkriege, wobei wir aber leider nur die Familien aufführen können, die vier und mehr Mitglieder verloren haben:

Ahlefeldt: 1 Graf, 6 Herren; Alvensleben: 2 Grafen, 5 Herren (die Familie zählt im ganzen 8); Arnim: 1 Graf, 1 Freiin, 19 Herren; Aulock: 4; Babo: 4 Freiherren; Baumbach: 7; Bassewitz: 4 Grafen, 6 Herren; Below: 5; Berlepsch: 5 Freiherren; Bernuth; Bismarck: 5; Bock v. Polach: 5; Bock v. Wülfingen: 7; Bonin: 9; Borcke: 1 Graf, 1 Freiherr, 9 Herren; Borries: 4; Bose: 8; Bothmer: 2 Grafen, 2 Freiherren, 1 Herr; Bredow: 3 Grafen, 4 Herren; Brockdorff: 2 Grafen, 2 Freiherren; Brockhusen: 5; Bülow: 1 Graf, 3 Freiherren, 23 Herren; Busiche: 7 Freiherren; Busse: 7; Buttlar: 6 Freiherren, 8 Herren; Chappius: 4; Crailsheim: 4 Freiherren; Dalwigk zu Lichtenfels: 10 Freiherren; Dechend: 4; Decken: 1 Freiherr, 11 Herren; Dewitz: 9; Ditfurth: 7; Dobeneck: 4 Freiherren (4 Brüder); Dohna: 7 Grafen; Düring: 12; Eisenhardt-Rothe: 4; Enckevort: 7; Eschwege: 4; Falkenhausen: 4 Freiherren; Falckenhayn: 4; Feilitzsch: 5 Freiherren; Finck von Finckenstein: 7 Grafen; Forstner: 7 Freiherren; Francois: 4; Frankenberg: 7; Freyberg: 5 Freiherren; Gaisberg: 4 Freiherren; Golz: 2 Grafen, 4 Freiherren, 1 Herr; Gottberg: 4; Grädenitz: 7; Gregory: 4 Freiherren; Groß: 6; Griesheim: 6; Groeben: 6 Grafen, 6 Herren; Grote: 7 Freiherren; Hagen: 7; Haller von Hallerstein: 3 Grafen, 2 Freiherren; Hammerstein: 4 Freiherren; Hanstein: 2 Freiherren, 3 Herren; Haugwitz: 4; Hausen: 4 Freiherren, 1 Herr; Harthausen: 4 Freiherren; Hertzberg (auch Herzenberg): 2 Grafen, 2 Herren; Heydebreck: 6 Herren; Hodenberg: 4 Freiherren; Holleben: 7; Homeyer: 4; Hülsen: 1 Graf, 6 Herren; Imhoff: 4 Freiherren; Jagow: 4 Herren; Kalckreuth: 1 Gräfin, 4 Herren; Kameke: 8; Kamptz: 4; Kleist: 2 Grafen, 1 Freiherr, 9 Herren; Klitzing: 9; Knesebeck: 6; Knigge: 5 Freiherren; Knobelsdorff: 16; König: 1 Freiherr, 6 Herren (5 Brüder); Korff gen. Schmising: 5 Grafen, 2 Freiherren; Kotze: 5; Krosigk: 6; Kummer: 4; Lancken: 1 Freiherr, 2 Herren; Ledebur: 4 Freiherren, 1 Herr; Lepel: 3 Freiherren, 1 Herr; Lersner: 4 Freiherren; Lette-Borbeck: 5; Lieres und Wilkau: 4 und 1 Schwester v. R. Kr.; Linsingen: 4; Löbbecke: 5; Loe: 3 Freiherren, 1 Freiin; Loeper: 15; Lücken: 5; Lübe: 4; Lützow: 2 Freiherren, 2 Herren; Maltzan (Maltahn): 10 Freiherren; Manteuffel: 2 Freiherren, 4 Herren; Marwitz: 7; Massenbach: 8 Freiherren; Massow: 8; Matuschka: 5 Grafen; Mellenthin: 5; Minckwitz: 6; Münchow: 4; Nathusius: 6; Natzmer: 6; Nordenflycht: 4; Nostitz: 3 Grafen, 1 Freiherr, 2 Herren; Oer: 4 Freiherren; Oertzen: 19; Omptedа: 4 Freiherren; Oppen: 6; Osten: 1 Graf, 9 Herren; Pechmann: 5 Freiherren; Pentz: 6; Plantitz: 4; Platen: 7; Poser und Groß-Nädlitz: 4; Prittwitz und Gaffron: 14; Puttkamer: 7 Freiherren, 12 Herren; Quast: 4; Ranzau: 3 Grafen, 1 Herr; Rechenberg: 4 Freiherren; Recke (Reck): 4 Freiherren; Reden: 7; Reibnitz: 4 Freiherren, 2 Herren; Reiswitz (Reißwitz) und Kaderzin: 5 Freiherren; Richthofen: 7 Freiherren; Riedesel: 6 Freiherren; Röder (Roeder) v. Diersburg: 8 Freiherren; Rohr: 7; Rohrscheid: 6; Romberg: 4 Freiherren (4 Brüder); Roon: 5 (4 Brüder); Schenk (Schenck) zu Schweinsberg: 4 Freiherren; Schilling von Canstatt: 5 Freiherren; Schlieben: 2 Grafen, 4 Herren; Schlieffen: 7 Grafen; Schmeling: 4; Schroetter: 5 Freiherren; Schulenburg: 6 Grafen, 1 Herr; Schweinitz: 6 Grafen, 6 Herren; Schwerin: 6 Grafen, 5 Herren; Seckendorff: 4 Freiherren; Seydlitz: 4; Sprett: 4 Grafen; Spiegel: 5 Freiherren; Stenglin: 4 Freiherren; Stockhausen: 7; Strachwitz: 6 Grafen; Stuckrad: 4; Stülpnagel 7; Stutterheim 12; Sydow: 5; Tauer: 4 Freiherren; Treskow: 4; Treskow: 4; Trotha: 8; Tschirschky und Boegendorff: 4; Türcke (Türck) 4 Freiherren; Uslar-Gleichen: 5 Freiherren; Unger: 4; Unruh: 4; Viebahn: 4; Vietinghoff: 4; Vitzthum v. Eckstädt: 5 Grafen, 2 Herren; Vogel v. Falckenstein: 4; Waldow: 7; Wangenheim: 17 Freiherren; Wartenberg: 4; Wedel: 3 Grafen, 20 Herren; Wedelstädt: 4; Welck: 6 Freiherren; Wedemeyer: 4; Westernhagen: 4; Wietersheim: 6; Winterfeld: 5; Witzleben: 6; Wolff-Metternich: 3 Grafen, 2 Freiherren; Wolfersdorf (Wolfersdorff): 6; Wurmb: 6; Wussow: 4; Zedlitz: 4 Freiherren, 3 Herren; Zimmermann: 7; Zitzewitz: 7.

*

Die schwersten Verluste haben erlitten: Bülow: 27; Wedel: 23 (die Familie zählt 24); Arnim: 21; Puttkamer und Oertzen: je 19; Wangenheim: 17; Knobelsdorff: 16; Loeper: 15; Prittwitz und Gaffron: 14; Decken, Düring, Kleist (die Familie von Kleist zählt 16), Schweinitz, Stutterheim: je 12; Borcke und Schwerin je 11 (die Familie von Schwerin zählt 18 Gefallene).

Wie schon aus vorstehender Zusammenstellung hervorgeht, zeigen die Zählungen der Gothaischen Taschenbücher und die der Familien selbst mehrfach Unstimmigkeiten, die zum größten Teil darauf beruhen werden, daß die Redaktion der Taschenbücher ihre Arbeit bereits Anfang November abgeschlossen hat. Für etwaige Berichtigungen der Gothaischen Arbeit wären wir den Familien dankbar.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Helmut Böttcher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907201-17/fragment/page=0008

Hallescher Courier

Unterhaltungs-Beilage der Halleschen Zeitung

Nr. 29 Halle/Saale ◆ Sonntag, den 20. Juli 1·9·1·9

Das große Konzert

Skizze

von Heinrich Zerkaulen.

[Abdruck verboten.]

Im weißen Saal hingen die üppigen Kristalleuchter wie nackt von der Decke. Das herausfordernde Licht glitt nervös über die festlich kahlen Wände und fiel ernüchtert in den gähnenden leeren Raum zurück.

In den ersten Stuhlreihen saß eine Handvoll Menschen in großer Toilette. Aber sie saßen unruhig und drehten sich fortgesetzt um, als wehrten sie sich gegen einen unsichtbaren Feind. Immer, wenn wenig Menschen in einem großen Raume sind, haben sie Angst voreinander und vor dem Beobachtetwerden.

Bis endlich hinter dem dunkelgrünen Sammetvorhang her, der das Künstlerzimmer vom Podium trennte, dreimal, viermal ein Celloklang kam. Erst die Oktave, wie eine rührende Bitte. Dann die Quinte, wie ein herrischer Befehl.

Hans Hellingen stimmte sein Instrument.

Unter den Wenigen, die zu seinem Spiel gekommen, entsann sich dieser oder jener noch der großen Zeit Hans Hellingens, des ehemals berühmten Kammervirtuosen. Aber die neue Jugend war an ihm vorbeigestürmt. Der aufgewirbelte Staub ihrer Erfolge deckte längst den Glanz seines Namens. Hans Hellingen war alt geworden darüber.

Er strich mit der rechten Hand, wie verloren das weißlich graue Haar aus der Stirn. Seine Augen schmerzten, und der neue Frack war viel zu eng. Er bog die Arme und die Brust, daß es in allen Nähten krachte. Auch in den Nähten seiner Brust, bis tief hinab zum Herzen. Sehr weit, jenseits des dunkelgrünen Vorhanges, hörte er Stimmen. Spitz wie Wellenkämme, die hart aufschlagen und dann in ein Nichts zerrinnen.

Ein brennendes Verlangen riß Hans Hellingen nach vorn, nur einen Blick zu tun in den Saal, der leer wie ein Sarg gähnte. Fast als ob er es ahnte. Wieder klang die Oktave. Aber diesmal begehrlich, und es war doch wie ein Schluchzen, die paar Töne fielen wie heiße Tropfen auf den gierigen Fußboden.

Hans Hellingen drehte das elektrische Licht ab. Vom Sessel aus reichte seine Hand bis zum Knopf, ohne daß er sich dabei aufzurichten brauchte.

Irgend woher ertönte ein erstes langgezogenes Klingelzeichen.

Wie daheim, denkt Hans Hellingen. Jetzt wird gleich Frau Rittling, die Hauswirtin, anklopfen: „Herr Professor, ein Herr ist da, der Sie sprechen möchte." — „Ich bin aber nicht zu Hause, beste Frau Rittling, Sie wissen doch, daß ich nie zu Hause bin, beste Frau Rittling." Und er stampft mit dem Fuße auf, daß das Porzellan im Schranke klirrt wie getroffen.

„Aber Herr Professor . . ."

„Nun ja, Sie wissen das doch ein für allemal, Frau Rittling."

Dann ist er wieder allein.

Hinter dem dunklen Vorhang wurden Stühle gerückt.

„Nun halten Sie doch mal endlich Ruhe, Frau Rittling", schreit Hans Hellingen aus dem Dunkel. Mit der Linken aber streichelt er das Griffbrett seines Cellos leise und vorsichtig, wie man den Kopf eines kranken Kindes streichelt.

Siehst du, sie lassen mir keine Ruhe mehr, sagt Hans Hellingen laut vor sich hin. Und er zupft mit der Hand die Quinte, neigt den Kopf vor und zupft auch eine ganze Passage aus Mozart. Es rieselt wie Silbertröpflein hinter dem dunkelgrünen Sammet hervor.

Und nun greift er auch nach dem Bogen. Und spielt im Dunkel, wie er es immer getan hat, schon die letzten Jahre. Seine Lieblinge: den Mozart, den Haydn, den Schumann. Aber von jedem nur etwas. Draußen horcht nämlich Frau Rittling: „Ach, Herr Professor, wie Sie spielen!"

Er reißt die Tür auf: „Das ist schamlos, Frau Rittling. Ich will nicht, daß mir einer zuhört!

Hallo, Frau Rittling, kommen Sie dennoch herein. Aber kein Wort sprechen. Da hinsetzen. Zum Donnerwetter, lassen Sie doch schellen, wer will! — Wissen Sie denn überhaupt, wer ich bin? Sie waren ja noch gar nicht auf der Welt, als ich schon spielte!

Es geht doch nicht, beste Frau Rittling, ich muß doch allein sein. Ich muß warten bis alles wiederkommt. Der Erfolg und die Begeisterung und das Klatschen der Menge. O, es ist lange her, beste Frau Rittling. So lange, daß ich es beinahe schon wieder vergessen habe."

Seine Hand tastete im Dunkel müde nach der Wasserkaraffe auf dem Tisch.

„Zum Teufel, warum drehen Sie denn das Licht nicht an, Frau Rittling? Ach so, ja, lassen Sie! Ich muß spielen, ich will mich wieder einspielen zum ersten großen Konzert. Und dann werden sie jubeln und klatschen, daß ich wieder da bin —. Ich bin ja so müde, Frau Rittling . . ."

Hans Hellingen strich wieder mit der rechten Hand, wie verloren, das weißlich graue Haar aus der Stirn. Er schaltete das Licht ein, da stand er groß und ängstlich, wie ein Unbekannter in dem großen Spiegel im Künstlerzimmer sich selbst gegenüber. Die Augen schmerzten, und der neue Frack war viel zu eng.

Bis ihn ein zweites Glockenzeichen schrill und schmerzhaft zur Besinnung riß. Ein Ruck ging durch Hans Hellingen, als er sich selbst so im Spiegel sah. Vor Scham preßte er den Griff seines Instrumentes so hart in die Hand, daß es schmerzte.

Jetzt spielen? Feilschen wie ein Krämer um den Beifall einer Handvoll Menschen? Daß jeder sein Herz sah, wie es sich blutig riß in seiner grenzenlosen Hingabe? Sein eigenes nacktes Herz?

Fast stürzte er über den Teppich. Er hörte schon Schritte das Podium heraufkommen. Da riß er Hut und Mantel vom Ständer, barg das Instrument wie ein frierendes Kind unter seinen Ueberwurf und rannte zur Bahn.

Jedes Klopfen der Räder war ein Nadelstich in seinem Blute. Und immer doch klang ein Jauchzen darein: Nach Hause! Nach Hause!

Der flüchtende Meister war wieder daheim. Frau Rittling mit den Blumen in der Hand und dem Glückwunsch auf den Lippen ließ er stehen. Nur das Instrument bettete er wie ein krankes Kind in die Hülle, fiel gebrochen in die Knie und flüsterte abgerissen unter den herabkullernden Tränen zärtlich und voll Leidenschaft: „Sei ruhig liebes Kind, — — nicht weinen! — Jetzt lege ich den Bogen ja für immer fort . . ."

*

Die Sage von der Zollbrücke bei Beesen. Am Mittelpfeiler der Zollbrücke, die unterhalb der Broihanschenke zwischen Ammendorf und Beesen über die Weiße Elster führt, befindet sich an der Ostseite eine Sandsteinplatte. Dahinter soll ein Kind eingemauert worden sein. Als man nämlich anfing die Brücke zu bauen, fanden die Maurer an jedem Morgen zerstört, was sie tagszuvor gebaut hatten. Ein vorübergehender Mönch, dem sie ihr Leid klagten, sagte ihnen, die Wassergeister wären über den Bau erzürnt und würden sich nur durch ein Bauopfer besänftigen lassen. Zugleich erbot er sich, ihnen ein Kind zu verschaffen, das sie lebend in die Brücke einmauern müßten. Das waren die Bauleute einverstanden. Am nächsten Tage fuhr in einer Kutsche eine Nonne vor mit einem Kinde auf dem Schoße. Nachdem sie sich von demselben verabschiedet und ihm eine Semmel in die Hand gegeben hatte, setzten es die Bauleute in eine schon vorbereitete Mauernische, die sie unter herzzerreißendem Jammergeschrei des kleinen Wesens mit einer Steinplatte verschlossen. Seitdem ist die Brücke nicht wieder eingestürzt. Die unmenschliche Rabenmutter aber fand selbst nach ihrem Tode im Grabe keine Ruhe. In jeder Nacht kommt sie zur Geisterstunde zwischen 12 und 1 Uhr an die Zollbrücke und weint und klagt um ihr lebendig begrabenes Kind.

Die Stadt der Milliardäre. Englische Zeitungen bringen jetzt eingehende Schilderungen über den märchenhaften Reichtum, der sich in Japan und besonders in der Hauptstadt Tokio ansammeln konnte. Baron Mitsui, einer der Haupttreiber zum Kriege und vermutlich ganz in englischem Dienste stehend, da er seine einflußreiche Stellung beim Mikado für England und gegen Deutschland auszuspielen verstand, soll nach einem farbigen Bericht des „Daily Chronicle" allein durch den Krieg gegen 2000 Millionen Yen verdient haben. Er half das gesamte Schiffs-, Großhandels- und Kriegsausrüstungsgeschäft finanzieren. Tokio ist während des Weltkrieges eine richtige Stadt der Milliardäre geworden. Nach den Angaben, die freilich noch lange die Wahrheit nicht sagen werden, hat sich die Zahl der Milliardäre in Tokio selbst um zehn erhöht. In der japanischen Hauptstadt wird seit geraumer Zeit denn auch ein beispielloser Luxus entfaltet. Europäische Moden finden aber doch nur schwer Eingang. Man gibt dort das Geld auf seine Weise aus.

Die Geschichte des Streichholzes. Der Höchstpreis für Streichhölzer ist wieder erhöht worden. Wesentlichen Einfluß dürfte aber diese neue Preissteigerung kaum haben, höchstens den, daß die Beträge, um die die bisherigen Höchstpreise überschritten worden sind, sich um den Unterschied zwischen altem und neuem Höchstpreis erhöhen werden. Man darf sich gerade jetzt an die verschiedenen Vorläufer des Streichholzes und an die Geschichte des Streichholzes selbst erinnern. Von den ersten Arten des Feuermachens und von der Erzeugung von Feuer mit Stein und Stahl mag abgesehen werden. Im Jahre 1770 erfand Durstenberger in Basel ein Wasserstofffeuerzeug, die „Brennluftlampe". Dort wurde das in einem Glase erzeugte Wasserstoffgas (Brennluft) in einem elektrischen Funken, der mittels eines Elektrophors erzeugt wurde, entzündet. Diese Erfindung war der Vorgänger des im Jahre 1823 von Döbereiner in Jena ersonnenen berühmten Döbereinerschen Feuerzeugs, bei dem die Entzündung des durch Zink und Schwefelsäure erzeugten Wasserstoffgases nicht wie vorher durch Elektrizität, sondern durch einen Platinschwamm entsteht. Von Chansel in Paris wurden 1813 die Tunk- und Stipffeuerzeuge erfunden, die darauf beruhten, daß sie mit einer Mischung von chlorsaurem Kalium, Schwefelblüte und etwas Zinnober bestrichenen Zündhölzer in ein Gläschen getaucht wurden, in welchem sich ein mit konzentrierter Schwefelsäure befeuchteter Asbest befand. Später kamen die Phosphorhölzer auf, die sich durch Reiben auf einer Fläche entzündeten und zuerst von Kammerer in Ludwigsburg 1833 hergestellt wurden. Diese Art von Zündhölzern wurde zunächst, der leichten Entzündbarkeit halber, verboten und kam erst 1845 wieder in den Handel. Der Chemiker Böttcher erfand 1845 die phosphorfreien oder Sicherheitszündhölzer, die aber erst zehn Jahre später als „schwedische Zündhölzer" Aufnahme fanden.

Zur Rükgabe feindlicher Kunstwerke

Die von der Deutschen Waffenstillstandskommission an Hand amtlich zugestellter französischer und belgischer Reklamationen eingeleiteten Nachforschungen nach dem Verbleib besonders benannter Kunstwerke haben bereits günstige Ergebnisse gehabt. Infolge der raschen Auflösung der militärischen Formationen und zum Teil auch ihrer Abwicklungsstellen wie der bisweilen ungenau und unrichtig übermittelten Aktenangaben war diese Tätigkeit allerdings sehr erschwert; ihre Erledigung wird noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Die gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages an die Alliierten mitzuteilenden Listen über die in unseren Kunstdepots untergebrachten sowie nach Räumung des Landes dort verbliebenen Gegenstände sind bereits übersandt, eine Anzahl Transporte von privater Seite unaufgefordert angemeldeter, im Felde geborgener Werte erledigt. Die Rücklieferung des noch in Deutschland befindlichen Restes leidet unter den bestehenden Verkehrsschwierigkeiten; in Frankfurt a. M. ist deshalb eine Sammelstelle für diese Kunstgegenstände eingerichtet worden. Die umfangreichen Depots in Brüssel, Maubeuge, Fourmis, Charleville, Sedan und Metz sind jetzt sämtlich übergeben und ist der deutschen Regierung von den Vertretern Frankreichs für die vorhandenen französischen Kunstwerke im Sinne der Bestimmungen des Finanzprotokolls vom 1. Dezember 1918 Entlastung erteilt worden. Die Entlastungsprotokolle sind an Ort und Stelle in Gegenwart der deutschen Delegierten ausgestellt worden; der endgültigen, durch die Eigentümer selbst zu gebenden Entlastung wird entgegengesehen.

Man hätte meinen sollen, daß die von den deutschen „Barbaren" einst im Felde, im feindlichen besetzten Gebiet geleistete, von einem Teil der neutralen Presse voll gewürdigten Kunstschutzarbeit, die Kunstwerke aller Art von teilweise unschätzbarem Werte vor sicherem Untergange bewahrte und der Nachwelt erhielt, bei unseren Gegneen einige Anerkennung finden würde, zumal ja die ihrerseits getroffenen Maßnahmen — erst 1917 freilich wurde der französische „Service des monuments et d'oeuvres d'art" eingerichtet, der sich in der Hauptsache auf den Abtransport der bedeutendsten gefährdeten Kunstwerke beschränkte — unsererseits mit Interesse verfolgt wurden. Und sollte es den Franzosen unbekannt geblieben sein, daß im Frühjahr 1917 Noyon beim Rückzug auf die Siegfriedstellung, um seiner Schätze und Bauten willen, deutscherseits unverteidigt übergeben und später bei Räumung von Lille ebendeshalb auf eine Verteidigung und Beschießung verzichtet wurde? Zumindest dürfte erwartet werden, daß jetzt an Stelle der Kriegspsychose eine allseitig ruhig, sachlich und ausgleichend beurteilende Gerechtigkeit treten würde! Während nun frühr im Kriege, in der französischen Oeffentlichkeit, der ja unsere Sammlungen durch Sonderausstellungen bekannt waren, wenigstens vereinzelte beifällige Erwähnungen vorkamen, wird dort jetzt kaum mehr davon gesprochen. Der schwere Vorwurf, wir hätten ohne jede militärische Notwendigkeit, also aus reiner Zerstörungslust historische Bauwerke, nationale Kunstdenkmäler und Kunstschätze zerstört, wechselt mit fortgesetztem Zetern gegen germanisches Barbaren- und Hunnentum, Vandalismus und Unkultur in immer wiederkehrender Reihe. Und doch könnte von den Gegnern einzig und allein der Krieg selbst angeklagt werden, der sie ja, zumal bei der notorischen Ueberlegenheit der feindlichen Artillerie, vielfach selbst zur Zerstörung herrlicher Baudenkmäler des eigenen Landes zwang. Ist es doch unbestrittene Tatsache, daß z. B. die reichen spätgotischen Kirchenbauten zu Roye, Péronne, Bapaume und Montdidier den feindlichen Granaten zum Opfer gefallen sind. Die nach einigen französischen Angaben deutscherseits vollständig zerstörte Kathedrale von Reims besteht noch heute in ihrer gesamten baulichen Substanz und wird von den Franzosen selbst in der amtlichen Denkschrift zu ihrem Entschädigungsgesetz als „wiederherstellungsfähig" bezeichnet.

Auch während des halbjährigen Waffenstillstands hat die französische Regierung nichts getan, um den Verfall der Kunstwerke aufzuhalten und notwendige Reparaturen vorzunehmen. Bei einer der letzten Verhandlungen in der französischen Kammer, in der Lafferre, der Minister des öffentlichen Unterrichts und der schönen Künste, um die Bewilligung von 4 Millionen für den Schutz der gefährdeten Kunstdenkmäler nachsuchte, brachten die Abgeordneten Loquin und Bertrand de Mun eine Fülle von belastendem Material gegen die Regierung vor; Jean Von schilderte u. a., wie sich alle Touristen Erinnerungen, Säulen- und Fensterteile, Bruchstücke der Skulpturen usw. mitnähmen und daß der Sakristan der Kathedrale von Reims durch diesen Handel eine Tageseinnahme von 250—300 Franhen habe.

Der vielfach eingetretene unvermeidbare Kriegsschaden an privatem Kunstbesitz ist gegenüber den Kirchenschäden bedeutend höher anzuschlagen, da der Kunstbesitz in Belgien wie in Nordfrankreich im allgemeinen größer als in den entsprechenden sozialen Schichten Deutschlands ist. Die als Truppensammelplätze von der beiderseitigen Artillerie und Fliegerwaffe stark beschossenen Schlösser und Herrensitze der in den Somme- und Flandernschlachten besonders in Mitleidenschaft gezogenen Departements Nord, Pas de Calais, Oise und Aisne enthielten reiche Familien- und Kunstschätze, besonders gutes Mobiliar mit Antiquitätenwert aus dem 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts; viele wertvolle Porzellane, Fayencen, Bronzen, Miniaturen und Bibliotheken müssen zum großen Teil als verloren gelten.

Eine zahlenmäßige Uebersicht und Aufstellung sämtlicher in Betracht kommenden Kunstschäden ist natürlich schon deshalb ausgeschlossen, weil genügende Unterlagen aller zugrunde gegangenen Baudenkmäler fehlen und auch nicht annähernd bekannt ist, was an künstlerisch erlesenem Hausrat zerstört wurde; betreffs der jenseits der deutschen Front an allen Kulturstätten (Ypern, Dixmuiden, Nieuport) vernichteten Kunstschätze sind wir auf die Angaben der Gegner angewiesen, für die eine Berechnung im einzelnen verlangt werden wird. Selbstverständlich muß für alle angeblich vernichteten hochwertigen Kunstwerke unsererseits der Nachweis gefordert werden, daß sie sich zur Zeit der Kämpfe wirklich an Ort und Stelle befunden haben und durch deutsche Einwirkung zugrunde gingen; da erklärlicherweise die Besitzer alter in Verlust geratener Familienstücke (Gobelins, Leuchter, Uhren), einen Antiquitäten- oder Liebhaberwert angeben werden, den sie nicht haben, kann hierfür nur der Durchschnittswert vergütet werden. Im übrigen läßt sich an Hand der bei der Waffenstillstandskommission befindlichen genauen Aufzeichnungen und Quittungen über die Milliardenwerte bereits erfolgter Restitutionen eine Nachprüfung der Berichtigung feindlicher Wiedergutmachungsforderungen unschwer ermöglichen. Den Deutschen war von jeher das Prinzip der Kunstbeute fremd und in früheren Friedensschlüssen hat sich gerade Deutschland hinsichtlich der Rückführung von Kunstwerken, auf die es berechtigten Anspruch gehabt hätte, weil sie ihm einst geraubt worden waren, äußerst zurückhaltend gezeigt. Durch die von der Nationalversammlung in überwältigender Mehrheit beschlossene Unterzeichnung der Friedensbedingungen verpflichtete sich Deutschland, durch Vermittlung der Kommission für Wiedergutmachungen, die in Art. 247 genannten Gemälde innerhalb sechs Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags an Belgien abzuliefern. Wie es redlich bemüht gewesen ist, die Bedingungen des Waffenstillstands auszuführen, so wird es ohne Zweifel alles tun, um zu versuchen, sich den Friedensbedingungen, so hart sie auch sind, anzupassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907201-17/fragment/page=0009
DFG

Frauenspiegel

Der Sport der Frauen*)

Von
Franz Grundner.

Mit der offiziellen Aufnahme der Damen-Leichtathletik in das sportliche Programm ist ein neuer Abschnitt auf dem Wege der deutschen Körperkultur erreicht. Die Frau tritt damit mehr wie bisher als sportliche Wettkämpferin auf. Zur Tennisspielerin, Schwimmerin und Turnerin hat sich die Leichtathletin gesellt; in denselben Uebungen wie die Männer stellt sie sich zum Wettkampf und sieht im Erringen des Siegespreises und damit folgerichtig in der Erreichung der Höchstleistung die Krönung ihrer Betätigung. Daß dahin der Weg führt, darüber gibt es keinen Zweifel mehr. Der Wettkampf ruft automatisch das Streben nach der Höchstleistung hervor.

Und das ist gut so!

Die Emanzipation der Frau greift auf alle Gebiete unserer Kultur über. Warum sollte sie gerade vor dem Gebiet der Leibesübungen Halt machen, vor dem Gebiet, das ihr so ureigen ist wie dem Manne?

Gleich den Weibchen im Tierreich ist sie mit den gleichen körperlichen Fähigkeiten ausgestattet wie der Mann; dieselben Knochen, Muskeln und Sehnen, dasselbe Herz und dieselbe Lunge hat ihr der Schöpfer verliehen wie dem Manne. Der Frau waren nur durch Mangel an Hygiene und körperlicher Betätigung ihre körperlichen Fähigkeiten verloren gegangen, jetzt befindet sie sich auf dem Wege der Regeneration; der Typ der Leichtathletin ist gegenwärtig deren aktuellstes Merkmal. Schlank und geschmeidig steht er vor uns, dieser Typ, mit keuschen, braunen, nackten Gliedern, und fügt sich harmonisch in das olympische Bild unserer modernen Sportplätze.

Alter Sagen erinnern wir uns, nach denen die Frauen gleichtaten den Männern im Wettkampf, oder sie gar übertrafen. Wir gedenken der streitbaren, männerebenbürtigen Amazonen; gedenken der arkadischen Fürstentochter Atalante, die der Diana gleich die Jagd liebte und den Argonauten mit dem ersten Schuß auf den Kalydonischen Eber zuvorkam, derselben Atalante, deren Gunst nur der gewinnen konnte, der sie in dem angebotenen Wettlauf besiegte — ungeschlagen war sie im reellen Kampf und nur durch List des Hippomenes unterlag sie. Des heroischen Wettstreites Brunhildes mit Gunther—Siegfried gedenken wir, dieses aus Speerwurf, Steinstoß und Weitsprung bestehenden ersten „Dreikampfes, offen für Frauen".

Wir erinnern uns der Mädchengymnasien der Spartaner, wo die Mädchen eine den Knaben ebenbürtige körperliche Erziehung genossen und stellen fest, daß erst unsere Zeit einem gleich hohen Fortschritt der Körperkultur gleichzukommen sucht. Aber durch alle Zeiten hindurch offenbart sich die körperliche Leistungsfähigkeit der Frau, wie sie sich am besten ausdrückt in der körperlichen Arbeitskraft, die im täglichen Leben, im Lebenskampf, zutage tritt. Von der Pfahlbauzeit an, wo die Frau sich selbst vor den Pflug spannte, bis in die Gegenwart hinein, ist die körperliche Leistungsfähigkeit der Frau in erfolgreichen Wettbewerb mit dem Mann getreten. Wir sahen während des Krieges Frauen, Männern gleich, schwere Arbeit verrichten, die wir ihnen niemals zugetraut hätten. In den verwaisten Betrieben haben die Frauen während des Krieges Männerarbeit übernehmen müssen, durch die sie körperliche Kraft und Gewandtheit beweisen mußten.

Die Frau ist befähigt, Körperübung sportlicher Art zu treiben! Sie darf ihrem Körper etwas zutrauen! Körperbau und Vererbung geben ihr das Recht dazu.

Das alte Lied der Allzuängstlichen ertönt wieder; das Lied von der Gesundheitsschädlichkeit des Sportes für die Frau! Wir kennen es gut, dieses Lied. Wir sind nicht vergeßlich! Max hat es auch uns Männern gesungen zum Ueberdruß, als die Sportbewegung in Deutschland erstand und jenes moderne Heleenentum schuf, das unser entartetes Denken und Sehen wieder zur Natürlichkeit, zur Gesundung, zurückführte. Wir erinnern uns noch der Widerstände ängstlicher Mediziner und kleinlicher Pädagogen, die die Erstrebung der Höchstleistung verparfen und sich über nackte Schenkel entrüsteten. Wir kennen es noch, das Unkenlied von der Einseitigkeit, von der Rekordsucht, von der Schwindsucht! Es ist längst zu Schanden geworden an den Tatsachen, dieses Lied kleiner Pessimisten, und recht behalten haben die großen, nie erliegenden Optimisten, die Olympier! Und wenn das alte Lied jetzt wieder auftaucht, so erscheint es uns wie ein übler Nachhall längst überwundener Ansichten.

Was dem Manne recht ist, ist der Frau billig!

Lassen wir sie ruhig im öffentlichen Wettkampf um Lorbeeren, den Männern gleich, kämpfen! Sorgen wir dafür, daß sie von früher Jugend auf durch Turnen und Spiel dazu vorbereitet wird, ein mit allen Vorzügen des menschlichen Mechanismus ausgestattetes Instrument zu werden. Wir brauchen dann keine Furcht vor Ueberstrengungen, Ueberanstrengungen und Schäden zu haben. Die sittliche Hebung unserer Volkskraft, die wir uns von der Pflege der Leibesübungen mit Recht versprechen, beim weiblichen Geschlecht wird sie nicht minder in die Erscheinung treten als beim männlichen, und nicht minder notwendig ist sie ihm als diesem.

Diesen Wertfaktor müssen sich die letzten Einwände beugen; die Befürchtungen derer, die da meinen, durch den Frauensport werde die letzte Würde der Frau fallen, sie werde zum Mannweib, sie sind unbegründet. Wenn die Frau etwas durch den Sport zu verlieren hat, so sind es höchstens die ihrem Geschlecht anhaftenden modernen Laster. Um die ist wohl nicht schade! Sie wären es sogar wert, dafür ein kleines Opfer hinzunehmen: das Weibliche kann durch den Sport vielleicht eine Einbuße erleiden — der Charakter wird gewinnen! Das Ewig-Weibliche aber wird trotz Sport seine unsterbliche Macht ausüben!

*) Aus dem „Stadion", Zeitung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen.

*

Der zeitgemäße Haushalt

Wie die Hausfrau noch Zeit ersparen kann. Seitdem auch die Straßenbahn allenthalben eine erhebliche Erhöhung der Fahrpreise eintreten ließ, werden sparsame Hausfrauen nach Möglichkeit größere Besorgungen in der inneren Stadt zusammenfassen, um auf diese Weise die Mehrausgaben auszugleichen. Ich möchte jedoch noch ein Verfahren empfehlen, das eine Reihe befreundeter Frauen zum Zwecke des Einkaufs zusammenschließt. Wir verpflichteten uns, abwechselnd je eine von uns, wöchentlich einmal die notwendigen Einkäufe für alle zu übernehmen und auf diese Weise die anderen zu entlasten. Bis zu einem bestimmten Tage müssen die Notizzettel der betreffenden Einkäuferin eingesandt werden. Das Nichteintreffen desselben gilt als Beweis dafür, daß nichts gebraucht wird. Wir sind mit unserer, auf diese Weise erzielten Entlastung außerordentlich zufrieden und hatten auch noch nie untereinander Mißgriffe durch schlechten Einkauf zu verzeichnen. Neben dem Fahrgeld ersparen wir anderen auf diese Weise sehr viel Zeit und können im Notfall neben der Erledigung unserer Arbeiten evtl. auch noch die Kinder unserer „Einkäuferin" beaufsichtigen. F. M.

Tischplattenschoner für den täglichen Gebrauch. Seit wir Hausfrauen die früher meist verwendeten dicken Frieß- oder Flanellschonerdecken auf unseren Eßtischen anderen wichtigeren Zwecken opfern mußten, sind unsere Tischplatten der ständigen Gefahr der Zerstörung ihres guten Aussehens ausgesetzt. Selbst wo noch Wachstuchdecken über die übergedeckte Tischplatte gebreitet werden, genügen sie selbst bei wolliger Abseite nicht immer, die durchdringende Hitze der Teller und Schüsseln während der Mahlzeit von der Politur fernzuhalten. Weiße Ringe und stumpfe Stellen, ja selbst abgelöstes Fournier sind denn heute auch an den Speisetischen fast überall zu beklagen und machen ein baldiges Auffrischen durch den Fachmann notwendig. Da sind nun als bewährte Tischplattenschoner runde Pappteller sehr zu empfehlen. Aus sehr starker, undurchlässiger Pappe geschnitten, werden sie mit runden Decken aus eingefärbten oder vorhandenen bunten Baumwollstoff bekleidet, am Rande mit einem Spitzchen, Schrägstreifen oder Rüschchen verziert und nur mit wenigen Stichen durch vorgestochene Löcher auf den Papptellern befestigt. Sind sie schmutzig geworden, dann kann ihre Reinigung auf leichte Weise vorgenommen werden und in ihrem Aussehen sind sie leicht der vorhandenen Zimmereinrichtung anzupassen. Frau H.

*

Goethe und die Ersatzmittel. Aus Anlaß des 60. Geburtstages von Hermann Thoms, dem Gründer und Vorsitzenden der deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft, ist eine Festschrift herausgegeben worden, in der Hermann Schelenz, der bekannte Historiker der Pharmazie und der Naturwissenschaften, das Verhältnis Goethes zu natur- und heilkundlichen Dingen behandelt. Goethe war als Volkswirt von der Wahrheit unserer Lehre von der allernährenden Mutter Erde überzeugt. Als Beleg dient eine Stelle aus Wilhelm Meisters Wanderjahren. Hier spielt eine Pfarrersfrau eine Rolle, die sich überall für ihre Bedürfnisse nach Surrogaten umsah, die man durch Tausch oder auf irgend eine andere Weise umsonst beschaffen konnte. Schelenz meint — und hier dürfte er zweifellos Recht haben — daß man heute statt „Surrogat" wohl „Ersatzmittel" sagen würde. So waren die Schlüsselblumen zum Tee bestimmt, den sie für besser hielt als den köstlichen chinesischen Tee. Gott habe jedem Lande das Notwendige verliehen, es sei denn zur Nahrung, zur Würze, zur Arznei, und man brauche sich deshalb nicht an fremde Länder zu wenden. So besorgte sie in einem kleinen Garten alles, was nach ihrem Sinn die Speisen schmackhaft machte und den Kranken zuträglich wäre. Leider ist diese Ansicht Goethes, die er der Pfarrersfrau in den Mund legt, heute nicht mehr zutreffend. Es wird wohl niemand geben, der heute noch des Glaubens wäre, daß Deutschland mit allem Notwendigen versorgt sei, „sei es zur Nahrung, zur Würze, zur Arznei", von allen übrigen Dingen, wie etwa Kleidung und technischen Rohstoffen, gar nicht zu reden. In den Zeiten, da Goethe dies schrieb, war eben Deutschland noch kein überwältigtes Land, und auch nicht mit jeder Faser seiner Wirtschaft mit der Weltwirtschaft verstrickt.

*

Vom Büchertisch

— **Das Weichselland ein uralter Heimatboden der Germanen.** So lautet der Titel eines im Verlag von Kafemann in Danzig eben erschienenen Büchleins, das den bekannten vorgeschichtlichen Forscher Professor Gustav Kossinna zum Verfasser hat.

Die Ergebnisse der vorgeschichtlichen Forschung ziehen in der kleinen Schrift an uns vorüber: Nach der letzten Eiszeit (etwa seit 9000 vor Christus) kamen als erste Menschen in das Ostseegebiet das indogermanische Urvolk. Die Indogermanen spalteten sich bald in zwei Zweige, den südlichen, der zur Donau hinwanderte, und den nördlichen, der im Ostseegebiet blieb. Zu den Süd-Indogermanen gehören u. a. die Slawen; den Kern der Nord-Indogermanen bildeten die Germanen und Nordillyrier (Veneter). In der Zeit von 4000—2000 vor Christus überwogen im Ostseegebiet die Germanen fast vollständig. Ihre größte Siedlungsdichte hatten sie an der Netze und der Weichsel zwischen Thorn und Graudenz. Das Gesamtgebiet ihrer Verbreitung reiche von Schleswig bis zu den Rokitno-Sümpfen. In der Bronzezeit (2000—750 vor Chr.) trennten sich die töpfereikundigen Nordillyrier durch die untere Oder scharf von den bronzekundigen Germanen im Westen. Die Eisenzeit brachte dem Weichsel- und Oderland Wandalen mit ihren Steinkistengräbern, dann als zweite Welle die Rugier und Burgunder und schließlich als dritte Welle germanischer Ueberflutung die gotischen Gepiden mit ihrer Erdbestattung. Erst die Entblößung der Ostgebiete durch die Völkerwanderung (seit 150 n. Chr.) gestattete ein allmähliches Vorgehen der Slawen, die im Südosten Europas wohnten, und die sich seit dem 7. Jahrhundert zu Herren des Gebietes machen. Aber schon im 12. Jahrhundert kommen wieder Deutsche in die alt-germanischen Gebiete zurück. Gegen die fast 10 000jährige Herrschaft germanischer Völker in den Weichsellanden sind die wenigen Jahrhunderte slawischen Eindringens nur ein nebensächliches Vorkommnis. —

Die Schrift Kossinnas ist anschaulich und leicht verständlich geschrieben, auch kann man aus ihr deutlich ersehen, was es mit den geschichtlichen Rechten der Ostvölker auf unserem Heimatboden für eine Bewandnis hat.

Kaiser Friedrichs Tagebuch. Ein gerade für unsere Tage außerordentlich bedeutsames Buch wird von dem Verlage Heinrich Diekmann in Halle (Saale) angekündigt: Die erste Buchausgabe von Kaiser Friedrichs Tagebuch. Das ältere Geschlecht erinnert sich noch des ungeheuren Aufsehens, das im September 1888 entstand, als das Tagebuch in einer Zeitschrift erschien und sogleich auf Antrag Bismarcks und mit Genehmigung Wilhelms des Zweiten beschlagnahmt wurde. Seitdem war das unvergleichlich wichtige Urkundenwerk so gut wie verschollen; das lebende Geschlecht hat davon kaum hören, kennt es aber nicht. Jetzt erscheint es, herausgegeben von Prof. Dr. Eduard Engel, der es durch eine eingehende Einleitung und sachgemäße Anmerkungen zu einem geschichtlichen Quellenbuch höchsten Namens gemacht hat. Preis des Werkes geschmackvoll gebunden 5 Mark.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung von Franz Joest Verlag
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63. Fernruf 4520.

Hauspflege und Tuberkulosenbekämpfung

Nach einem Vortrage
von Facharzt Dr. B.

[Abdruck verboten.]

Die Hauspflege hat bei den Lungenkranken in den Kriegsjahren mit ständig zunehmenden Schwierigkeiten rechnen müssen und sie nur schwer überwinden können. Denn die Zahl der Pflegerinnen war gering, die Zahl der Tuberkulösen aber eine immer mehr sich steigernde. Die Aufgabe der nächsten Ausführungen soll es sein, den Wert der Hauspflege für Tuberkulosebekämpfung zu schildern. In der Hauspflege unterscheiden wir bei Tuberkulosen gewöhnlich zwei Zustände: entweder es handelt sich noch um besserbare Kranke, Kranke, die nur vorübergehend durch ihren Krankheitszustand ans Bett gefesselt werden, oder es handelt sich um unheilbare Schwerkranke, die sich dauernd im Bett aufhalten müssen.

Die erste Gruppe sind die leichter zu behandelnden, diejenigen, die den Pflegerinnen gewöhnlich nicht mehr Mühe machen als die Wöchnerinnen. Das andere sind die Kranken, deren Pflege an die Entsagungsfähigkeit der Pflegerin, an ihren Opfermut, an ihr Menschentum ganz erhebliche Anforderungen stellt. Die Kranken sind unzufrieden, sie nörgeln und sind mißgestimmt. Sie waren es schon in der Zeit, da es noch möglich war, viele ihrer Wünsche zu erfüllen. Jetzt, da das leider gar nicht möglich ist, haben die Beschwerden der Lungenkranken noch erheblich zugenommen, und die Schwierigkeiten für die Pflegerin haben sich ins Ungemessene gesteigert. Das muß man sich stets vor Augen halten, um den Wert einer Pflege an Schwerlungenkranken ermessen zu können und die große Liebe würdigen zu können, die eine Pflegerin solcher Kranken zu ihrer Arbeit haben muß.

Die wichtigste Aufgabe der Pflegerin ist nun einerseits Hilfe für die Kranke, für die Frau und Mutter, andererseits Hilfe für die Familie. Die Hilfe für die Kranke soll im Vordergrunde stehen, aber darüber soll die Fürsorge für die Familie nicht vergessen werden. Die tüchtige Pflegerin ist die tätigste Verhüterin der Weiterverbreitung der Lungentuberkulose. Sie weiß, wie gefahrvoll der Umgang mit Tuberkulösen für die Umgebung ist, sie weiß, daß die Tuberkulose eine sehr ansteckende Krankheit ist; aber sie weiß auch, wie man die Ansteckung vermeiden kann.

Es gibt zwei Arten der Uebertragung: entweder die Verbreitung der Bazillen durch Hustenstöße oder durch nachlässigen Umgang mit dem Auswurf. Die Tröpfchen, die der Kranke beim Husten oder beim lebhaften Sprechen aus dem Munde schleudert, entbalten ebenso wie der Auswurf die nur mit dem Mikroskop wahrnehmbaren Tuberkelbazillen, die Koschen Stäbchen. Welche Massen von Bazillen ein Kranker von sich gibt, kann man daran ermessen, daß oft in einem stecknadelkopfgroßen Stück Auswurf Hunderte von Bazillen enthalten sind, und daran, daß eben manche Kranke in 24 Stunden ganze Tassen voll dieses Auswurfes entleeren. Die Pflegerin muß wissen, daß der Auswurf nur in ein mit Wasser gefülltes Gefäß entleert werden darf; sie muß dafür sorgen, daß dieses Gefäß im Sommer bedeckt gehalten wird, um die Fliegen fernzuhalten. In Tücher oder auf den Boden entleerter Auswurf, ebenso die Tröpfchen zerfallen in Staub, weil die Flüssigkeit verdunstet. Dieser teilt sich dann bei jeder Bewegung der Luft mit. So werden unmerklich die Bazillen mit der Luft in die Lungen (Inhalation) von den auf dem Boden herumkriechenden Kindern mit den Fingern und der Kleidung aufgenommen. (Schmutz- und Schmierinfektion.) Die Gefahr der Ansteckung durch Hustentröpfchen läßt sich schwer ausschließen. Täglich feuchtes Aufwischen des Fußbodens, häufige Erneuerung der Bettwäsche, besondere Wäschebeutel für Krankenwäsche, Entfernung aller Staubfänger aus der Nähe der Kranken, Einweichen der Bett- und Leibwäsche in 20 Prozent Lysolwasser (24 Stunden hindurch).

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich, daß die größte Gefahr für Tuberkuloseverbreitung die Wohnung der Kranken bietet. Das wird noch immer nicht genügend beachtet, weil die Tuberkulose eine schleichende, chronisch verlaufende Krankheit ist. Bei vielen anderen übertragbaren Krankheit ist die Uebertragung augenfälliger; denke man an Diphtherie, Scharlach, Masern usw. Hier treten schon 1 bis 2 Wochen nach Aufnahme der Krankheitserreger die Krankheiten selber auf. Anders ist es bei der Tuberkulose, wo Jahre, ja Jahrzehnte vergehen können, bis sich eine Erkrankung an Tuberkulose zeigt. Oft ist es längst vergessen, daß Eltern oder Geschwister an Tuberkulose gestorben sind.

Weiß die Pflegerin, daß die Wohnung die Hauptansteckungsquelle der Tuberkulose ist, dann weiß sie auch, welche Gefahr der Aufenthalt Gesunder in den Schlafräumen der Kranken bedeutet. Sie wird daher alles versuchen, um die Kranke von der Familie fernzuhalten, sie zu isolieren. Ist die Gefahr für Erwachsene nicht gering einzuschätzen, ist sie es noch mehr für Kinder. Am meisten gefährdet ist ein Säugling oder ein Kind vor der Schulzeit in einer tuberkulösen Umgebung. Bei kleinen Kindern reicht schon ein kurzer Aufenthalt in den Tuberkulösen benutzten Räumen — es reichen oft schon wenige Atemzüge hin —, um eine Ansteckung herbeizuführen. Die Eltern wissen oft gar nicht, daß die Krämpfe, an denen das Kind leidet, gar keine Zahnkrämpfe sind, sondern das Zeichen einer Hirnhauttuberkulose, an der es es auch gewöhnlich zugrunde geht, oft ganz überraschend schnell. Die ungeheuren Gefahren für kleine Kinder und Säuglinge sind noch immer viel zu wenig bekannt. Wie oft sind Leibschmerzen die Zeichen einer beginnenden Bauchfelltuberkulose, wie oft ein aufgetriebener Leib ein Ausdruck dieser Krankheit! Die Skrofulose, die zahlreichen Drüsenschwellungen, die wir jetzt wieder sehen, die Knochen-, die Gelenktuberkulose der Kinder, sie sind alle ein Zeichen der Aufnahme von Bazillen, von Krankheitskeimen, die zu allermeist aus der elterlichen Wohnung stammen, von den Eltern oder von kranken Geschwistern selbst. In letzter Zeit haben auch die Ansteckungen mit Rindertuberkulose sich gemehrt. Daher muß die Pflegerin wissen, daß die Milch den Kindern nur gekocht gegeben werden darf. (Schluß folgt.)

Verantwortlich für die Schriftleitung: Adolf Meyer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907201-17/fragment/page=0010